



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Der VLB zum Ausbildungs-
pakt

Georg Kerschensteiner zum
150. Geburtstag

Immer mehr Lernstörungen
bei Jugendlichen

Lehrerbildung muss europa-
tauglich werden

Mit Stil zum Ziel – die etwas
andere Lehrerfortbildung

Münchener BVJ-Projekt
zur Berufsorientierung



Studienreise des
VLB-Bildungs-
und Förderwerkes:

Berufsbildung in Finnland



HERAUSGEBER

Herrmann Sauerwein, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de

Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78-0
Telefax: (09 11) 54 24 86

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 10: 2004-09-13
für Heft 11: 2004-10-04
für Heft 12: 2004-11-08

ISSN 0942 – 6930

Themen des Tages

- 3 Hermann Sauerwein: Der VLB zum Ausbildungspakt
- 4 Peter Thiel: Georg Kerschensteiner zum 150. Geburtstag

Bildungspolitik

- 6 Peter Thiel: Studienreise des VLB-Bildungs- und Förderwerkes nach Finnland
- 10 Dietmar Leischner: Das Bildungssystem in Finnland
- 12 Pressemitteilungen der SPD-Landtagsfraktion zur Lehrmittelfreiheit
- 13 dpa: Zahl der Sonderschüler gestiegen

Dienstrecht

- 14 Staatsregierung will Beamten-Tagegeld kürzen
- 14 Verhandlungen über neues Tarifrecht im öffentlichen Dienst
- 14 dbb fordert flexiblere Arbeitszeiten

Aus dem Landtag

- 15 Anfragen – Anträge – Beschlüsse

Lehrerbildung

- 17 Heiko Pohlmann: Die Lehrerbildung muss europatauglich werden

Die Leherseite

- 20 Wolfgang Lambl/Gereon Rempe: Mitwirkung der Lehrkräfte bei Berufsabschlussprüfungen
- 22 Martin Jokiel: Mit Stil zum Ziel

VLB-Initiativen

- 23 Schriftverkehr mit dem Kultusministerium

Schulpartnerschaften

- 24 Gerhard Kellner: Europatag in Weiden
- 25 Heribert Mohr: Comenius 1 – fit für Europa

Pädagogik und Unterricht

- 26 J. Seifried/D. Sembill: SoLe – Auswirkungen auf die Lernmotivation
- 28 S. Hummelsberger/O. Karsik: Projekt zur Berufsorientierung im BVJ
- 29 Neue industrielle Metallberufe zum 1. August 2004
- 30 Michael Wolf: 1. Internationale Bayerische Übungsfirmenmesse

Aus dem Verbandsleben

- 31 **Landesverband**
- 32 **Bezirks- und Kreisverbände**
- 33 **Fachgruppen**
- 34 **Referendare/Studenten**
- 37 **Senioren**
- 38 **Personalien**
- 40 **Termine**

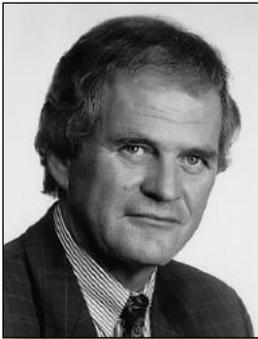
Umschau

- 41 **Vermischtes**
- 42 **Bücher/Medien**
- 43 **In letzter Minute**
- 43 **Nachrichtliches**

Titelfoto: Peter Thiel.

Der VLB zum Ausbildungspakt:

Löbliche Zielvorstellungen ohne jegliche Garantie



HERMANN SAUERWEIN

Nach wochenlangem Streit haben jetzt Bundesregierung und Wirtschaft einen Ausbildungspakt unterschrieben. Damit ist das Gesetz zur Lehrstellenabgabe vom Tisch, die Wirtschaft hat ihr Ziel erreicht.

Der VLB begrüßt die nationale Anstrengung zur Zukunftssicherung der ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen und damit des Fachkräftenachwuchses in Deutschland.

Ursprünglich sollten alle Unternehmen mit mehr als 10 Mitarbeitern, deren Ausbildungsquote unter sieben Prozent liegt, eine Abgabe zahlen. Fraglich war von Anfang an, ob diese Maßnahme die Lehrlingsausbildung verbessert und insbesondere die Zahl der dualen Ausbildungsplätze steigert.

Die Unternehmen berufen sich bekanntlich auf die konjunkturelle Situation, wenn sie weniger oder gar nicht ausbilden. Die Ausbildungssituation ist derzeit noch angespannter als im Vorjahr. Nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit werden zum 30. September 2004 mehr Ausbildungsplätze als im Vorjahr fehlen.

Der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ – so der volle Titel – wird vermutlich dieses strukturelle Problem nicht lösen. Er wurde für die Dauer von drei Jahren abgeschlossen. Die Wirtschaft setzt

sich als verbindliches Ziel, während dieser Laufzeit jährlich 30 000 neue Ausbildungsplätze „einzuwerben“. Neu ist dabei nicht gleichzusetzen mit zusätzlich. Vermutlich werden damit gerade mal die aus den verschiedenen Gründen entfallenden Ausbildungsplätze kompensiert. Von einem Zuzug kann man da nur träumen.

Zusätzlich sagt die Wirtschaft jährlich die Bereitstellung von 25 000 Plätzen für betrieblich durchgeführte Einstiegsqualifikationen zu. Dabei tragen die Betriebe die Sach- und Personalkosten der Ausbildung, die Bundesagentur für Arbeit zahlt einen Zuschuss für den Unterhalt der Jugendlichen. Dies ist neu und von grundsätzlicher Bedeutung. Sechs bis zwölf Monate soll diese Qualifizierung mit Kammerzertifikat dauern und sie wird zunächst in 10 Schlüsselbranchen bereitgestellt. Eine Anrechnung auf eine spätere Berufsausbildung soll möglich sein. Ca. 50 Qualifizierungsbausteine, die von den Kammerorganisationen zur Berufsausbildungsvorbereitung für Jugendliche bereitgestellt werden, ergänzen das Programm in den Regionen.

Wir weisen allerdings darauf hin, dass es hierbei nicht zu einer versteckten Ausbildungszeitverlängerung kommen darf. Der VLB hält es aus gutem Grund für angemessener, mit klar definierten Anrechnungsmöglichkeiten auf die sich anschließende duale Berufsausbildung hinzuzuführen und so schwächeren Schülern den Weg in eine Ausbildung zu öffnen. Eine Reihe verfahrenstechnischer Regelungen, wie der vorgesehene Datenabgleich zwischen den Kammern und der Bundesagentur für Arbeit werden helfen, die Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt zeitnäher und zuverlässiger zu beurteilen. Auch kündigen Bundesregierung und Wirtschaft während der Laufzeit des Paktes verstärkt Ausbildungsoffensiven und Medienkam-

pagnen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen zur Ausbildungssicherung an. Eine verstärkte Kooperation der Betriebe, der beruflichen Schulen und der überbetrieblichen Bildungsstätten wird im Pakt gefordert.

Die Berufsschule, der entscheidende Partner in der Ausbildung, wird nur marginal erwähnt. Die geforderte starke Kooperation könnte man leicht erreichen. Würde man nämlich die vorhandene fachlichen Ressourcen an beruflichen Schulen besser nutzen, die Leistungen der Schüler in der Berufsschule in die Berufsabschlussprüfungen einbeziehen und insbesondere bei der z. Zt. diskutierten Änderung des BBiG den Partner Schule als gleichwertig anerkennen, dann würden manche Aussagen des Paktes glaubwürdiger, und die angebotenen „Mentoren aus der betrieblichen Praxis“ für den Kooperationsprozess könnten sich anderen Aufgaben widmen.

Der entscheidende Standortvorteil der Unternehmen liegt in der dualen Berufsausbildung, nämlich in der Kombination aus theoretisch-handlungsorientiertem Unterricht in der Berufsschule und praxisnaher Ausbildung in den Betrieben. Dieser darf auch in schwierigen Zeiten nicht leiden. Eine solide Ausbildung wird in einer immer komplexer werdenden Welt zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Zweifellos bietet der Pakt keine Garantie, dass jeder Bewerber am Ende auch tatsächlich eine Lehrstelle erhält.

Sollte der Partner Betrieb trotz aller Abmachungen weiterhin „schwächeln“, so ist der Staat gefordert, durch ein ergänzendes Angebot an Berufsfachschulen in ein-, zwei- oder dreijähriger Form den ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen ein Angebot zu unterbreiten. Die beruflichen Schulen im Freistaat sind bereit und in der Lage, diese Herausforderung anzunehmen. <

Dem Münchener Schulreformer zum 150. Geburtstag:

Georg Kerschensteiner neu entdecken

PETER THIEL

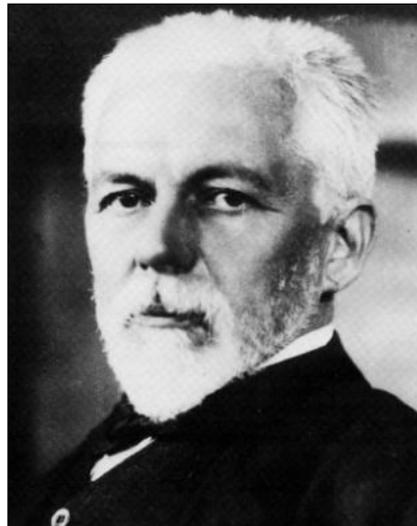
Natürlich kennt man in Fachkreisen Kerschensteiner. Und als Bayer weiß man sogar das eine oder andere Detail über ihn. Wie dem auch sei: Der Name Kerschensteiner ist uns sozusagen Synonym für Schulreform. Wenn wir Kerschensteiner sagen, denken wir an die Reformpädagogen, welche vor dem ersten Weltkrieg einer verkrusteten und verkopften Buchschule den Kampf ansagten.

In diesen Tagen jährt sich zum 150. Male der Geburtstag des bedeutenden Münchener Schulreformers. Wir wollen die Gelegenheit nicht auslassen, einmal mehr auf ihn hinzuweisen. Immerhin gilt Kerschensteiner in der Bildungsbranche als „Vater der Berufsschule“. Seine Gedanken sind auch heute noch – hundert Jahre nach seinem Wirken – aktuell, wenngleich man freilich Bleibendes in seinem Werk von Zeitbedingtem trennen muss.

„Lassen wir endlich Kerschensteiner neben Humboldt treten“, forderte Prof. Dr. Hans Maier, einst Kultusminister im Freistaat, in seiner Rede zum 50. Todestage Kerschensteiners. Das war zwar 1982, gilt aber nach wie vor.

Kerschensteiner verurteilte die zu seiner Zeit übliche einseitige Betonung der akademischen Bildung. Das Bildungswesen befand sich nicht in Einklang mit den Lebensnotwendigkeiten des Volkes, sagte er. Volksschule und berufliche Fortbildungsschule standen ganz im Schatten der Humboldt'schen Bildungsidee. Prof. Hans Maier dazu: „Im Sinne des Neuhumanismus orientierte sich die Hauptschule an dem Auftrag, wie ihn der preußische Unterrichtsminister formuliert hatte. Die Aufgabe der höheren Schule bestehe in der Erzielung humaner Bildung, nicht in der Berufsvorbereitung“. Ist Berufsvorbereitung aber kein Bestandteil humaner Bildung?

Seit eh und je ist das Interesse von Kindern und Heranwachsenden auf das praktische Tun gerichtet, konstatiert Kerschensteiner. Deshalb forderte er, dass die Hauptschule nicht Buchschule bleibe, sondern „Arbeitsschule“ werde, dass sie ein stärkeres berufspraktisches Profil erhalte. Im korrekt vollzogenen Werkstück sieht der Pädagoge Kerschensteiner einen hohen erzieherischen Wert.



Georg Kerschensteiner (1854 – 1932)

Daraus ergibt sich ein entscheidendes Axiom: „Der Weg zur Menschenbildung geht über die Berufsbildung“. Nicht nur die Schule, sondern auch der Beruf besitze bildende Kräfte und der Mensch beziehe wohl den größeren Teil seiner Bildung aus dem Beruf. Als Forderung nach lebenslangem Lernen ist diese Erkenntnis heutzutage auch brandaktuell.

Freilich warnte Kerschensteiner davor, Berufsbildung lediglich als Ausbildung, also allein unter dem Gesichtspunkt der „mechanischen Brauchbarkeit“ zu sehen. An vielen Stellen seines Schrifttums wies er darauf hin, dass berufliche Bildung die Bereiche Denken und Tun zusammenschließe.

Folgerichtig forderte Prof. Maier in der zitierten Kerschensteiner-Rede, das berufliche Bildungswesen zu einer wirklichen Bildungsalternative gegenüber dem allgemeinbildenden Schulwesen zu machen, damit sich das geistige Potential lernwilliger junger Menschen hier wie dort entfalten könne. „Dieses Ziel ist noch nicht erreicht“, sagte Maier 1982. Aber ist es heute, mehr als zwanzig Jahre danach, erreicht?

Die Diskussion über den Zusammenhang von Bildungs- und Beschäftigungssystem verenge den Blick oft auf die rein wirtschaftliche Zweckhaftigkeit der beruflichen Bildung, reduziere sie zur reinen Ausbildung. Spätestens aber seit Kerschensteiner wisse man, dass eine Ausbildung, die allein auf Brauchbarkeit abzielt, eine Mißachtung wahrer Berufsbildung bedeute, so Maier. „Aus dem Beruf muss die pädagogische Wirkung der beruflichen Bildung hervorgehen“, heißt es bei Kerschensteiner. In Anbetracht der aktuellen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt, angesichts des Gerangels um die Ausbildungsplatzabgabe klingen solche Worte wie aus einer anderen Welt.

Aber sind sie deshalb unrealistisch? Sind die Kerschensteiner'schen Bildungsaxiome angesichts der aktuellen Entwicklung überholt? Nein, sie haben keine echten Alternativen. Gerade wir als Lehrer beruflicher Schulen dürfen sie nicht aus den Augen verlieren, so schlecht die Zeiten auch sein mögen.

Kerschensteiner – das ist auch ein Synonym für den Erziehungsauftrag der Schule. Der Reformers stellte hohe Anforderungen an die Lehrer. Bei seiner Rede anlässlich eines internationalen Lehrerkongresses 1928 in Berlin sagte er u.a.: „Lehrer sein im alten Sinne, das kann man bis zu einem gewissen Grade lernen. Wenn ich lediglich zu unterrichten habe, so muss ich nur wissen, was und wie ich dies tue“. Dafür gebe es Regeln und Methoden in Hülle und Fülle. Ohne pädagogischen Einschlag aber führe diese Genügsamkeit nur zu einem „Lehrerhandwerker“. Sobald der Lehrer aber auch Erzieher sein soll, Erzieher zum Gemeinsinn und zum sozialen Dienst,

„dann sind noch ganz andere Eigenschaften nötig“.

Die Elementarschulen seien das geblieben, was sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren, bemängelte Kerschensteiner später. „Sie sind Stätten der reinen Unterweisung und Belehrung. Die Elementarschule aber und ihre Fortsetzung, die Berufsschule, müssen sich zu Stätten der Erziehung entwickeln“. Sie sollen nicht nur dem Individuum gerecht werden, sondern auch zur Versittlichung der Gemeinschaft beitragen. Hier klingt ein entscheidendes Anliegen Kerschensteiners durch: Die staatsbürgerliche Erziehung, die weitaus mehr ist, als die Vermittlung von Fakten. 1901 veröffentlicht der Reformator dazu seine preisgekrönte Schrift: „Die staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend“.

Das Thema „Kerschensteiner“ ist längst nicht erschöpft, aber es wird eng mit dem Platz. Deshalb abschließend ein paar biografische Daten nur noch im Stenogrammstil:

Georg Kerschensteiner wird am 19. Juli 1854 in München geboren. Zunächst Volksschullehrer, sucht er nach vier Dienstjahren um Entlassung nach. Er legt die Reifeprüfung ab, studiert an der TU München Mathematik und Physik, promoviert (1883). Dann folgten Jahre als Gymnasiallehrer in Nürnberg und Schweinfurt. Nebenbei absolvierte er ein Ergänzungsstudium in Mineralogie, Zoologie und Botanik an der Würzburger Uni.

Seit 1893 ist er wieder in München, zunächst als Lehrer am Ludwigsgymnasium, ab 1895 dann als Stadtschulrat und Königlicher Schulkommissar.

In dieser Funktion beginnt er beherrscht das Münchener Schulsystem zu reformieren, „zum Wohle der Kinder“, wie er sagt. U.a. führte er das 8. Schuljahr ein, um den Jugendlichen den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern. Dann erfolgt das Herzstück der Reform (1904 bis 1907): Die Umgestaltung der Fortbildungsschule mit dem Ziel, „auch den jungen Menschen in der Arbeitswelt individuelle Entfaltung zu ermöglichen“. Seine Aktivitäten erregen große Aufmerksamkeit, auch international, weil die Zeit reif ist

für Schulreformen. Nicht die „Verhandwerklichung der Schulen“, nicht die Heranbildung brauchbarer billiger Arbeiter ist das Ziel, sondern die sich über den Nützlichkeitsgedanken erhebende Charakterbildung, erklärt der „Vater der Berufsschule“.

1912 wird der Liberale Kerschensteiner Reichstagsabgeordneter in Berlin. Der erste Weltkrieg bringt die Münchener Schulreform zum Stillstand. Kerschensteiner unterrichtet an der Münchener Uni; Angebote anderer deutscher Hochschulen lehnte er ab. Anlässlich seines 70. Geburtstages 1924 würdigt die Stadt seine reformpädagogischen Verdienste, indem sie die Berufsschule an der Liebherrstraße nach Kerschensteiner benennt. Am 15. Januar 1932 verstirbt Georg Kerschensteiner.

„Wo wären wir heute“, fragt Prof. Hans Maier am Schluss der mehrfach zitierten Rede, „wenn es Georg Kerschensteiner nicht gegeben hätte?“

„Unsere Pädagogik und unser Bildungswesen“, so seine Antwort, „wären sicher ein Stück ärmer“. Deshalb sollten wir – die Lehrer an beruflichen Schulen – Kerschensteiner neu entdecken, vor allem in schweren Zeiten wie den jetzigen. <

Literatur:

„Kerschensteiner neu entdeckt“

Schriftenreihe des VBB, München 1982

Kerschensteiner, Georg: „Berufsbildung und Berufsschule“, Paderborn 1966



BAMBERG

Wir freuen uns auf Ihren Besuch

Am 26. und 27. November 2004 findet unter dem Motto

„Berufliche Bildung neu denken – der VLB“

der 7. VLB-Berufsbildungskongress in Bamberg statt.

Studienreise des VLB-Bildungs- und Förderwerkes nach Finnland:

Wenig Kontrollen bei hochentwickelter Vertrauenskultur

PETER THIEL

Wie die Moslems nach Mekka, so pilgern derzeit die Bildungsfachleute nach Finnland. Sie suchen Antworten auf Fragen, die sich aus jener OECD-Studie ergeben, welche vor zwei Jahren unter dem Kürzel PISA die bislang heile Bildungswelt der Deutschen so stark erschütterte. „Es sind aber nicht nur die Deutschen, die kommen“, sagt Rainer Domisch, vom Zentralamt für das finnische Schulwesen (Opetushallitus, Helsinki). Es gebe auch auffallend viele asiatische Besucher, welche PISA in Alarmstimmung versetzt habe. In Finnland hingegen spreche kaum jemand über die Studie, hier sei man ihr völlig unaufgeregt begegnet, habe sich in aller Ruhe der festgestellten Defizite – z. B. Leseunterschiede mit sozialem Hintergrund – gewidmet.

Domisch ist Baden-Württemberger und im Zentralamt für den Deutschunterricht zuständig. Er empfängt die Reisegruppe des VLB-Bildungs- und Förderungswerkes warmherzig und stellt fest: „Sie sind so ziemlich die hundertste Delegation, die uns besucht“. Dann weist er darauf hin, dass „vor kurzem erst“ die CSU-Landtagsfraktion dagewesen sei, „wobei ich Frau Hohlmeier allerdings vermisst habe“.

Initiative des VLB-Bildungswerkes

Die PISA-Untersuchungen wurden bekanntlich in der Sekundarstufe 1 und somit im allgemeinbildenden Bereich durchgeführt. Wer aber da weltweit Spitze ist, verfügt sicher auch im beruflichen Bereich über Vorzeigbares, meinten die für das VLB-Bildungs- und Förderungswerk Verantwortlichen und machten sich Mitte Mai mit einer 26-köpfigen Gruppe, be-

stehend aus Schulleitern und Vertretern der Schulaufsicht, auf die Reise in den kühlen Norden, wo in der Hauptstadt angeblich die Eisbären auf der Straße herumlaufen. Auf dem Programm standen die Besuche zweier beruflicher Bildungseinrichtungen sowie der Besuch des genannten Opetushallitus.



„Wir haben eine sehr günstige Lehrer-Schüler-Relation“. Schulleiter Pentti Suursalmi (rechts), Dolmetscherin Helena Tarmann und Hermann Sauerwein (VLB).

Im Bildungszentrum von Porvoo

Die berufliche Schule von Porvoo, einer Kleinstadt östlich von Helsinki gelegen, ist das überregionale Berufsbildungszentrum für den Bezirk East Unsima. Sie besteht aus fünf Teilschulen, die sich nicht alle in Porvoo befinden. Träger der Einrichtung sind elf Kommunen, die einen entsprechenden Zweckverband bilden. Dieser finanziert die Schule.

Der Staat fördert Schulbauten und Investitionen, bezuschusst Reparaturen sowie den Unterrichtsbetrieb nach Anzahl der Schüler. Die Schule betreut rund 800 „vocational students“, das sind Jugendliche, die nach einer gemeinsamen neunjährigen Grundschulzeit ihre dreijährige berufliche Bildung erhalten. Dazu kommen rund 600 junge Leute aus Betrieben, deren

Ausbildungsverträge allerdings auch mit der Schule abgeschlossen sind. Der Besuch der Schule ist kostenfrei, das gilt auch für die Unterrichtsmittel, sowie für die Verpflegung während der Schulzeit. Das Bildungsunternehmen hat 122 Lehrkräfte, die je nach Wunsch und Bedarf zwischen 20 und 28 Stunden unterrichten.

Günstige Lehrer-Schüler-Relation

„Unsere Lehrer-Schüler-Relation ist sehr günstig“, sagt Schulleiter Pentti Suursalmi, „eine Klasse hat nicht mehr 15 Schüler“. Die Lehrkräfte verfügen allesamt über einen vollwertig ausgestatteten Arbeitsplatz in der Schule und können dort ihre Vorbereitungen

ohne Einschränkungen erledigen. „Dennoch bevorzugen manche von uns zu Hause zu arbeiten“, sagt eine Lehrerin, als wir uns in einem der komfortabel ausgestatteten Klein-Lehrerzimmer umsehen. Die Zusammenarbeit von Schule und ausbildenden Betrieben ist nach Aussage des Schulleiters äußerst intensiv. Mit rund 800 Unternehmungen und Gesellschaften bestehen entsprechende vertragliche Bindungen. „Die betrieblichen Ausbildungsphasen dienen natürlich auch der Anbahnung späterer Arbeitsverhältnisse“, meint Schulleiter Suursalmi.

Aufträge von „draußen“

Die Schule erledigt in ihren verschiedenen Fachbereichen auch Kundenaufträge ohne dabei mit der regiona-

len Wirtschaft in Kollision zu geraten. Die erwirtschafteten Erträge, ebenso solche aus der Vermietung von Räumen und der Nutzung von Anlagen, kommen der Schule zugute.

Neben der beruflichen Erstausbildung widmet sich das Berufsbildungszentrum in Porvoo auch der beruflichen Weiterbildung. Die Möglichkeit zur fachlichen Weiterbildung wird auch von den Betrieben vielfach genutzt.

Teilnahme an ESF-Projekten

Natürlich hat die Weiterbildung auch für die Lehrkräfte eine zentrale Bedeutung, wobei man darunter nicht nur den Umgang mit technischen In-

ge „Vocational Institute“ mit der S-Bahn. Dann ein ähnliches Bild wie in Porvoo, eine berufliche Schule in kommunaler Trägerschaft mit staatlicher Förderung. Rund 2000 junge Leute durchlaufen hier ihre dreijährige berufliche Erstausbildung, wofür 230 Lehrkräfte zur Verfügung stehen. „Wir pflegen eine außerordentlich starke Zusammenarbeit nicht nur mit der Wirtschaft, sondern vor allem mit der Grundschule und bemühen uns, auch die Eltern in einem hohen Maß an die Schule zu binden“, sagt Maarit Kallio-Savela, die Schulleiterin, und verweist auf den an der Schule befindlichen Kurator (Sozialarbeiter), der vor allem die Beziehungen zu den El-



„Wir bemühen uns in hohem Maße, die Eltern an die Schule zu binden“. Maarit Kallio-Savela, die Leiterin der Schule in Vantaa.



Mediengestalter in der Schule von Porvoo.

novationen versteht, sondern auch die Auseinandersetzung mit pädagogischen Prozessen, u.a. im Sinne von Projekten des Europäischen Sozialfonds (ESF). „97 Lehrkräfte der Schule sind derzeit da eingebunden“, sagt der Schulleiter und verweist auf andere Beteiligungen an europäischen Programmen. Supervision und Evaluation sind selbstverständliche Bestandteile des Schullebens, schon deshalb, weil die Lehrkräfte – wie an allen finnischen Schulen – hinsichtlich der Lehrpläne und der Unterrichtsverfahren weitestgehende Gestaltungsfreiheiten haben.

Absolut gleichwertig

Von Porvoo nach Vantaa, einem Vorort im Norden der Metropole Helsinki. Die Reisegruppe erreicht das dorti-

tern pflegt. Mit Nachdruck erklärt sie schließlich: „Die auf die Grundschule folgenden beruflichen Schulen sind den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen absolut gleichwertig“.

Wohnhäuser für den freien Markt

Für den nötigen Praxisbezug sorgen an der Schule Kundenaufträge, die es in allen Fachbereichen gebe, sagt Juha-Ville Mäkinen, der – wenn wir seine Rolle richtig deuten – für die Schulentwicklung zuständig ist. Die Bearbeitung von Kundenaufträgen gehe soweit, dass die Schule in Zusammenarbeit mit den örtlichen Aufsichtsbehörden sogar Wohnhäuser erstelle, „welche auf dem freien Markt dann Absatz gut finden“, erklärt Mäkinen.

Die Schule vermittelt eine Doppelqualifikation

Einen breiten Rahmen im Gespräch mit Mäkinen nimmt das Thema „Prüfungswesen“ ein. Zu Beginn der Berufsausbildung gelte es zur Aufnahme in die Schule eine Prüfung zu bestehen. Um die Abschlussprüfung ablegen zu können, muss der Kandidat die Schule nicht unbedingt durchlaufen haben, er kann jederzeit auch als Externer antreten. Die Schule vermittelt sozusagen ein Doppelqualifikation, bestehend aus einem beruflichen Teil und einem allgemeinbildenden Teil, der zur Fachhochschul- oder Hochschulreife führt.

Prüfungen ohne Kammern

Bei der als „Arbeitsprobe“ bezeichneten Prüfung geht es um den beruflichen Teil. An der Festlegung der Prüfungsinhalte sind die Lehrer maßgeblich beteiligt, darüber hinaus Vertreter des Schulträgers, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Rund 300 solcher Prüfungsausschüsse gebe es in Finnland, sagt Mäkinen. Für deutsche Verhältnisse besonders bemerkenswert: Die Prüfungen laufen ohne Kammern. Nach dem Grundsatz „wer lehrt, der prüft“, haben die Lehrkräfte einen sehr starken Einfluß.

In der Regel kommen die jüngeren Prüflinge über die Schule, die älteren aus den Betrieben. Die Arbeitsprobe enthält nicht nur einen praktischen Teil, sondern auch die Theorie. Stark



„Bei den Prüfungen haben die Lehrer einen sehr starken Einfluss“. Juha-Ville Mäkinen, „Schulentwickler“ in Vantaa.



Begegnung in Vantaa: Ein Kollege aus Schleswig-Holstein (mit dem Rücken zur Kamera), der sich zur Vorbereitung eines Leonardo-Projekts in der Schule aufhält. Viele Fragen werden beantwortet.

in die Bewertung einbezogen werden das Lern- und Arbeitsverhalten des Kandidaten sowie gewisse Schlüsselqualifikationen wie Kooperationsfähigkeit usf. Voraussetzung für den Erhalt eines Zertifikats ist mindestens die Note „gut“. Die Arbeitsprobe verläuft stark individuell auf den Einzel-schüler zugeschnitten.

In mehreren Berufsbereichen einsetzbar

Sowohl die Ausbildung als auch das Examen sind breitbandig angelegt und tragen dazu bei, dass der Absolvent später in mehreren Berufsbereichen einsetzbar ist. Eine zu starke Spezialisierung wird jedenfalls vermieden. „Bei der beruflichen Bildung machen die Betriebe sehr schön mit, weil sie den Nachwuchs brauchen“, bemerkt Mäkinen. Alles in allem kenne

man im finnischen Schulwesen wenig Kontrollen. Man baue eher auf Vertrauen und habe vor allem viel Bewegungsfreiheit, „sonst wären wir nicht so leistungsfähig“.

Wie wird man Berufsschullehrer?

Zur Sprache kam schließlich auch die Lehrerbildung. Wie also wird man in Finnland Lehrer an einer beruflichen Schule? Auf der Grundlage einer dreis- bis sechsjährigen Berufserfahrung erfolgt das vierjährige Lehrstudium an der Hochschule. Das pädagogisch-didaktische Rüstzeug erwirbt der Lehrer in spe dann über zwei bis drei Jahre hinweg im praktischen Einsatz an einer Schule.

Sowohl in Porvoo, vor allem aber in Vantaa gab es für die bayerischen Besucher verständlicherweise großen Frage- und Diskussionsbedarf, dem

auch in vollem Umfange entsprochen wurde.

Zwischenbilanz

Versucht man die vielen Bausteine zusammenzutragen und zu bewerten, die sich aus dem Besuch der zwei beruflichen Schulen ergeben, dann ergibt sich in etwa folgendes Mosaik:

- Bildung wird im Bewusstsein der Finnen unabhängig von den Inhalten als ständiger lebenslanger Prozess gesehen und weniger als eine Art abgeschlossener Zustand.
- Die berufliche Bildung liegt in öffentlicher Verantwortung. Auch dort, wo Ansätze zu einer „dualen Ausbildung“ bestehen, haben die Schulen einen großen Einfluss. Mit den Betrieben besteht eine intensive Kooperation. Das in der Bundesrepublik beobachtbare Kompetenzgerangel zwischen den Lernorten mit gelegentlichen Schuldzuweisungen scheint den Finnen fremd zu sein.
- In den Schulen besteht eine äußerst günstige Schüler-Lehrer-Relation, die sich aus der Bevölkerungszahl Finnlands ergibt. Die Schüler erfahren somit i.d.R. ein hohes Maß an Zuwendung durch den Lehrer, was durch die Kooperation mit den Elternhäusern noch verstärkt wird.
- Hinsichtlich der Lehrpläne und der didaktischen Arbeit haben die Lehrer ein Höchstmaß an Gestaltungs- und Bewegungsfreiheit, so dass die



Hohe Konzentration und nachdenkliche Mienen in der Schule von Vantaa. Sind die finnischen Praktiken transferierbar?

individuelle Betreuung von Schülern keine Ausnahme ist.

- Die Schulbürokratie ist auf ein Minimum reduziert und die Schulaufsicht hat zu beraten, nicht zu kontrollieren. Daraus ergibt sich eine sehr hoch entwickelte Vertrauenskultur, die sich auch bei der Kooperation von Schule und Wirtschaft wohltuend auswirkt.
- Damit in Verbindung steht eine auf Vertrauensbasis beruhende Teamarbeit der Lehrer, die schon seit Jahren selbstverständlich ist.
- Das Arbeitsklima in den beiden Schulen scheint bestimmt zu sein von Freundlichkeit, Ruhe und Gelassenheit. Aufregtheit und Hektik jedenfalls waren nirgends zu beobachten.

Opetushallitus: Entwicklungszentrale und nicht Aufsichtsbehörde

Diese Aspekte wurden auch beim Besuch des Opetushallitus deutlich, dem eingangs erwähnten Zentralamt für das finnische Schulwesen. Wie erwähnt, wurden wir dort von Deutsch-Experten Rainer Domisch empfangen, der begleitet war von seiner für die berufliche Bildung zuständigen Kollegin Pirjo Väyrynen.

Keine Schulaufsichtsbehörde sei das Opetushallitus, sondern eine Entwicklungszentrale für das gesamte finnische Schulwesen, das auch die Erwachsenenbildung einbeziehe, erklärte Domisch. Die im Hause erarbeiteten Bildungspläne entstanden in Zusammenarbeit mit 500 Pilotschulen über drei Jahre hinweg. „Somit beruhen die Pläne auf einem breiten Konsens und auf einer soliden Planungskultur“. An der Evaluierung waren und sind stets auch Schüler und Eltern beteiligt.

Eine langfristig angelegte Reform

Das heutige Bildungssystem Finnlands sei das Ergebnis einer Reform, die in den 60-er Jahren begann und in ihren Grundlinien kontinuierlich weiterentwickelt wurde. Aus deutscher Sicht auffallende Besonderheiten sind u. a.:



„Sie sind so ziemlich die hundertste Delegation, die ich empfangen“. Rainer Domisch vom Opetushallitus, dem Zentralamt für das finnische Schulwesen bei der Begrüßung.

- Die für alle gemeinsame neunjährige Grundbildung.
- Eine nahezu vollständige Integration von Schülern mit Förderbedarf.
- Die sehr intensive sozialpädagogische und psychologische Betreuung. An jeder Schule gibt es beispielsweise einen „Kurator“, der u.a. für die Zusammenarbeit mit den Eltern zuständig ist. Auf ca. 800 Schüler kommt ein Psychologe.
- Eine enge Kooperation von allgemeinen und beruflichen Gymnasien.
- Sehr offen angelegte Rahmenpläne, die den Schulen eine Vielfalt an individuellen Gestaltungsmöglichkeiten bieten.
- Die gesetzlich garantierte Möglichkeit zur Weiterbildung für alle.

- Die vollzogene Abschaffung der Schulaufsicht.
- Das Vorhandensein eines ethischen Rahmens für den Umgang mit dem Computer als Konsequenz aus der Entwicklung hin zur Informationsgesellschaft.
- Eine hochgradige Priorität von Fremdsprachenkompetenz und Fremdsprachenvielfalt.
- Der Erhalt von Zwergschulen, die eine starke personale Beziehung zwischen Lehrer und Schüler ermöglichen.
- Die ständige Berücksichtigung der Schwerpunkte Lernfähigkeit und lebenslanges Lernen bei allen Altersstufen.
- Die Abschaffung von Klassenstufen und Klassenverbänden im Gymnasium. Es besteht ein reines Kurssystem. Die Schüler bewerben sich nach der 9.Klasse mit dem letzten Zeugnis an der weiterführenden Schule.
- Die Möglichkeit, die auf regulär drei Jahre angelegte Gymnasialzeit um jeweils ein Jahr zu unter- oder zu überschreiten.
- Beachtliche Möglichkeiten für Schüler und Eltern zur Mitarbeit bei der schulischen Evaluation.

Keine Eisbären auf der Straße

Neben den fachlichen Veranstaltungen standen eine Stadtrundfahrt durch die Metropole Helsinki auf dem Programm sowie ein Rundgang durch



Man hört die Stecknadel fallen: Hohe Konzentration und intensive Mitarbeit beim Kunstunterricht Zehnjähriger in der Gemäldegalerie von Helsinki. Alle Fotos: Peter Thiel

die Altstadt von Porvoo. Aus dieser Stadt mit den farbenfrohen Holzhäusern stammt übrigens der finnische Nationalpoet Johan Runeberg, dessen 200. Geburtstag man heuer im ganzen Lande feierte.

Dass es in Helsinki – der „Tochter der Ostsee“ – Eisbären auf der Straße gebe, erwies sich angesichts des weltstädtischen Charakters der Metropole als blanker Zynismus. Dafür gab es eine Reihe von Sehenswürdigkeiten, die vom Denkmal des Nationalkomponisten Jan Sibelius (u. a. Finlandia-Sin-

fonie) über den Senatsplatz mit dem Dom bis zu jenen Sportanlagen (Nurmi-Statue) reichten, in denen 1952 die olympischen Spiele stattfanden. An Letztere konnten sich ohnehin nur noch die Älteren aus der Reisegruppe erinnern.

Zusätze über die man nachdenken sollte

Nach den bisherigen BFW-Reisen via Dänemark, Frankreich, der Schweiz und Österreich waren die fünf Tage in Helsinki ein weiterer Blick über den bildungspolitischen Zaun mit wertvollen Anregungen. Bei aller Würdigung der finnischen Bildungsbemühungen gilt es jedoch zu bedenken: Es bestehen Voraussetzungen, die auf die Bundesrepublik nicht so ohne weiteres

übertragbar sind. Dazu zählen in erster Linie die Bevölkerungszahl (rund 5,2 Millionen Finnen), aber auch das Ausbildungssystem, für dessen Dualismus man sich in Deutschland nun mal entschieden hat. Die an den besuchten Schulen gewonnenen positiven Eindrücke resultieren schließlich aus Momentaufnahmen, auch das sollte bei einer kritischen Würdigung nicht übersehen werden.

Alles in allem setzte sich am Ende der Reise mehrheitlich die Einsicht durch: Auch die Finnen kochen in der beruflichen Bildung nur mit Wasser, dies allerdings mit einigen Zusätzen, über die man hierzulande doch einmal ernsthaft nachdenken sollte, vor allem jetzt, wo es in Berlin um die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes geht.

In Diskussionen aufgelesen:

Marginales zur finnischen Bildungsszene

„Schulinspektion hat nur einen Sinn, wenn die Qualität der Schule dadurch zunimmt“.

„Was man heute nicht investiert, muss man später tausendfach bezahlen“.

„Der Computer ist kein Selbstzweck – Informatik als Unterrichtsfach ist nicht erforderlich“.

„Man schafft Vertrauen durch Taten, nicht durch Worte“.

„Die Finnen reden nur, wenn sie was zu sagen haben“.

Frage aus deutscher Sicht: „Wie könnt Ihr Euch das leisten? Antwort des Finnen: „Wie könnt Ihr Euch das nicht leisten?“

„Es gibt keine gelernten, sondern nur geborene Lehrer“.

„Wir produzieren sozusagen Bildung auf Vorrat“.

„Bildung ist ein kontinuierlicher Prozess und kein abgeschlossener Zustand.“

Das Bildungssystem in Finnland

DIETMAR LEISCHNER

Wie in allen europäischen Staaten ist auch in Finnland die „Gesetzliche Regulierung des grundlegenden Bildungssystems“ in einem Schulgesetz und in Verordnungen festgelegt. Die Regierung beschließt die allgemeinen nationalen Ziele und Stundentafeln. Rahmenlehrpläne die Standards – werden vom Zentralamt für Unterrichtswesen (Opetushallitus) erarbeitet. Die Regelungen für die Unterrichts- und Erziehungsarbeit umfassen:

- Die Lehreraus- und Lehrerfortbildung,
- den jeweiligen Lehrplan (Kommunen, Schulen und Kindertagesstätten),
- die Unterrichtsmaterialien.

Eine breite parlamentarische Mehrheit entschied sich 1968 für ein integriertes Schulwesen. In den Jahren 1972 bis 1977 wurde die Gemeinschaftsschule/Gesamtschule mit den Klassenstufen 1 – 9 eingeführt.

Ab 1980 erfolgte eine tiefgreifende Lehrplanreform, die Einführung der „klassenlosen“ gymnasialen Oberstufe und die Abschaffung der Niveaurokurse. Im Jahre 1994 traten die neuen Lehrpläne (Standards) in Kraft. Durch die Abschaffung der Schulinspektion wurde die Verantwortlichkeit der Kommunen und Schulen gestärkt. Daneben wurden die Einführung der schulischen Evaluation und die Öffnung der Schulen für die Informationsgesellschaft vollzogen.

Landesweite Fortbildungs- und Schulprojekte für Fremdsprachenvielfalt, Mathematik- und Naturwissenschaften, Förderung der Lesekompetenz und „virtuelle Schule“ werden durchgeführt. Das finnische Bildungssystem ist nach der vorschulischen Erziehung in drei Stufen gegliedert:

- Untere Bildungsstufe (Gesamtschule)
- Mittlere Bildungsstufe (Abitur und Fachschulen)
- Obere Bildungsstufe (Universitäten und Hochschulen)

Zentrales Ziel ist die Gewährleistung von gleichen Bildungsmöglichkeiten für alle Bürger – unabhängig von Alter, Wohnort, wirtschaftlicher Situation, Geschlecht oder Muttersprache. Unterricht, soziale Leistungen und Schulessen sind in allen Stufen kostenlos, ebenso sind Unterrichtsmaterial und Schulbücher für den Vorschulunterricht und grundbildenden Unterricht kostenlos. Der Schülertransport wird vom Bildungsträger gewährleistet.

1. Vorschulische Erziehung und Schulpflicht

Von Geburt und bis zum 6. Lebensjahr können Kinder in Kindertagesstätten betreut werden. Alle Sechsjährigen haben seit 2001 Anrecht auf kostenlose Vorschulunterricht; im Jahre 2002 nahmen 98 % der Sechsjährigen am Vorschulunterricht teil.

Die Unterrichtspflicht/Schulpflicht beginnt in dem Jahr, in dem das Kind das 7. Lebensjahr vollendet hat, und dauert an der „obligatorischen“ Gesamtschule 9 Jahre. Die Vorschule kann in einer Gesamtschule integriert sein.

2. Die Gesamtschule – Grundbildender Unterricht

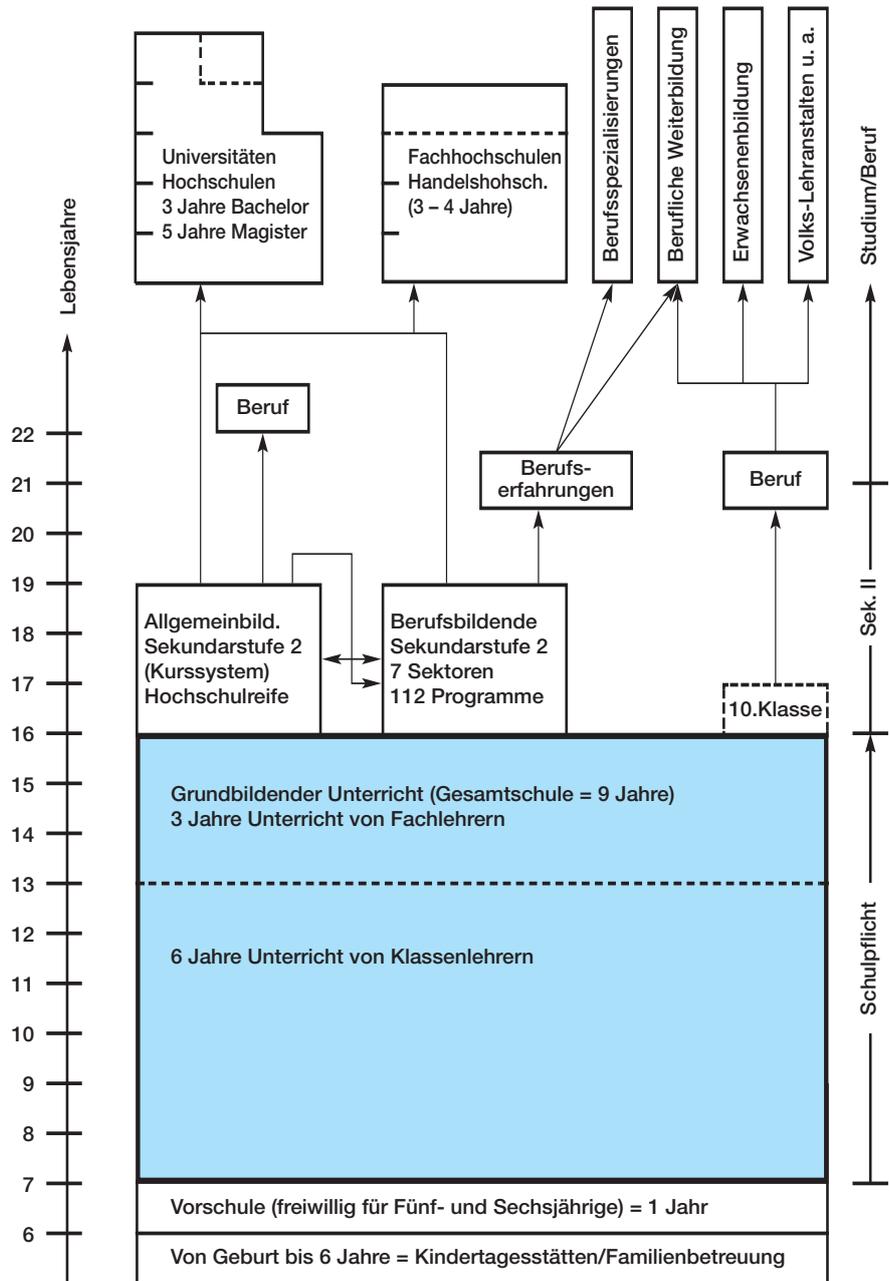
Seit 1999 wird die Gesamtschule nicht mehr in Unter- und Oberstufe gegliedert, sondern der grundbildende Unterricht wird in den ersten 6 Jahren vom Klassenlehrer (in ca. 3000 Schulen) und in den letzten drei Jahren vom Fachlehrer (in 600 Schulen) erteilt. Nach neun Jahren kann eine freiwillige 10. Klasse besucht werden. Auf Unterricht in Fremdsprachen und auf Sonderunterricht wird großer Wert gelegt. Über den erfolgreichen Abschluss der 9-jährigen Gesamtschule wird ein Zeugnis erteilt, weiterhin ein Zusatzzeugnis über das absolvierte fakultative 10. Schuljahr.

3. Die Sekundarstufe II

Nach Beendigung der Schulpflicht bestehen im Wesentlichen zwei Bildungswege; Übergänge (horizontale Durchlässigkeit) in beide Richtungen sind möglich:

- Ausbildung auf der allgemeinbil-

Struktur des Bildungssystems in Finnland



- denden Sekundarstufe II (54 % in 447 Schulen),
- Ausbildung auf der berufsbildenden Sekundarstufe II (36 % in 400 Schulen).

In der allgemeinbildenden Sekundarstufe II werden die Schüler im Kurssystem zur Hochschulreife (Abitur) geführt. Die Abiturprüfungen

sind in Finnland zentral organisiert. Viele Abiturienten wechseln zu berufsbildenden Fachschulen über, was aufgrund der Modularstruktur der Sekundarstufe II möglich ist; Bildungsgänge der allgemeinbildenden und berufsbildenden Sekundarstufe II können kombiniert werden.

Für die allgemeinbildende Sekundarstufe II sind gemäß Unterrichts-

plan 3 Jahre vorgesehen; sie kann auch innerhalb von 2 bis 4 Jahren absolviert werden. Alle Kurse müssen besucht werden; nach Abschluss der Reifeprüfung wird ein Abschlusszeugnis erteilt. Die Abiturprüfung umfasst: Muttersprachen, eine Fremdsprache, Mathematik oder Allgemeinfächer (Geistes- und Naturwissenschaftliche Fächer).

Die berufsbildende Sekundarstufe II kann im Rahmen einer Berufsschul- ausbildung oder einer Lehre absolviert werden. Wahl der Bildungsgänge und Ausbildungsfortschritt richten sich nach dem individuellen Ausbildungsplan des Schülers. Die Berufsbildung umfasst 7 Sektoren (Technik und Verkehr, Handel und Verwaltung, Naturressourcen, Ernährung und Wirtschaft, Soziales und Gesundheit, Kultur und Freizeit/Sport), 52 Berufsqualifikationen mit insgesamt 112 verschiedenen Studienprogrammen.

Jede Berufsausbildung umfasst mindestens 20 Studienwochen Ausbildung am Arbeitsplatz, Kurse in den Kernfächern (z. B. Sprachen und wissenschaftliche Fächer) sowie Wahlfächer. Die Bildungsgänge sind sowohl obligatorisch als auch fakultativ.

Die berufsqualifizierende Ausbildung wird in der beruflichen Schule und in Lehrverhältnissen für alle Berufszweige angeboten. Träger der beruflichen Bildung sind 55 Gemeinden, 70 Verbände, 95 private Gesellschaften und Stiftungen sowie 5 berufliche Sonderschulen.

Die Bildungsveranstalter erhalten eine staatliche Genehmigung und eine spezifische Bildungsaufgabe, in der u. a. die Fachrichtungen und die Gesamtstundenzahl festgelegt sind.

Die Ausbildung kann in Form von Direkt-, Fern- oder Kombinationsstudium erfolgen. Ein „Schulprogrammrat“ (Mitglieder sind Vertreter der Schulen und lokalen Unternehmen) erstellen Pläne für den Ablauf, die Ziele und die Durchführung der Ausbildung am Arbeitsplatz. Für die Planung, Organisation, Durchführung und Bewertung der Prüfungsaufgaben ist ein Prüfungsausschuss (Lehrer, Arbeitnehmer und Arbeitgeber) verantwortlich. Der Umfang der Prüfungsarbeit beträgt z. B. mindestens 2 Studien-

wochen. Nach Abschluss aller Studiengänge des individuellen Studienplans wird nach der 3-jährigen beruflichen Ausbildung ein Befähigungszeugnis erteilt; außerdem besteht die Möglichkeit, die Reifeprüfung zu absolvieren.

Für die berufliche Fort- und Weiterbildung stehen berufsbildende Fachschulen zur Verfügung. Der Unterricht findet in 25 „Fachlinientypen“ statt. Für Berufe mit „Leistungs- und Planungsaufgaben“ wie Meister, Techniker und Ingenieure sind 2 bis 4 Jahre vorgesehen. Über eine der längsten „Linien“ ist der Übergang auf eine Hochschule des Faches möglich.

4. Lehre und duale Berufsausbildung

Schüler, die die 10. freiwillige Klasse der Gesamtschule besuchen, wählen einen der etwa 160 Berufe und werden vorwiegend im Beschäftigungssystem bzw. am Arbeitsplatz angelernt oder ausgebildet; der Theorieanteil wird in den Bildungseinrichtungen vermittelt. Eine duale betriebliche Ausbildung (oppisoppimus) ist in den letzten Jahren neu entstanden und wird stetig ausgeweitet. Allerdings beträgt ihr Anteil an der gesamten beruflichen Ausbildung zur Zeit ca. 8 % eines Jahrgangs.

5. Hochschulen und Erwachsenenbildung

Studiengänge an den Hochschulen, Universitäten und Fachhochschulen sind in allgemeine, fachbezogene und vertiefende Studieneinheiten eingeteilt (Dauer: 4 bis 5 Jahre). Fachhochschulen sind mehr praxisorientiert, in Hochschulen liegt der Schwerpunkt auf wissenschaftlicher Forschung und Lehre. Dem Examenssystem der Hochschulen entsprechend ist es möglich, mit einem niedrigen oder höheren akademischen Grad abzuschließen. Der akademische Grad „Bachelor“ kann in 3 Jahren, der Magistergrad in 5 Jahren abgeschlossen werden. Das Fachhochschulstudium wird innerhalb von 3 – 4 Jahren absolviert. Sommer-Universitäten bieten berufliche Weiterbildung oder Ergänzung des Lehrstoffes der Abiturstufe. Berufsbildende und weiterbildende Kurse für Erwachsene/Berufstätige werden von Bürger- und Arbeiterinstituten angeboten. Viele allgemeinbildende, staatsbürgerliche und berufsbildende Kurse bieten Volkslehranstalten, Bildungsorganisationen, viele Musiklehranstalten, Sportinstitute, Fernsehanstalten, Ausbildungszentren sowie Weiterbildungsinstitute. <

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 11. Mai 2004:

Dringlichkeitsantrag der SPD zur Lehrmittelfreiheit

Die SPD-Landtagsfraktion kämpft für die Erhaltung der vollen Lernmittelfreiheit in Bayern und lehnt ein gestaffeltes Büchergeld ab. „Es gehört zur Erfüllung des Bildungsauftrags des Staates, die Bücher für den Unterricht bereit zu stellen. Für uns ist klar: Hände weg von der Lernmittelfreiheit“, erklärt die SPD-Bildungssprecherin Marianne Schieder. Folglich lautet der Text des Dringlichkeitsantrages: „Der Bayerische Landtag möge beschließen, die Lernmittelfreiheit in Bayern

voll zu erhalten, da sie grundlegender Bestandteil des staatlichen Bildungsauftrages ist.“

Nach Planungen der Staatsregierung sollen die Eltern pro Kind in der Grundschule 30 Euro pro Schuljahr bezahlen, 50 Euro an weiterführenden Schulen und Gymnasien. Dieses Büchergeld komme auch entgegen der Aussage des Kultusministeriums nicht gut bei den Elternverbänden an, weiß Schieder aus Gesprächen mit deren Vertretern.

Gute Bildung dürfe nicht zu einer Frage des Geldbeutels werden, deshalb müsse der Staat dafür sorgen, dass auch Eltern mit niedrigem Einkommen ihre Kinder ohne zusätzliche

finanzielle Belastung auf weiterführende Schulen schicken können, lautet die Begründung im Dringlichkeitsantrag, der von den SPD-Anträgen als erster aufgerufen wird. <

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion vom 12. Mai 2004:

Kein einziger CSU-Vertreter bei Plenardebatte im Landtag über SPD-Antrag zur Lernmittelfreiheit

Das gab es im Bayerischen Landtag wohl noch nie: Kein einziger Abgeordneter der CSU (mit Ausnahme des amtierenden Landtagspräsidenten Alois Glück) und kein einziges Mitglied der Bayerischen Staatsregierung waren am Mittwochnachmittag nach der Mittagspause im Plenarsaal des Münchner Maximilianeums anwesend, als ein Dringlichkeitsantrag der SPD zur Rettung der Lernmittelfreiheit aufgerufen wurde. Der SPD-Bildungspolitiker Hans-Ulrich Pfaffmann, der den Antrag für seine Fraktion begründete, empörte sich über das Verhalten der CSU-Abgeordneten und der Mitglieder des Kabinetts Stoiber. Parlamentspräsident Glück, den das Fehlen seiner eigenen Fraktionskolleginnen und -kollegen offenbar selbst befremdete, bot der SPD an,

die Sitzung bis zum Erscheinen der CSU unterbrechen zu lassen. Pfaffmann verzichtete darauf mit der Feststellung: „So sieht jedermann, wie unwichtig das Thema der Lernmittelfreiheit der CSU ist.“

Mit ihrem Dringlichkeitsantrag, den die CSU nach ihrem späteren Erscheinen schließlich ablehnte, wollte die SPD die Rettung der kostenlosen Schulbücher erreichen. SPD-Bildungssprecherin Marianne Schieder fordert den Erhalt der vollen Lernmittelfreiheit in Bayern und lehnt ein gestaffeltes Büchergeld ab. „Es gehört zur Erfüllung des Bildungsauftrags des Staates, die Bücher für den Unterricht bereit zu stellen. Für uns ist klar: Hände weg von der Lernmittelfreiheit“, erklärt Schieder. <

tinuierlich: von 382 300 auf 429 440, das heißt um 12,3 Prozent. Im Vergleich zu 2001 wuchs die Zahl der Sonderschüler um 4 700 (1,1 Prozent). Die meisten Sonderschüler waren 2002 mit 231 100 (53,8 Prozent) dem Schwerpunkt Lernen zugeordnet. 68 500 (15,9 Prozent) benötigten spezielle Unterstützung im Bereich geistige Entwicklung und 35 200 (8,2 Prozent) in der Sprache. Über 80 Prozent aller Sonderschüler verlässt die Schule ohne Hauptschulabschluss.

65 800 Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf wurden im Jahr 2002 nicht an Sonderschulen unterrichtet, sondern in den Unterricht an allgemeinen Schulen integriert. Ihre Zahl stieg um 2500 (4,0 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr an. Von diesen Schülern besuchten 42 300 (64,2 Prozent) die Grundschule 10 300 (15,7 Prozent) die Hauptschule, 4 900 (7,3 Prozent) die Integrierte Gesamtschule und 3 300 (5,0 Prozent) die Orientierungsstufe. Für das Jahr 2002 wurden die integriert geförderten Schüler zum vierten Mal überregional statistisch erfasst.

Von den 47 100 Absolventen der Sonderschulen wurden im Jahr 2002 37 800 (80,3 Prozent) ohne Hauptschulabschluss in die Welt entlassen. 8 300 (17,7 Prozent) schafften den Hauptschulabschluss, 890 (1,9 Prozent) die mittlere Reife und knapp 60 (0,1 Prozent) eine Studienberechtigung. Im Vergleich zum Vorjahr verließen insgesamt 1 500 oder 3,3 Prozent mehr Jugendliche die Sonderschule mit einem Abschluss.

Überproportional stieg der Anteil der ausländischen Schüler an Sonderschulen. Im Jahr 2002 waren es 68 000 oder 4,1 Prozent mehr als in 2001. Von dieser Gruppe wurden 44 400 dem Förderschwerpunkt Lernen zugeordnet, ihr Anteil von 65,3 Prozent hat sich seit 1994 (67,1 Prozent) nicht nennenswert verändert. Damit wurde weiterhin ein erheblich größerer Teil der ausländischen Sonderschüler dem Förderbereich Lernen zugerechnet als der deutschen (51,7 Prozent). Der Anteil ausländischer Schüler an allen Sonderschülern stieg von 1994 bis 2002 von 14,1 auf 15,8 Prozent. -dpa-

Zahl der Sonderschüler seit 1994 gestiegen – mehr Lernstörungen

Immer mehr Schüler in Deutschland brauchen eine sonderpädagogische Förderung. Ihre Zahl stieg von 382 330 im Jahr 1994 auf 49 5240 in 2002 an. Zugleich wurden bei immer mehr Kindern Lernstörungen festgestellt und sie dem Förderschwerpunkt Lernen zugerechnet. Ihre Zahl nahm im selben Zeitraum von 21 7650 auf knapp 26 2400 zu, wie aus einem Bericht der Kultusministerkonferenz (KMK) in Bonn hervorgeht. Das sind 53 Prozent

aller Schüler mit Förderbedarf. 232 800 Schüler verteilten sich 2002 auf die sonstigen Förderschwerpunkte, darunter vor allem geistige Entwicklung, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung.

Trotz der KMK-Empfehlung von 1994, sonderpädagogische Förderung auch in allgemeinen Schulen zu organisieren, wurden stetig mehr Schüler an Sonderschulen verwiesen. Ihre Zahl kletterte von 1994 bis 2002 kon-

Staatsregierung will Tagegeld für Beamte kürzen

Die Staatsregierung will das Tagegeld für Bayerns Beamte kürzen. Der Kabinettsbeschluss sei bereits gefasst, sagte Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) in München. Nun gehe der Entwurf zur Änderung des Reisekostengesetzes in die Anhörungsphase.

Faltlhauser bestätigte damit einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung“. Demnach soll das Tagegeld für Beamte bei Dienstfahrten auf einheitlich sechs Euro gekürzt werden. Bisher gibt es 7,50 Euro für Dienstfahrten zwischen 8 und 12 Stunden beziehungsweise 15 Euro für längere Dienstfahrten.

Betroffen wären von der Gesetzesänderung vor allem Betriebsprüfer, Vermesser, Lebensmittelkontrolleure

und andere Beamte, die beruflich viel unterwegs sind. Der Bayerische Beamtenbund (BBB) will Widerstand leisten. BBB-Chef Rolf Habermann sagte der „Süddeutschen Zeitung“, gerade Beamte des einfachen und mittleren Diensts würden benachteiligt. Sie müssten bei einem Verdienst zwischen 1800 bis 2000 Euro mit Einbußen von 50 Euro monatlich rechnen.

Nach Angaben des Finanzministeriums kam der Wunsch nach einer Änderung von Seiten der bayerischen Kommunen. Diesen sei die derzeitige Regelung zu verwaltungsaufwändig. Primäres Ziel seien nicht Einsparungen, sagte eine Sprecherin. -dpa/lby-

dbb-Newsletter, 21. Mai 2004:

Keine Alternative zu Verhandlungen über neues Tarifrecht für öffentlichen Dienst

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat ihren Willen bekräftigt, weiter an der Neugestaltung des Tarifrechts für den öffentlichen Dienst mitzuwirken. „Länder und Mitarbeiter haben gleichermaßen ein hohes Interesse an der überfälligen Neugestaltung“, sagte TdL-Chef Hartmut Möllring, Finanzminister in Niedersachsen, dem Magazin „Tacheles“ der dbb tarifunion (Maiausgabe). „Wir brauchen ein neues, flexibles, zukunftsweisendes Tarifrecht.“

Der Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) sei „ein Fossil aus den 70er Jahren“, betonte Möllring: „Seither haben wir eine moderne Dienstleistungsverwaltung. Das Beamtenrecht ist heute moderner und teilweise flexibler als das Tarifrecht.“ Die dbb tarifunion habe in den bisherigen Tarifverhandlungen zur Neugestaltung ei-

ne „sehr konstruktive Rolle gespielt und wichtige Anliegen und Ideen eingebracht. Zu diesem Weg des Miteinanderredens und Verhandeln gibt es keine verantwortbare Alternative – und Druck machen gehört auch dazu“, sagte Möllring. Der Chef des Arbeitgeberverbandes der Länder versicherte: „Die TdL hat nicht vor, die Tarifautomatik außer Kraft zu setzen. Soweit Tarifverträge gelten – auch in der Nachwirkung werden die Länder diese respektieren.“

Der niedersächsische Finanzminister bezeichnete sich selbst als „überzeugten Verfechter des Flächentarifvertrags, aber modern, flexibel und atmend“. Spezifische Lösungen entsprechend regionalen Notwendigkeiten müssten möglich sein. Tarifpartnerschaft bewähre sich gerade in schwieriger Zeit, betonte Möllring. <

dbb-Newsletter, 10. Mai 2004:

dbb Bundeshauptvorstand will flexiblere Arbeitszeiten

Der dbb Bundeshauptvorstand hat bei seiner letzten Sitzung in Magdeburg für flexiblere Arbeitszeiten plädiert. Eine längere Wochenarbeitszeit wurde dem gegenüber als falsch und un gerechtfertigt abgelehnt.

Die Arbeitszeiterhöhungen, die bereits realisiert oder geplant sind, sollen kompensiert werden, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes die Kürzungen früherer Jahre durch Gehaltsverzicht auf Heller und Pfennig bezahlt haben. Durch Arbeitszeiterhöhungen frei werdende Finanzmittel können zur Anschubfinanzierung für eine leistungsabhängige Bezahlung genutzt werden.

Mit einem weiteren Beschluss nimmt der dbb Bundeshauptvorstand kritisch zur Bildung eines Pensionsfonds für neu eingestellte Bundesbeamte Stellung. Diese Form von Kapitaldeckung der Beamtenversorgung kann vom dbb nur mitgetragen werden, wenn an der Alleinzuständigkeit des Dienstherrn für die Versorgung seiner Beamten nicht gerüttelt wird. Auch müssten dem Fonds die Mittel nicht pauschal, sondern unter Beachtung Versicherungsmathematischer Grundsätze zugeführt werden. Schließlich sei jeder sachfremde Zugriff auf die Mittel des Pensionsfonds von vornherein auszuschließen.

Konkrete Vorschläge hat der dbb Bundeshauptvorstand schließlich zur Weiterentwicklung des Beihilferechts beschlossen. Danach sollen unter anderem die Abrechnungssätze verändert und ein Apothekenrabatt vereinbart werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass die Einsparungen aus der Praxisgebühr wieder der Beihilfe zugute kommen und nicht im Bundeshaushalt bzw. den Länderhaushalten versickern. <

Anfragen – Anträge – Beschlüsse



Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Simone Tolle, Adi Sprinkart, Renate Ackermann, Eike Hallitzky, Christine Kamm, Dr. Christian Magen, Thomas Mutze, Ruth Paulig, Barbara Rütting, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Christine Stahl und Fraktion Bündnis 90 Die Grünen

Anhörung zum Thema „neue Arbeitszeitmodelle für Lehrerinnen und Lehrer“

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport führt gemeinsam mit dem Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes eine Anhörung zum Thema „Neue Arbeitszeitmodelle für Lehrerinnen und Lehrer“ durch.

Dabei sind insbesondere Modelle aus Ländern zu berücksichtigen, die bei der PISA-Studie gut abgeschnitten haben.

Begründung:

Die Anforderungen an den Beruf der Lehrerin und des Lehrers haben sich gewandelt. Neben der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts gibt es vielfältige Aufgaben (z. B. Schulentwicklung, veränderte Zeugnisse in der Grundschule), die immer breiteren Raum einnehmen. Daher ist es erforderlich, über veränderte Arbeitszeitbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer nachzudenken.

Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen (gleiche Abgeordneten wie links)

Verlässliche Grundlagen schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung beauftragt ein unabhängiges Institut mit einer Arbeitsplatzanalyse für den Lehrerbereich. Die Untersuchung wird differenziert nach Schulart, Jahrgangsstufe und Fach und berücksichtigt auch sämtliche Tätigkeiten, die außerhalb des Unterrichtes sowie seiner Vor- und Nachbereitung anfallen. Bereits vorliegende Untersuchungen unabhängiger Institute sowie von anderen Landesregierungen können einbezogen werden.

Begründung:

Auch die Kultusministerin hat in einem Brief vom 23. März festgestellt, dass sich die Anforderungen an unser Bildungssystem grundlegend gewandelt haben. Viele Lehrerinnen tragen diesem Postulat bereits heute Rechnung. Veränderte Anforderungen führen zu veränderten Stellenbeschreibungen. In einer Untersuchung der LehrerInnenarbeitsplätze bietet sich die Chance, diesen Umstand wissenschaftlich fundiert zu erfassen und auf Grund der Ergebnisse neue Anforderungsprofile zu definieren. Diese können Grundlage sein für eine erfolgreiche Entwicklung unseres Bildungssystems. Gleichzeitig definieren die Resultate wichtige Basiswerte für die universitäre Lehrerinnenausbildung in Bayern.

Beschluss
des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag des Abgeordneten Heinz Donhauser CSU

Prüfungsabnahme bei der beruflichen Ausbildung

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob bei der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes die in der Berufsschule erbrachten Leistungen bei der Ermittlung der Gesamtprüfungsnote berücksichtigt werden können.

Der Präsident
I. V.
Barbara Stamm
1. Vizepräsidentin

*Antwort der Bayerischen
Staatsregierung*

Beschluss des Bayerischen Landtags vom 12. 02. 2004, Drs. 15/342 Prüfungsabnahme bei der beruflichen Ausbildung

Sehr geehrter Herr Präsident,
mit Beschluss vom 12. 02. 2004 hat der Bayerische Landtag die Staatsregierung aufgefordert zu prüfen, ob bei der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes die in der Berufsschule erbrachten Leistungen bei der Ermittlung der Gesamtprüfungsnote berücksichtigt werden können.

In Abstimmung mit den Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus, für Wirtschaft, Infrastruk-

tur, Verkehr und Technologie sowie für Landwirtschaft und Forsten nehme ich zu diesem Beschluss wie folgt Stellung:

Nach § 34 Abs. 1 Berufsbildungsgesetz (BBiG) hat der Auszubildende eine Abschlussprüfung vor der für die Berufsbildung zuständigen Stelle (in der Regel vor der Industrie- und Handelskammer oder vor der Handwerkskammer) abzulegen.

Über die Abschlussprüfung ist ein Zeugnis auszustellen (§ 34 Abs. 2 BBiG), das sich nach der derzeit geltenden Gesetzeslage nur auf die in dieser (punktuellen) Prüfung erbrachten Leistungen erstreckt. Die Leistungen sowie die Führung und das Verhalten im Betrieb bzw. in der Berufsschule werden nicht erfasst, darüber sind jeweils gesonderte Zeugnisse auszustellen. Demzufolge erhält der Auszubildende mit dem Berufsabschluss drei Zeugnisse (Kammer, Berufsschule und Betrieb), wobei die Wirtschaft das Abschlusszeugnis der Kammer als den maßgeblichen Nachweis der Berufsfähigkeit betrachtet. Einen Anspruch auf Erteilung einer Gesamtnote gewährt das BBiG nicht. Unabhängig davon können die jeweiligen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen aber die Bildung einer Gesamtnote vorsehen.

Seit vielen Jahren wird die Einbeziehung der Berufsschulleistungen in das Berufsabschlusszeugnis der Kammern zwischen Gewerkschaften und Wirtschaft kontrovers diskutiert. Im Gegensatz zur Gewerkschaftsseite lehnte die Wirtschaft bisher eine Einbeziehung der Berufsschulleistungen in das Zeugnis der Abschlussprüfung ab. Als Hauptargument wird dabei vorgebracht, dass bei Berücksichtigung externer schulischer Vornoten, die auf unterschiedlichen föderalen Lehrinhalten beruhen, eine bundesweite inhaltliche Vergleichbarkeit der Abschlüsse nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber wird vorgebracht, dass im dualen System der Berufsausbildung – basierend auf einer gleichberechtigten Partnerschaft – auch die beim dualen Partner, also am Lernort Berufsschule erbrachten Leistungen im Rahmen einer Gesamtnote zu berücksichtigen seien.

Ob und inwieweit die Meinungsverschiedenheiten im Rahmen der anstehenden Novellierung des BBiG beigelegt werden können, ist derzeit noch nicht absehbar. Die Bundesregierung plant zwar, noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Berufsbildungsrechts einzubringen. Bisher liegt jedoch außer den Eckpunkten des Bundesbildungsministeriums zur Reform weder ein Gesetzentwurf noch ein Referentenentwurf vor. Dagegen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im April einen eigenen Gesetzentwurf zur Novellierung des Berufsbildungsrechts in den Bundestag eingebracht. Dieser Entwurf sieht vor, § 34 BBiG dahingehend zu ergänzen, dass im Abschlusszeugnis der Kammer (bzw. der sonstigen zuständigen Stelle) zusätzlich zum Ergebnis der Abschlussprüfung die Abschlussnote der Berufsschule gesondert ausgewiesen wird. Dieser Kompromissvorschlag, der

statt einer Anrechnung der Berufsschulnote und der Bildung einer Gesamtnote die Ausweisung der Berufsschulnote vorsieht, wird inzwischen auch vom Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung, in dem die Spitzenorganisationen der Arbeitgeber vertreten sind, sowie vom Deutschen Gewerkschaftsbund mitgetragen.

Die Bayerische Staatsregierung wird das Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung des BBiG kritisch und konstruktiv begleiten. Sie wird insbesondere versuchen, eine tragfähige Lösung zu der Problematik der Prüfungsabnahme bei der beruflichen Ausbildung zu erreichen. Über das Ergebnis werde ich dem Bayerischen Landtag nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens berichten.

Mit freundlichen Grüßen
Christa Stewens
Staatsministerin



Klausurtagung der abl vom 29./30. April 2004:

Die Lehrerbildung muss europatauglich werden

HEIKO POHLMANN

„Qualitätssicherung“, „Transparenz“ und „Wettbewerb“, das sind die Schlagworte, die sich aus dem von den europäischen Bildungsministern 1999 beschlossenen Bologna-Prozess ergeben. „Die Lehrerbildung darf in diesem Prozess nicht abgehängt werden, da sie gegenwärtig an den Universitäten nicht im Zentrum steht“, so der Leiter des Unterausschusses „Prüfungen“ in der KMK, Hans Körner. Er ist gleichzeitig Leiter des Arbeitsbereichs Controlling, Entwicklung und Planung der Hochschulen im Wissenschaftsministerium in Niedersachsen.

Eingeladen hatte ihn und weitere prominente Vertreter aus dem Kultusministerium, der Politik und den Hochschulen die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl). Der abl gehören für die Grund- und Hauptschulen die Katholische Erziehergemeinschaft, für die Realschulen der Bayer. Realschullehrerverband, für die Gymnasiallehrer der Bayer. Philologenverband und für die beruflichen Schulen der VLB an. Die zweitägige Klausurtagung sollte dazu dienen, einen gemeinsamen Standort im Bologna-Prozess zu finden.

Der Bologna-Prozess

Ziel dieses Prozesses ist es, einen gemeinsamen europäischen Bildungsraum zu schaffen, um auf dem globalen Bildungs-Markt wettbewerbsfähig zu sein. Begonnen hatte er mit dem Beschluss der Bildungsminister 1999 in Bologna, nach dem Studiengänge in Europa einheitlich modularisiert und in zwei Zyklen mit unterschiedlichen Abschlüssen durchgeführt werden sollen. Nach zwei Folgetreffen, 2001 in Prag und 2003 in Berlin soll das nächste Treffen der europäischen Bildungsminister 2005 im norwegischen Bergen dazu dienen, diesen Prozess weiter voranzutreiben. Gegenwärtig sind in

Anlehnung an das anglo-amerikanische System die Abschlüsse „Bachelor“ und „Master“ in der Diskussion. Auf diesem System basieren weltweit rund drei Viertel aller Studiengänge. Gegenwärtig noch unvorstellbar, dass in sechs Jahren die klassischen deutschen Studienabschlüsse, allen voran das Diplom, ausgedient haben sollen, denn dieser Bildungsprozess soll 2010 abgeschlossen sein.



Prof. Dr. Alf Zimmer, Universität Regensburg (links) und Prorektorin Prof. Dr. Frederike Klippel (LMU München).

Eindeutig ist aber festzustellen, dass die Studiengänge an deutschen Universitäten bis 2005 weitgehend auf diese Abschlüsse umgestellt sein werden. „Mehr und mehr Hochschulen wollen ihr Angebot jetzt komplett umstellen“, so Körner weiter. Etwa 2 500 der rund 11 000 Studiengänge können bereits mit den neuen Titeln abgeschlossen werden. Das entspricht etwa 20 % des Studienangebots. Die Zahl der Studierenden in Bachelor-Studiengängen hat sich zwischen den Wintersemestern 1999/2000 und 2002/2003 mehr als verzehnfacht.

Wichtig zu wissen, dass diese Studiengänge sowohl an Fachhochschulen als auch an Universitäten gleichermaßen angeboten werden. Damit wird sich die deutsche Hochschullandschaft mit ihrer strengen Unterscheidung zwischen FH und Uni möglicherweise grundlegend ändern. Die für die Entwicklung im föderativen deutschen Sys-

tem zuständige Kultusministerkonferenz (KMK) hat allerdings noch keinen endgültigen Beschluss gefasst, nach dem auch Lehramtsstudiengänge überführt werden können. Die Juristen und Mediziner wollen jedenfalls noch beim Staatsexamen bleiben.

„Wer allerdings meint“, so Körner weiter, „bestehende Studiengänge könnten einfach umetikettiert werden, der irrt sich gewaltig. Alle Studiengänge müssen umgestaltet werden.“

Man könnte daher fast sagen, dass sie vom Kopf auf die Füße gestellt werden müssen, da nicht mehr die von den Professoren in den Vorlesungen und Übungen vorgegebenen Inhalte maßgebend sind, sondern Ziele, Stan-

dards, die in den einzelnen Modulen erreicht werden müssen. Um Studienleistungen transparenter zu machen, werden die einzelnen Module mit „Credits“ versehen, die aber nichts mit den individuellen Noten der Studierenden zu tun haben, sondern mit dem Arbeitsaufwand, den „workloads“ für ein bestimmtes Modul.

Sowohl die Inhalte als auch die Organisation des Studiums müssen daher überdacht werden, um diese vorgegebenen Standards oder Kompetenzen erreichen zu können. Eine Akkreditierungskommission stellt fest, ob diese mit dem Studiengang und den darin enthaltenen Modulen erfüllt werden, um nach der Akkreditierung mit einer Evaluationen zu überprüfen, ob diese auch erreicht werden. Sollte das nicht der Fall sein, werden Zielvereinbarungen getroffen oder später die Mittel gekürzt. „Modularisierung“, „Credittierung“, „Akkreditierung“ sind daher

die Schlüsselworte für die Umbildung der Studiengänge.

Die inhaltliche Gestaltung der Studiengänge

Nach Körners Aussagen haben viele Bundesländer diesen oben dargestellten Prozess schon weiter vorangetrieben als Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. So wurden in z. B. in Niedersachsen schon Studiengänge auf Bachelor- und Master-Abschlüsse umgestellt und akkreditiert. Er wies ferner darauf hin, dass zur Zeit viele Gerüchte kursieren würden, die meist aber jeder Grundlage entbehrten. So lägen z. B. für die Lehrerbildung noch keine fertigen Konzepte vor, oder, dass nur 20 oder 30% der Studenten,

Akkreditierung festgelegt wird, was jemand können muss, wenn er den Abschluss „Bachelor“ oder „Master“ erhält. Damit tritt jetzt der Output in den Vordergrund. Der Anbieter von Modulen muss sich nun darauf einstellen, die Eingangsvoraussetzungen zu eruieren und die Kompetenzen festzulegen, die mit dem Abschluss des Moduls und damit der beiden Zyklen erreicht werden sollen.

Hier ist der Staat gefragt, so Körner weiter, da er diese Standards vorgeben muss, wenn weiterhin die Staatsprüfungen als Abschluss anerkannt werden sollen. So müssen Standards für den Abschluss des Studiums ebenso festgelegt werden wie für den Abschluss des Vorbereitungsdienstes. Es sind Kern-

Dafür, dass bisherige Errungenschaften erhalten bleiben sollten, so auch die Staatsprüfung, sprach sich Dr. Harald Vorleuter, der Leiter des Büros der Staatsministerin für Unterricht und Kultus, aus, wobei aber auch Teile von den Hochschulen im Rahmen der Module geprüft werden könnten. Er sprach sich ferner dafür aus, das Zwei-Fach-Studium zu erhalten und in den Mittelpunkt des Studiums die Fachwissenschaften und Fachdidaktik für beide Fächer zu stellen. Ergänzt werden müsse aber das Studium unbedingt durch die Pädagogik und durch Schulpraktika. Dabei könne es nötig sein, so Vorleuter weiter, dass bestimmte Standorte aufgegeben werden müssten, um die Effizienz der Lehrerbildung zu verbessern. Zu diskutieren seien aber in der nächsten Zeit die organisatorischen und inhaltlichen Fragen der neuen Studiengänge. Der Landtag werde sich demnächst damit beschäftigen.



Von links: MdL Dr. Ludwig Spaenle, Martin Riester (brlv), Dr. Harald Vorleuter (Leiter des Büros von Staatsministerin Hohlmeier, Hans Körner (KMK).

die mit dem Bachelor abschließen würden, in den Master-Studiengang wechseln dürften bzw., dass die Bezeichnungen „Bachelor“ und „Master“ schon als feste Abschlusszertifizierungen vergeben seien.

Es sei vielmehr Ziel dieses Prozesses, bis 2010 ein für Europa einheitlichen Bildungsraum zu schaffen, um nach vorgegebenen Standards die Qualität der Ausbildung zu sichern. Das Studium muss modularisiert und geklärt werden, welche Vorkenntnisse die Studenten mitbringen, wenn sie das Modul besuchen, aber auch, was jemand können muss, der das Modul erfolgreich abgeschlossen hat. Dabei ist völlig neu zu denken: Bisher ging und geht man vom Input aus, dass das, was in den Vorlesungen und Übungen dargelegt wurde, mehr oder minder den Denkansätzen der Professoren entsprang. Neu ist nun, dass bei der

curricula zu entwickeln, die durch die entsprechenden Abschlüsse definiert sind. Entscheidend, so Körner abschließend, sei es aber, über die Inhalte zu diskutieren und nicht über die Organisation der Studiengänge.

In das gleiche Horn blies auch der Vorsitzende des Hochschulausschusses im Bayerischen Landtag, Dr. Ludwig Spaenle, der feststellte, dass sich der Bologna-Prozess gegenwärtig mit einer politischen Dynamik entwickle, die nicht rückholbar oder umkehrbar sei. Es seien aber nicht die Abschlussbezeichnungen festgelegt, wobei er für den Baccalaureus als 1. Abschlussebene, den Master oder Magister als 2. und in der 3. Ebene für den Doktor plädierte, so Spaenle. Mehr als Auftrag an die Verbände gedacht, meinte er, dass es bildungspolitisch opportun sei, sich möglichst früh in den Steuerungsprozess einzuschalten.

Die organisatorische Gestaltung der Studiengänge

Drei Professoren von drei verschiedenen bayerischen Universitäten konnten hier ihre Strukturmodelle vorstellen, die von sehr unterschiedlichen Ansätzen ausgehen.

So teilte Prof. Alf Zimmer von der Universität Regensburg mit, dass auf der einen Seite der Staat als Monopolist bestimme, was im Rahmen der Lehrerbildung gelehrt werden müsse, auf der anderen Seite die Universitäten aber dazu gezwungen würden, im Rahmen des Bologna-Prozesses ihre Studiengänge umzustellen. Da in Regensburg nur 25% der Studenten das Lehramt studierten, sei eine Zweigliedrigkeit für die Universitäten unvorstellbar. Aus dem Positionspapier der bayerischen Rektoren ist zu entnehmen, dass die Unis den Ein-Fach-Lehrer fordern, Schulorganisation und Beamtenrecht für sie keine Rolle spiele und die Seminausbildung in den Masterstudiengang integriert werden müsse. Er könne sich aber vorstellen, so Zimmer weiter, dass die LPO I weiter entwickelt werde, wobei etwa 50% des Staatsexamens von der Universität geprüft werden müsse, um

damit den akademischen Titel „Master of“ verleihen zu können. Die andere Hälfte der Prüfungen könne dann weiterhin in Staatshand bleiben.

Die Prorektorin der Ludwig-Maximilian-Universität in München, Prof. Friederike Klippel, stellte dar, dass in England der Lehrer als Ein-Fach-Lehrer mit dem Bachelor abschließe, wobei dort nach dem 1. Zyklus eine Berufsfähigkeit gegeben sei. In Bayern müsse aber noch überprüft werden, ob es notwendig sei, die Lehrerbildung mit neuer Struktur zu versehen. So seien im jetzigen Lehramtsstudiengang durchaus Probleme zu erkennen, wie z. B. eine fehlende Eignungsfeststellung zu Beginn des Studiums, eine gewisse Beliebigkeit des fachwissenschaftlichen Studiums, eine ungenügende Verschränkung von Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Erziehungswissenschaft oder eine Zurücksetzung der Lehramtsstudierenden gegenüber Diplom- und Masterstudierenden. Zu fragen ist aber, ob diese Probleme durch die geänderten Studiengänge nach dem Bologna-Modell beseitigt werden könnten. Die Gegenüberstellung ließ wichtige Fragen offen, die noch zu klären sind, so z. B. die Fragen, ob eine komplette Neustrukturierung nötig sei, oder, welcher Zusammenhang zwischen der neuen Lehrerausbildung und dem Beamtenstatus bestehe. Nach Klippels Meinung müsse vorher unbedingt erörtert werden, welche politischen, wissenschafts- und gesellschaftsorientierten Maßnahmen helfen können, der Lehrerbildung an den Universitäten wieder den ihr angemessenen Status zu verschaffen. Dazu sei es ihrer Meinung nach besonders wichtig, ein zeitgemäßes Lehrer-Leitbild zu entwickeln.

Als Vertreter für Prof. Werner Winter stellte Dr. Josef Maisch von der Universität Augsburg Organisationsmodelle für die verschiedenen Lehrämter vor. Allen gemeinsam ist, dass neben unterschiedlichen Abschlüssen für die Lehrämter ein Referendariat vorgesehen ist, das je nach Schulart kürzer oder länger dauert. Deutlich wurde aber in der Diskussion auch, dass diese organisatorischen Fragen

erst dann geklärt werden können, wenn die inhaltlichen Eckpunkte festgezurrt sind.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

In allen vier Arbeitsgruppen, die sich mit dem Anforderungsprofil an einen Lehrer, der Polyvalenz der Studienabschlüsse, der Modularisierung oder der Kompatibilität mit bayerischen Studiengängen befassten, war man sich einig, dass der „Lehrerbildungstag der abl“ erst ein Anfang im Prozess der Neuordnung darstellte. Man war sich einig, dass der Bologna-Prozess offen und kreativ von allen Verbänden begleitet werden muss, damit man aktiv in alle Entwicklungen eingreifen kann.



Die VLB-Vertretung: Vorne stellvertretender Landesvorsitzender Armin Ulbrich und Landesvorsitzender Hermann Sauerwein.

Beschlossen wurde, ein Schreiben der abl an alle bayerischen Universitäten zu versenden, die Lehrer ausbilden und das folgende Prämissen und Angebote enthalten soll. Der Arbeitskreis Lehrerbildung in der abl wird auf seiner nächsten Sitzung einen Entwurf erstellen.

Schreiben an die Universitäten:

Teil 1: Prämissen:

- Das Staatsexamen soll staatlich bleiben, wobei einzelne Module von der Universität geprüft werden, um den akademischen Titel erhalten zu können;

- die Modularisierung und das ECTS-Punktesystem werden akzeptiert;
- die Lehrerbildung muss schulartbezogen bleiben;
- jeder Lehrer soll neben der Fachwissenschaft und der Fachdidaktik in zwei Fächern die Erziehungswissenschaft studieren und Praktika absolvieren;
- die zweiphasige Lehrerbildung muss erhalten bleiben.

Teil 2: Angebote:

- Die positive Zusammenarbeit der Mitgliedsverbände der abl mit den Universitäten, an denen Lehrerbildung durchgeführt wird, wird sehr ernst und mit Nachdruck angestrebt;
- alle Verbände wünschen sich fruchtbare Gespräche mit den Universitäten;
- dazu muss gemeinsam ein Lehrer-Leitbild festgelegt werden, Standards für die einzelnen Module und Bereiche der Lehrerbildung;
- vor allem muss aber gemeinsam der Output festgelegt werden, in dem die Kompetenzen enthalten sind, die von einem Lehrer nach Beendigung der ersten und zweiten Phase beherrscht werden müssen.

So war man sich zum Schluss der Veranstaltung einig, dass die gewünschten positiven Inputs der Referenten dazu geführt haben, sich in Zukunft intensiver mit der Problematik zu befassen. So konnten die anwesenden Mitglieder des VLB, Hermann Sauerwein, Hans Käfler, Armin Ulbrich, Dorothea Helbig, Heiko Pohlmann und Harald Strömsdörfer, feststellen, dass in unserem Verband schon viel geschehen ist, um sich mit dem Bologna-Prozess auseinanderzusetzen und unsere zuständigen Professoren dafür zu sensibilisieren. Wir werden über diesen Prozess, der für die zukünftige Lehrerbildung von immenser Bedeutung ist, weiter berichten. <

Mitwirkung bei IHK-Berufsabschlussprüfungen:

Eine Frage der Geschlossenheit und der Solidarität

WOLFGANG LAMBL / GEREON REMPE

Am 21. Mai führte der VLB-Landesvorstand ein Gespräch mit Staatsministerin Monika Hohlmeier und MDirig. Hans-Wilhelm Thomé. Dabei ging es u.a. um die Einstellungssituation für unseren Berufsnachwuchs, um den Lehrstellenmangel und um den im

- die Entschädigungssätze der IHK sind „unangemessen niedrig“ und
- die Prüfertätigkeit stellt kein dem Richteramt vergleichbares öffentliches Ehrenamt dar; folglich ist die von der IHK geübte Praxis, die Entschädigungsregelung für ehrenamtliche Richter anzuwenden, nicht zwingend.



Es ging u. a. um das Thema „Abschlussprüfungen“. Von links: Wolfgang Lambl (VLB), Hermann Sauerwein (VLB), Kultusministerin Monika Hohlmeier, Hans Käfler (VLB), MDirig. Hans-Wilhelm Tomé (KM).

Herbst stattfindenden BLB-Berufsbildungskongress, aber auch um das Thema „Mitwirkung der Lehrer beruflicher Schulen bei den IHK-Abschlussprüfungen“. Leider wurde zu letztgenannter Thematik der Gordische Knoten wiederum nicht durchschlagen, eine Lösung ist nicht in Sicht. So beharrlich wie die IHK bisher eine Reform des Entschädigungssystems ablehnt, so hartnäckig bleibt auch das Ministerium bei seiner Position, in keinem Fall eine Lösung zu akzeptieren, die zusätzliche Lehrerstellen erfordert.

So kann es nicht weiter gehen

Ministerium, Regierungen und kommunale Dienstherrn bestätigen uns explizit

Mit den anderen Kammern, die 80 % der von uns im beruflichen Schulwesen geprüften Auszubildenden vertreten, arbeiten wir partnerschaftlich zusammen. Dies ist auch weiterhin unser Ziel hinsichtlich der IHK. Allerdings respektieren alle anderen Kammern auch unsere Prüfertätigkeit und unsere Mitarbeit in den Ausschüssen, was sich in grundsätzlich angemessenen Vergütungen widerspiegelt. Nach jahrelangen vergeblichen Versuchen und einer viel zu langen Zeit des immer wieder Stillhaltens unsererseits fordern wir nachdrücklich eine faire Vergütungsregelung auch von der IHK. Zu einer fairen Partnerschaft gehört auch dieses Element.

Eine Alternative wäre, dass unser Dienstherr uns Kolleginnen und Kollegen über Anrechnungstunden entlastet, die anfallenden Kosten selbst trägt oder aber die anfallenden Kosten der IHK in Rechnung stellt. Mit dem Argument, die Prüfertätigkeit werde für die IHK erbracht und folglich sei die IHK am Zuge, lehnt das Ministerium solche Lösungen strikt ab.

Realistisch bleibt uns also nur der Weg, den Druck auf die IHK zu erhöhen – und das geht nur, wenn wir uns alle solidarisch der Mitwirkung an den IHK-Berufsabschlussprüfungen verweigern, solange sich die IHK nicht bewegt.

Die bisher gezeigte Solidarität reicht nicht aus

In diesem Zusammenhang beobachten wir gewisse Entwicklungen an den Schulen mit zunehmender Sorge.

Für unsere dienstliche Tätigkeit hat unser Dienstherr klare Regelungen verfügt, die aktuell gelten, ob wir sie mögen oder nicht:

- Laut Kultusministerium darf durch die Prüfertätigkeit grundsätzlich kein Unterricht an den Berufsschulen ausfallen.
- In das Ermessen des Schulleiters ist es gestellt, bis zu 10 Stunden ausfallenden Unterricht in Nichtprüfungsklassen gegen Minusstunden bei einem konkreten Kollegen aufzurechnen (eine Kann-Regelung).
- Bei vorzeitiger Beendigung des Unterrichts ist der zwischen Unterrichtsende und Schuljahresschluss stundenplanmäßig anfallende Unterricht grundsätzlich vorzuholen (Verordnung zur Änderung der Berufsschulordnung vom 11. Dez. 1997/Schreiben vom 3. April 1998).

Varianten

Ministerium und unsere Dienstherrn vor Ort gehen davon aus, dass diese Regelungen so angewendet werden. Die Realitäten an den Schulen sehen aber ganz anders und ausgesprochen unterschiedlich aus:

Variante 1:

Unterricht in Prüfungsklassen, der nach der Abschlussprüfung liegt, wird an einigen Schulen komplett vorgeholt,

an anderen Schulen teilweise vorgeholt, an anderen Schulen lässt man ihn ausfallen als Entlastung für geleistete Arbeit in den Prüfungsausschüssen.

Variante 2:

Für die Teilnahme an den IHK-Abschlussprüfungen werden die Kollegen bewusst während der Unterrichtszeit abgestellt, andere Kollegen vertreten in diesen Stunden, und diese Stunden werden dann als Mehrarbeit abgerechnet.

Variante 3:

Die 10-Stunden-Anrechnungsregelung, die sich ausdrücklich auf ausfallenden Unterricht in Nicht-Prüfungsklassen bezieht ist, wird auf ausfallenden Unterricht in allen Klassen bezogen.

Variante 4:

Die letzten beiden Unterrichtswochen des Schuljahres werden faktoriert, d.h. dieser Unterricht fällt in den Prüfklassen aus, wohl aber müssen die betroffenen Kollegen die ausfallenden Stunden im Laufe des Schuljahres z. B. durch unbezahlte Vertretungsstunden einbringen. Sämtlicher anderer Unterricht muss konsequent erteilt, d. h. also teilweise vorgeholt werden.

Variante 5:

Wenn möglich werden die Prüfungen außerhalb der Unterrichtszeit abgehalten. Ist dies nicht möglich, wird die Prüfzeit mit einem Faktor versehen und als Unterrichtszeit angerechnet (z. B. Faktor 2,5, d. h. 7,5 Stunden Prüfzeit geteilt durch 2,5 ergibt angerechnete 3 Unterrichtsstunden).

Interessant ist auch, dass an nicht wenigen Schulen die oben angesprochene 10-Stunden-Regelung gar nicht angewendet wird.

Diese Liste der Varianten, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, zeigt deutlich, dass alle diese Varianten in mehr oder weniger großem Widerspruch zu den offiziellen Regelungen des KM stehen. Im Windschatten der Schulen, die sich an die Vorschriften halten, „schwimmen“ zahlreiche andere Schulen auf „ihrer eigenen Welle“, was unserem gemeinsamen Anliegen, das der VLB vertritt, entgegen läuft.

Der VLB kritisiert die bestehenden Regelungen und hält sie nicht für trag-

fähig und gerecht. Aber wir sagen dies auch deutlich und setzen uns für gerechte Arbeitsbedingungen aller Kolleginnen und Kollegen ein.

Die Unterrichtspflichtzeit des einzelnen Kollegen darf in unser aller Interesse nicht zum Spielball der mehr oder weniger großen Großzügigkeit der eigenen Schulleitung werden.

Es leuchtet ein, dass die Kollegen einer Schule, an der es großzügige Regelungen gibt (die aber nicht den Anordnungen des KM entsprechen), eher weniger oder gar nicht bereit sind, sich unseren Forderungen anzuschließen, da sie Vorteile einbüßen.

Wir wollen nicht in der Vergangenheit schürfen und Schulleitungen oder Schulleiter an den Pranger stellen. Die angewandten Varianten sind schließlich dem Ziel entsprungen, die Kollegen für ihre Prüfertätigkeit zu entlasten, was eigentlich aner kennenswert wäre, wenn dabei die Vorgaben des KM und der Regierungen eingehalten und nicht neue und teilweise noch größere Ungerechtigkeiten entstanden wären.

Wir fordern deshalb mit Nachdruck:

Schluss mit den schulindividuellen Regelungen! Kämpfen wir offen gegen die bestehenden Regelungen des KM und setzen wir uns offensiv für bessere und gerechtere Regelungen ein. Von unserem geschlossenen Auftreten und der Solidarität aller Kolleginnen und Kollegen wird es abhängen, ob wir gegen die IHK Erfolg haben werden.

Im Moment ist es sehr schädlich für unsere Aktion, wenn die IHK die personellen Engpässe, die durch die sich verweigernden Kollegen entstehen, ohne große Probleme durch die Kollegen anderer Schulen schließen kann.

In den Zielen einig:

- Auch in Zukunft ist die Kompetenz und das Engagement der Lehrer in den IHK Prüfungsausschüssen unverzichtbar.
- Lassen Sie sich in jedem Fall wieder in die Prüfungsausschüsse berufen.
- Verweigern Sie später Ihre Mitwirkung bei der Winterabschlussprü-

fung, wenn sich die IHK bis dahin nicht von ihrer starren Haltung löst.

- Zeigen Sie sich solidarisch mit allen Kolleginnen und Kollegen und werben Sie für diesen Standpunkt.

Zu dem immer wieder gehörten Argument, durch unsere Verweigerungshaltung ließen wir unsere Schüler bei den Prüfungen im Stich, stellen wir fest:

Wenn das Bestehen der Prüfung oder die Prüfungsnote davon abhängen sollte, dass die Auszubildenden von ihren eigenen Lehrern geprüft werden, haben wir etwas missverstanden. Eigentlich wäre es im Sinne einer möglichst objektiven Prüfung sogar sachgerechter, wenn Prüflinge oder Prüfende ausgetauscht würden, um eben gerade nicht die eigenen Schüler zu prüfen. So wird in einigen Branchen auch heute noch verfahren, scheitert aber in vielen Fällen an organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten, da Prüflinge oder Prüfer hin und her geschickt werden müssten.

Weitere Schritte:

- Für die Winterprüfung 2004/2005 fordern wir alle bayerischen Kolleginnen und Kollegen auf, in den IHK-Prüfungsausschüssen nur mitzuwirken, wenn der Dienstherr für diese Tätigkeit eine entsprechende zeitliche Entlastung gewährt oder die IHK diese Tätigkeit angemessen vergütet.
- Musterklagen zur Feststellung der Unangemessenheit der bisherigen Entschädigungsregelung durch die IHK sind in Vorbereitung.

Wir bedanken uns bei allen Kolleginnen und Kollegen, die uns auch schon bisher voll unterstützt haben. <

Berufung in Prüfungsausschüsse

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sie alle kennen das ungelöste Problem der angemessenen Prüferentschädigung, das uns seit Monaten beschäftigt. Dort, wo Neuberufungen für die Prüfungsausschüsse anstehen, fragen einige IHK's z. Zt. bei uns Kollegen schriftlich an, ob wir weiterhin in den Ausschüssen mitwirken wollen.

Der VLB bezieht klar Position:

- Wir sagen uneingeschränkt „Ja“ zu einer **Berufung** in die Prüfungsausschüsse und unterstreichen damit die Bereitschaft, unsere Verantwortung im Prüfungswesen der IHK wahrzunehmen.
- Wir sagen klar „Nein“ zu der bisherigen Entschädigungsregelung, fordern stattdessen eine angemessene Vergütungsregelung. Eine **Mitwirkung** bei den Prüfungen wird es erst wieder geben, wenn in diesem Punkt eine akzeptable Regelung gefunden ist.

Auch wenn der VLB die freie Entscheidung jedes einzelnen Kollegen selbstverständlich respektiert, geben wir Ihnen die folgenden Empfehlungen:

- Benutzen Sie für die Rückmeldung an die Kammer **nicht das von der IHK beigelegte Formular**. Wenn Sie hier Ihre „Mitwirkung“ unterschreiben, können Sie Ihre Mitarbeit bei den Prüfungen kaum guten Gewissens verweigern, zu welchen Bedingungen Sie auch immer prüfen werden.

- Verwenden Sie bitte das **von uns entworfenen Antwortformular (abrufbar bei Ihrem Kontaktkollegen)**, auf dem wir den Begriff „Mitwirkung“ durch das Wort „Berufung“ ersetzt haben. Dies bedeutet nach unserer Auffassung: Wir bleiben für die nächsten 5 Jahre in den Ausschüssen vertreten. Ob wir dann tatsächlich bei den nächsten Prüfungen in den Ausschüssen mitwirken werden, werden wir jeweils vor den Prüfungen entscheiden. In keinem Fall wollen wir uns aber grundsätzlich für 5 Jahre aus den Ausschüssen verabschieden.

Wir bitten um Ihre Solidarität! Nur wenn wir geschlossen reagieren, können wir erfolgreich sein!



Wer grüßt zuerst? Wer hält wem die Tür auf?

Um diese und noch weit kompliziertere Fragen treffsicher beantworten zu können, trafen sich etwa 20 Lehrkräfte der Staatlichen Berufsschule Neusäß an einem Samstag Mitte März zu einem „Benimm-Seminar“ unter der Leitung von Donata Gräfin Fugger.

Nach einem bis in diffizile Details gehenden Theorieteil am Vormittag, der die Seminarteilnehmer lehrte, jedes „Fettnäpfchen“ elegant zu umgehen, wurde das Erlernte am Nachmittag praxisnah bei einem 3-Gänge-Menü im Restaurant „Papageno“ in Augsburg erprobt. Hier konnten sich die Teilnehmer sowohl in der hohen Kunst des „Small-Talk“ beweisen als auch die richtige „Etikette“ bei Tisch demonstrieren.

„Mit Stil zum Ziel“ schließt ein, dass man im Berufsleben stets die richtigen Worte füreinander findet. Wünschen wir uns doch alle ein angenehmes Klima im Kollegium an unserer Schule und höflichen und angemessenen Umgang untereinander. Möge davon auch ein wenig auf unsere Schüler überspringen. Wir werden uns jedenfalls nach Kräften darum bemühen.

Vielleicht regt diese gewiss nicht alltägliche Veranstaltung zur Nachahmung an. Deshalb das Wichtigste hier nochmals in Kurzform.

Ziele des Seminars:

- Zeitgemäße Umgangsformen sicher beherrschen
- Tabus im Businessbereich erkennen und souverän meistern
- Gekonnter Einsatz der Small Talk Technik
- Richtige Kleidungswahl zu gesellschaftlichen Anlässen
- Passender Umgang mit Speisen und Getränken

Inhalte:

- Höflichkeitsformen
- Erfolgreiches Verhalten im Beruf
- Tischsitten im Wandel der Zeit
- Gast- und Gastgeberrolle bei offiziellen Anlässen
- Adäquates Verhalten unterwegs und auf Geschäftsreisen
- Regeln der modernen Kommunikationsmittel
- Allgemeine Tabu-Regeln

Schreiben des Bayerischen
Kultusministeriums an den VLB,
6. Mai 2004

Unterrichtspflichtzeit der staatlichen Lehr- kräfte ab dem Schul- jahr 2004/2005

*Sehr geehrte Damen und Herren,
die Bayerische Staatsregierung hat sich am 30. 03. 2004 für eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit im bayerischen öffentlichen Dienst zum 1. September 2004 nach einem Stufenmodell (bis Vollendung des 50. Lebensjahres: 42 Stunden; bis Vollendung des 60. Lebensjahres: 41 Stunden; ab Beginn des 61. Lebensjahres: 40 Stunden) ausgesprochen. Die Unterrichtspflichtzeit der Lehrer aller Schularten soll ab dem Schuljahr 2004/2005 entsprechend dem für die übrigen Beamten geltenden Stufenmodell um bis zu einer Unterrichtsstunde verlängert werden. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde beauftragt, in Abstimmung mit dem Staatsministerium der Finanzen ein Modell zur Umsetzung im Schulbereich zu erarbeiten und das Verfahren zur Änderung der Bekanntmachungen über die Unterrichtspflichtzeit durchzuführen.*

Die Erhöhung der Arbeitszeit dient dem Zweck, Personalkosten einzusparen und damit eine weitere Verschuldung des Staatshaushalts zu vermeiden.

Es ist beabsichtigt, die Erhöhung der Arbeitszeit der Beamten in der Weise auf die staatlichen Lehrkräfte zu übertragen, dass deren Unterrichtspflichtzeit

- bis zum 50. Lebensjahr um eine Wochenstunde erhöht wird,
- bis zum 60. Lebensjahr um 0,5 Wochenstunden erhöht wird und
- ab dem 61. Lebensjahr unverändert bleibt.

Die maßgeblichen Altersgrenzen werden sich entsprechend der für die Altersermäßigung geltenden Regelung danach bestimmen, in welchem Zeitraum die Lehrkraft sie erreicht: Für Lehrkräfte, die in der Zeit vom 1. August 2004 bis 31. Januar 2005 das 50. bzw. 60. Lebensjahr vollenden, wird die Unterrichtspflichtzeit vom Beginn des Schuljahres 2004/2005 an verringert, bei Vollendung des 50. bzw. 60. Lebensjahres in der Zeit vom 1. Februar 2005 bis 31. Juli 2005 ab Beginn des Schuljahres 2005/2006.

Die den staatlichen Lehrkräften gewährte Altersermäßigung soll im derzeitigen Umfang beibehalten werden.

*Mit freundlichen Grüßen
gez. Josef Erhard, Ministerialdirektor*

Schreiben des Bayerischen
Kultusministeriums an den VLB,
3. Juni 2004

Modellversuch Adressatenbezogene Qualifizierung: Qualitätssicherung und Attraktivitäts- steigerung des Lehrberufs an beruflichen Schulen (AQUA)

*Sehr geehrte Damen und Herren,
zum Modellversuch AQUA kamen bislang seitens der betroffenen Studienreferendare, der ausbildenden Personalentwickler und der wissenschaftlichen Begleitung des Modellversuchs durchweg positive Rückmeldungen.*

In einem zweiten Durchgang (Vorbereitungsdienst 2004 – 2006) sollten diese Rückmeldungen verifiziert werden. Darüber hinaus sollte erprobt werden, ob es möglich ist, das derzeitige Ausbildungspersonal (Seminarlehrkräfte, Seminarvorstände) stärker in den Modellversuch einzubinden, ob Seiteneinsteiger (Diplomingenieure) einbezogen werden können und ob Referendare auch in Nordbayern an vermeintlich weniger attraktiven Schulstandorten für den Schuldienst gewonnen werden können. Hierzu wurde Ende 2003 von der Projektleitung (ISB) die Verlängerung des Modellversuchs bei der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) beantragt. Nach Mitteilung der BLK Ende April 2004 waren zum Zeitpunkt des Antragseingangs alle Mittel des Programms „innovelle-bs“ bereits ausgeschöpft. Folglich wäre nur eine für den Bund kostenneutrale Verlängerung möglich. Die angespannte Haushaltslage Bayerns lässt jedoch keine ausschließlich über Landesmittel finanzierte Fortführung des Modellversuchs zu.

Die Bewerber, die bereits für den Modellversuch ausgewählt wurden, werden deshalb in den regulären Vorbereitungsdienst übernommen und dem gewünschten Regierungsbezirk zugeteilt. Von den Regierungen werden sie den Seminarschulen zugewiesen.

In Zusammenarbeit zwischen Projektleitung und wissenschaftlicher Begleitung wird der Abschlussbericht erarbeitet, der dem Staatsministerium bis Ende 2004 vorgelegt wird. Daran anschließend sollen in einer weit gefassten Expertenrunde (unter Beteiligung von Vertretern des regulären Vorbereitungsdienstes, des Modellversuchs und des Ministeriums) Anfang 2005 die Ergebnisse des Modellversuchs und etwaige Transfermöglichkeiten für den regulären Vorbereitungsdienst diskutiert werden. Das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung wird zu gegebener Zeit zu dieser Expertentagung einladen.

*Mit freundlichen Grüßen
gez. Thomé, Ministerialdirigent*

Europatag an der Berufsschule Weiden:

Eine Vision entwickelt sich zur Wirklichkeit

GERHARD KELLNER

Die Europäische Union ist am 1. Mai 2004 größer geworden. Nach dem EU-Beitritt der Nachbarländer darf sich die europäische Wirklichkeit aber nicht in gegenseitigen Ressentiments erschöpfen, sondern es ist tatkräftiges Zupacken und Mitgestalten an der europäischen Zukunft gefragt.



Verfolgten aufmerksam die Podiumsdiskussion – Gäste, Lehrer und Schüler.

Der Europatag der Berufsschule Weiden am 7. Mai war ein Tag mit Signalwirkung, der die Aufbruchstimmung der Region unterstrich und war gleichzeitig ein toller Erfolg, was sich an der Vielzahl der prominenten Gäste widerspiegelte.

So konnte Schulleiter Heribert Mohr neben den politischen Honoratioren der Region - (Staatssekretärin Emilia Müller, die Landtagsabgeordnete Georg Stahl (CSU) und Marianne Schieder (SPD), Oberbürgermeister Hans Schröpf, leitender Regierungsschuldirektor Karlheinz Kirchner u. a.) - und wichtigen Vertretern aus Handwerk und Wirtschaft zahlreiche Gäste aus Tschechien, der Slowakei und Kroatien begrüßen; allen voran sind Dr. Jiri Grusa, der derzeitige Präsident des Welt-P.E.N.-

Clubs (bis vor kurzem tschechischer Botschafter in Deutschland) und Vinko Perinic (Generalkonsul aus Kroatien) zu erwähnen.

In seinen einführenden Worten verwies Schulleiter Mohr neben den Aktivitäten im Rahmen von Comenius, in denen die Berufsschule Weiden auf dem Gebiet der Mechatronik bereits mit den oben erwähnten Nachbarlän-

dern in gutem Kontakt zusammenarbeitet, darauf, dass tags zuvor dem Regierungspräsidenten der Oberpfalz Dr. Wilhelm Weidinger die „Vision für eine Europaklasse“ im Bereich der Bauzeichner vorgestellt werden konnte. Da sei unter Leitung von Josef Weilhammer das Projekt, das gemeinsam mit der Berufsschule Wals (Österreich) initiiert wurde, bereits mit einer gemeinschaftlichen Lehrerfortbildung begonnen worden. Nach einem Lehreraustausch im Schuljahr 2004/05 werde die gemeinsame Beschulung über einen Zeitraum von mehreren Wochen wechselweise in Wals und Weiden im dann darauffolgenden Schuljahr stattfinden. Geplant sei die Einbindung weiterer europäischer Schulen und zur allgemeinen Verständigung die Unterrichtssprache Englisch.

Diese Art von Ausbildung gebe den Jugendlichen Qualifikationen mit, die ihnen in ganz Europa die Türen öffneten. Nicht nur Fremdsprachenkompetenz, auch soziale und interkulturelle Erfahrungen schulten die jungen Menschen, wobei berufsbezogen die internationale Fachkompetenz als wichtiges Ausbildungsziel hervorgehoben werden müsse.

„Europa – Chance für die Jugend“, unter dieses Motto stellte der stellvertretende Schulleiter Thomas Neumann das Podiumsgespräch und gab das Wort an Staatssekretärin Emilia Müller. Die ehemalige Europaabgeordnete referierte über die Thematik „Ausbildung und Kooperation – fit für Europa“, und wies darauf hin, dass die erfolgreiche Gestaltung der Zukunft des Landes in einem Europa mit 25 Staaten vor allem in den Händen der Jugendlichen liege. Um Geschäfte machen zu können sind Kompetenzen gefordert, wie früher kaum vonnöten: Sprachkenntnisse oder das Einfühlungsvermögen in die Lebensgewohnheiten anderer Länder. Sie führte weiter aus, Bayern habe als Tor zu den Ostmärkten eine Drehscheibenfunktion. „Um diese Aufgabe erfüllen zu können, müssen wir für das unternehmerische Miteinander ein Netzwerk schaffen“, forderte die Staatssekretärin und attestierte dann dem Schulleiter Mohr und seinem Team, dass sie in dieser Hinsicht Vorreiter und bereits „bayernweit die Elite“ seien, da die Berufsschule Weiden bereits vor Jahren begann das Europa von Morgen zu gestalten.

Einhellig sahen die weiteren Politikerbeiträge in dem EU-Beitritt kurz- und mittelfristig auch wirtschaftliche Schwierigkeiten auf das Grenzgebiet zukommen, wobei sich Oberbürgermeister Hans Schröpf sicher war, dass der Mut und die Kraft der Jugend diese Aufgaben bewältigen werde. Im Übrigen verwies er auf die bereits vielfältigen Verflechtungen zwischen Bürgern und Kommunen in Ost und West.

Die ausländischen Botschafter und die Schulleiter der Partnerschulen aus dem Comenius-Projekt Miroslav Skoloudik (Kormeriz, CZ), Dr. Ladislav Ruttkay (Spisska Nova Ves, SK) und

Vesna Hrvoj-Sic (Oroslavje, HR) formulierten ihre Erwartungen an die EU nachdenklich aber doch sehr hoffnungsvoll, indem sie zwar momentan Probleme sähen, die jedes Land für sich meistern müsse. Der EU-Eintritt stelle aber gerade für die Jugend eine Herausforderung dar, indem er Konkurrenz mit sich bringe, die hoffentlich in Motivation münde. So erwarteten sie, dass dank guter Zusammenarbeit und daraus resultierender Partnerschaften bis in wenigen Jahren vorhandene politische Probleme überbrückt seien.

Die Vertreter der Wirtschaft deuteten auf inzwischen Jahre lange Geschäfte mit den Beitrittsländern hin

und bemerkten, dass wir im Hinblick auf den entstandenen riesigen Markt Optimismus und keine Angst haben müssten, diese blockiere nur.

Der Europatag fand sein Ende bei einem kommunikativen Mittagessen. Hier konnte man sich mit Köstlichkeiten aus den Partnerländern, serviert von den Schülern der nachbarschaftlichen BFS Wiesau, bereits Vorzüge des größeren Europas schmecken lassen.

Zusammenfassend kann man sagen, es sind die Kontakte im Kleinen, die das Verständnis der Völker füreinander fördern, die die Grenzen tatsächlich überwinden helfen, die Visionen Wirklichkeit werden lassen. <

- SPS-Steuerungen
Kromeriz (CZ)
- Sensorik
Oroslavje (HR)
- Transportsysteme
Weiden (D)

Die Präsentation des eigenen Landes durch die Schüler und ein kulturelles Rahmenprogramm bereicherten das Treffen und begründeten erste Freundschaften. Da nur Partnerschulen mitarbeiten durften, die vor Ort Partnerbetriebe für das EU-Projekt akquirieren konnten, war die Praxisnähe und entsprechende Unterstützung garantiert. Jede Partnerschule nutzt mittlerweile das Standardtrag – mit SPS S7, Touchpaneel, Softwarelizenzen – das von den Marktführern Autodesk, ELABO, Siemens A&D, R&S Keller in einem „Kraftakt“ gesponsert wurde.

Die Präsentation der Ergebnisse am gemeinsamen Europatag – 7. Mai 2004 – an der BS Weiden mit 280 Gästen fand hohe Anerkennung durch die Teilnehmer aus Politik und Wirtschaft.

Ein Folgeprojekt startet im August des Jahres mit dem Schwerpunkt - Erstellung von mehrsprachigen Unterrichtsdokumentationen. Hier wird die BS Weiden von Partnern der Region, Login und vhs, mit der professionellen eLearning-Plattform dls unterstützt. Das Training mit dem Autorensystem peds läuft an um vor allem weniger geübte Kollegen in der Erstellung von Contents zu unterstützen. Internet und Intranet sind hier ideale Kommunikationswege – in die Lernortkooperation werden damit auch internationale Partner integriert.

Festinstallierte Videokonferenzsysteme in den Partnerschulen werden künftig die bisherige Kommunikation, vorzugsweise via Mailaccount, durch Application Sharing ergänzen.

Die mehrsprachige Doku finden sie unter <http://www.berufsschule-weiden.de/comenius> <

Abschlusstreffen des Partnerschaftsprojektes i-mechatronik in Weiden:

Comenius 1 – fit für Europa

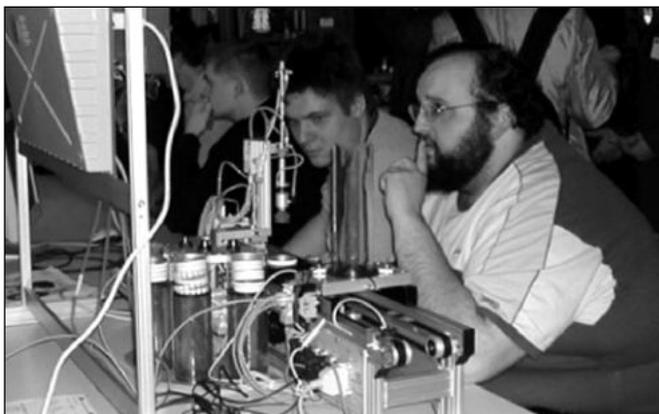
HERIBERT MOHR

Das mit Partnerschulen aus D, CZ, SK und HR vor 18 Monaten gestartete Projekt i-mechatronik schloss mit einem Abschlusstreffen aller Partner im Juni in Weiden ab.

16 baugleiche mechatronische Systeme – gefertigt in der Lernortkooperation von Schule und Betrieben in der nördlichen Oberpfalz – bildeten die gemeinsame Basis für weitere Konstruktions-, Steuerungs- und Vi-

sualisierungsaufgaben. Höhepunkte waren ein einwöchiges Teamteaching in Spiska Nova Ves (SK) von Auszubildenden Mechatronikern mit ihren Lehrkräften aus den vier Ländern. Im Vorfeld bearbeitete Problemstellungen wurden in dieser Woche präsentiert, diskutiert und in einer dreisprachigen Dokumentation fixiert – siehe <http://www.berufsschule-weiden.de>:

- Bussysteme
Spiska Nova Ves (SK)



Schüler präsentieren ihre Ergebnisse.

Weitere Ergebnisse des SoLe-Unterrichtes:

Didaktische Schwerpunktsetzungen und deren Auswirkungen auf die Lernmotivation

JÜRGEN SEIFRIED/DETLEF SEMBILL

Ausgangslage

Die Forderung nach „handlungsorientiertem“ Unterricht ist – zumindest in Präambeln von Rahmenlehrplänen und anlässlich von „Lehrproben“ – allgegenwärtig. Wie eine jüngst abgeschlossene Befragung von 177 Lehrkräften und über 1400 Schülern aus dem kaufmännisch-verwaltenden Bereich zeigt, dominiert in der schulischen Praxis jedoch nach wie vor der fragend-entwickelnde Frontalunterricht; handlungsorientierte Lehr-Lern-Arrangements nehmen eine eher ergänzende Funktion ein (Pätzold, Klumeyer, Wingels & Lang 2003). Ungeachtet der tatsächlichen Verbreitung von Lehr-Lern-Methoden besteht jedoch nach wie vor Unklarheit darüber, welche Lehr-Lern-Konzeptionen prinzipiell dazu geeignet sind, Lernenden die Aneignung einer soliden Wissensbasis einerseits und den Erwerb einer umfassenden Problemlösekompetenz andererseits zu ermöglichen.

In der kaufmännischen Ausbildung hat die Frage der Optimierung von Lehr-Lern-Prozessen insbesondere für das Rechnungswesen Gewicht, sieht sich dieses Kernelement kaufmännischer Bildung doch seit Jahren massiver Kritik ausgesetzt (Seifried 2004). Erschwerend kommt hinzu, dass sich der Rechnungswesenunterricht in der Vergangenheit als äußerst veränderungsresistent erwies, und dies trotz vielfältiger Impulse (u. a. auch vom Bamberger Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik).

So wurde in dieser Zeitschrift bereits mehrfach über ein an der Bamberger Berufsschule III durchgeführtes Forschungsprojekt berichtet. Im Mittelpunkt der empirischen Studie steht die Analyse der Lernprozesse

von 44 Schülerinnen und Schülern zweier Experimentalklassen. Beide Klassen wurden im SoLe-Arrangement (siehe Sembill 2000) unterrichtet, Unterschiede bestanden jedoch hinsichtlich der curricularen Ausrichtung: Während Experimentalklasse 1 (n = 22) einen eher herkömmlichen Rechnungswesenunterricht (Bilanzmethode) durchlief, wurde die Experimentalklasse 2 (n = 22) nach den Prinzipien des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens (siehe Preiß 1999) unterrichtet.

Didaktische Schwerpunktsetzungen im SoLe-Unterricht („Außensicht“)

Ein erster Analyseschritt zielt auf die Charakterisierung des SoLe-Unterrichts in Bezug auf die didaktische Gestaltung ab. Hierzu wurde das Unterrichtsgeschehen zunächst in die Kategorien „Frontalunterricht“ sowie „schülerzentrierte Arbeitsphasen“ unterteilt. Letztere sind dadurch gekennzeichnet, dass die Lehrpersonen nach dem Bereitstellen der Unterrichtsmaterialien nur noch einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die Lerntätigkeit nehmen. Neben den unterrichtlichen Arbeitsformen werden verschiedene Unterrichtsphasen (Einführung, Erarbeitung, Ergebnissicherung) unterschieden sowie eine Differenzierung nach den jeweils schwerpunktmäßig zu bearbeitenden Lerninhalten vorgenommen (Seifried 2004).

Angesichts der Orientierung des Unterrichts an der Konzeption des SoLe erstaunt es kaum, dass in beiden Klassen schülerzentrierte Unterrichtsformen vorherrschen. Dabei erreicht die Experimentalklasse 2 mit einem Anteil schülerzentrierter Phasen an der gesamten Unterrichtszeit von fast 70 % einen etwas höheren Wert als die

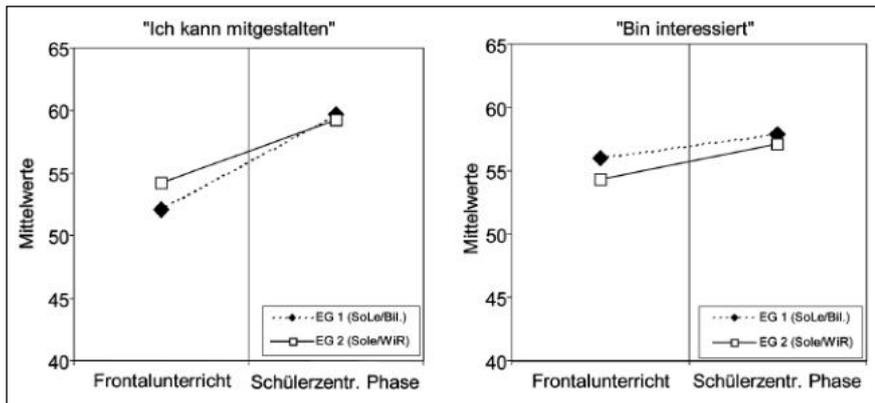
Experimentalklasse 1 (65 % der Unterrichtszeit).

Hinsichtlich der Unterrichtsphasen nimmt die Erarbeitung von Lerninhalten den größten Raum ein (ca. 70 % der Unterrichtszeit), gefolgt von der Ergebnissicherung (ca. 25 % der Unterrichtszeit). Aufgrund der durchgängig projektorientierten Vorgehensweise war lediglich ab und an eine lehrerzentrierte Einstiegssequenz mit umfangreichen Arbeitsanweisungen von Nöten. In vielen Unterrichtseinheiten knüpfte der Unterricht nahtlos an die vorangegangene Unterrichtseinheit an, so dass nach einer kurzen Begrüßung zielgerichtet zur Bearbeitung von Lerninhalten übergegangen werden konnte.

Für die Lerninhalte schließlich ergibt sich folgender Befund: Ein Großteil der Unterrichtszeit wird jeweils für die theoretische Grundlegung der Verfahrenstechniken der Buchführung verwendet (Experimentalklasse 1: 38,3 %; Experimentalklasse 2: 43,1 %). Für Buchungen und Kontierungen stehen 28,4 % (Experimentalklasse 1) bzw. 22,3 % (Experimentalklasse 2) der Unterrichtszeit zur Verfügung. Der Auseinandersetzung mit betriebswirtschaftlichen/rechtlichen Sachverhalten wird ungefähr der gleiche Stellenwert beigemessen. Die größten Unterschiede ergeben sich für „Controlling“: Während 10,1 % der Unterrichtszeit in der Experimentalklasse 2 auf diese Unterkategorie entfiel, kam diesem Aspekt in der Experimentalklasse 1 lediglich eine untergeordnete Bedeutung zu. Hier spiegelt sich die vergleichsweise starke Ausrichtung der Konzeption des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens am Controlling wider.

Koppelung der Außensicht mit dem subjektiven Erleben des Unterrichts („Innensicht“)

Zur Erfassung der „Innensicht“ greifen wir auf Daten zum subjektiven Erleben des Unterrichts aus Sicht der Lernenden zurück. Um das Prozesserleben zu messen, kamen portable Datenerfassungsgeräte zum Einsatz. Die Versuchspersonen sollten jeweils ihren internen Zustand sowie den Zu-



Motivationales Erleben des Unterrichts in Abhängigkeit von der unterrichtlichen Arbeitsform

stand der Umwelt bezogen auf das eigene Subjekt einschätzen, indem sie auf einer stufenlosen Skala von 0 bis 100 den Grad der Zustimmung zu verschiedenen Items angeben. Im Folgenden beschränken wir uns auf die Darstellung des motivationalen Erlebens („Ich kann mitgestalten“, „Bin interessiert“).

Bei den in der Vergangenheit durchgeführten Analysen konnte durch längsschnittlich angelegte Vergleiche von traditionell und selbstorganisiert lernenden Untersuchungsgruppen mehrfach nachgewiesen werden, dass sich eine selbstorganisationsoffene Lernumgebung günstig auf Lernmotivation von Lernenden auswirkt. Diese Ergebnis konnte im Rahmen der Rechnungswesenuntersuchung repliziert werden: Der Vergleich der beiden Sole-Klassen mit der TraLe-Klasse zeigt, dass beide Experimentalklassen nennenswerte Vorteile bezüglich selbstbestimmter Motivationsarten (intrinsische Motivation und Interesse) aufweisen (Seifried 2004). Es stellt sich nun die Frage, inwieweit sich für verschiedene „Aktivitätssegmente“ innerhalb des SoLe-Unterrichts Unterschiede ergeben. Dabei ist zu vermuten, dass Schüler in Einzel- oder Gruppenarbeitsphasen eine höhere Aktivierung aufweisen als im Frontalunterricht.

Im Vorfeld der Überprüfung wird zunächst pro Untersuchungsteilnehmer für jedes Erlebensitem ein Kennwert in Abhängigkeit von der jeweiligen unterrichtlichen Arbeitsform bestimmt. Um den Einfluss unterschied-

licher Startbedingungen zu neutralisieren, wurde dann für jede Kategorie eine Kovarianzanalyse mit Messwiederholung (Frontalunterricht vs. schülerzentrierte Arbeitsphase) und einem unabhängigen Faktor (Treatment: Experimentalklasse 1 vs. Experimentalklasse 2) gerechnet. Bei den folgenden Ausführungen geht es nun weniger um die absolute Höhe der Werte, von Interesse ist vielmehr die relative Bewertung der Kategorien im Vergleich zueinander und ob sich Unterschiede in beiden Experimentalklassen in gleicher Form feststellen lassen (z. B.: Liegen die Mitgestaltenswerte für schülerzentrierte Arbeitsphasen in beiden Klassen über den Vergleichswerten für Frontalunterricht?).

Die Analyse führt zu den erwarteten Befunden (siehe Abbildung 1): In beiden Experimentalklassen liegt das wahrgenommene Ausmaß an Mitgestaltungsmöglichkeiten während der als schülerzentriert zu charakterisierenden Arbeitsphasen über den Werten für Frontalunterricht. Der Haupteffekt für den Faktor „unterrichtliche Arbeitsform“ ist hoch signifikant. Im Ausmaß etwas geringer, aber immer noch signifikant ist auch der Effekt für das berichtete Interesse. Erneut bewegen sich die Mittelwerte in den schülerzentrierten Unterrichtssegmenten über den Vergleichsgrößen für Frontalunterricht. Es lässt sich also festhalten, dass beide SoLe-Klassen gegenüber der TraLe-Klasse über Vorteile hinsichtlich der Lernmotivation verfügen (s. o.). Innerhalb einer selbstorganisationsoffenen Lernumgebung sor-

gen dann insbesondere die schülerzentrierten Arbeitsphasen für gute motivationale Bedingungen.

Fazit

Die theoretisch begründeten Annahmen über systematische Zusammenhänge zwischen motivationsrelevanten Bedingungen und dem motivationalen Erleben des Unterrichts werden durch die vorliegenden Befunde grundsätzlich unterstützt. Vor dem Hintergrund des hohen Anteils von arbeitsintensiver Projektarbeit in Kleingruppen während des gesamten Untersuchungszeitraumes können die berichteten Befunde als Indiz für die stark motivationsfördernde Wirkung einer aktiven und selbstbestimmten Auseinandersetzung mit Lerninhalten gewertet werden. Die Untersuchungsergebnisse geben somit weitere Anhaltspunkte darauf, warum Selbstorganisiertes Lernen der traditionellen Vorgehensweise in vielerlei Hinsicht als überlegen gelten kann.

Literatur

- Pätzold, G., Klusmeyer, J., Wingels, J. & Lang, M. (2003): Lehr-Lern-Methoden in der beruflichen Bildung. Eine empirische Untersuchung in ausgewählten Berufsfeldern. Oldenburg: Universität Oldenburg.
- Preiß, P. (1999): Didaktik des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens. München & Wien: Oldenbourg.
- Seifried, J. (2004): Fachdidaktische Variationen in einer selbstorganisationsoffenen Lernumgebung – Eine empirische Untersuchung des Rechnungswesenunterrichts. Wiesbaden: Gabler.
- Sembill, D. (2000): Selbstorganisiertes und Lebenslanges Lernen, in: Achtenhagen, F. & Lempert, W. (Hrsg.): Lebenslanges Lernen – seine Grundlegung im Kindes- und Jugendalter, Band 4: Formen und Inhalte von Lernprozessen, Opladen: Leske + Budrich, S. 60-90.

Ein Projekt zur Berufsorientierung in Münchner BVJ's:

So macht Schule Spaß

SIEGFRIED HUMMELBERGER /
OLIVERA KARISIK

Schülerinnen und Schüler im Berufsvorbereitungsjahr haben meistens ganz besondere Probleme: fehlende Qualifizierung; lückenhafte Wissensbestände und oft noch gar keine oder völlig illusionäre Berufswahlentscheidungen; Beratungsangebote, z. B.

femesse“ an der Schule gestalten. Sie sollten dabei realistische Einschätzungen von Eingangsvoraussetzungen, Arbeitsinhalten, Ausbildung, Aufstiegsmöglichkeiten usw. in den dargestellten Berufen bzw. Berufsfeldern bekommen. Über diese Sachinformationen hinaus sollten sie sich einen Überblick über die Berufsfeldstruktur (systematisches Wissen) verschaffen



BVJler bei der Präsentation ihrer Ergebnisse – eine neue Erfahrung für das spätere Berufsleben.

durch die Arbeitsagentur, werden oft kaum nachgefragt; hartnäckige Festlegungen auf einen einzigen „Traumberuf“ vermindern die Vermittlungschancen erheblich; Informationen von Seiten Erwachsener über Berufe, die ihnen tatsächlich Perspektiven bieten könnten, finden nur wenig Akzeptanz oder fehlen völlig. Aus dieser Problemlage heraus wurde an der Münchner Städtischen Berufsschule zur Berufsvorbereitung am Bogenhauser Kirchplatz („Boki“) von Schulsozialpädagogen/-innen und engagierten Lehrkräften die Idee eines „Berufskunde-Projekts“ geboren.

Die Projektidee

Ziel des Projekts war es, dass die Schüler/innen aus neun BVJ-Klassen (etwa 250 Schülerinnen und Schüler) sich weitgehend selbstständig im Klassenverbund Informationen über je ein bis zwei unterschiedliche und für sie geeignete Ausbildungsberufe erarbeiten, diese Informationen aufbereiten und eine Präsentation für eine „Beru-

und gleichzeitig ein methodisches Vorgehen bei der Berufswahl exemplarisch erlernen (Methodenkenntnis).

Durchführung

Unter Anleitung von je zwei Lehrkräften bearbeiten die Schüler/innen je einer Klasse einen vorbereiteten Fragenkatalog zu einem oder zwei Berufen. Dazu standen ihnen zahlreiche Informationsmaterialien zur Verfügung (Berufsbilder, Broschüren der Innungen, Informationsmaterialien der Arbeitsagentur usw.). Alle Klassen hatten zudem die Möglichkeit, sich im Internet zusätzliche und aktuelle Informationen zu besorgen und z. B. auch eine Liste mit ausbildenden Betrieben zu erstellen. Für jeden Beruf standen zudem „Experten“ zur Verfügung, meist Azubis aus den entsprechenden Berufen und bzw. oder Ausbilder aus Betrieben oder Kammern, die in den Klassenzimmern interviewt werden konnten und mit Rat und Tat dabei halfen, eine realistische Einschätzung des Berufsbilds zu bekommen. Als al-

le Informationen zusammengetragen waren, erstellten die BVJ'ler Präsentationen (auf Plakaten, Bildern, Texte, Power-Point usw.) und gestalteten Stellwände, die in der Turnhalle aufgestellt wurden. Zusätzlich wurden die vorhandenen Materialien (Betriebslisten, Broschüren, Kontaktadressen usw.) präsentiert.

Präsentation und Prämierung

Im Anschluss daran stellte jede Klasse ihre Präsentation mit den vorhandenen Materialien vor und eine schulexterne Jury prämierte die besten drei Arbeiten mit attraktiven Preisen für die ganze Klasse (z. B. Kinobesuch, gesponsertes Klassenfrühstück). An den folgenden zwei Tagen hatten dann alle Schüler der Schule Gelegenheit, die entstandene „Berufemesse“ klassenweise zu besuchen und sich über alle vorgestellten Berufe zu informieren.

Fazit

Es zeigte sich, dass – nach anfänglichen Bedenken – die Schüler/innen nicht nur großen Spaß an der Arbeit fanden und zu hervorragenden Ergebnissen kamen. Manch völlig falsche Einschätzung über bestimmte Berufe konnte revidiert werden, die als authentisch empfundenen Informationen von Seiten der „Experten“, insbes. von den Azubis selbst, wurden weit



Auch Lehrkräfte mischten sich in die Präsentation ein.

bereitwilliger angenommen als wenn die gleichen Informationen von Lehrkräften gekommen wären. Nach Abschluss des dreitägigen Projekts überwog die Zustimmung bei Lehrkräften wie Schüler/innen die anfängliche Skepsis bei weitem und man hörte oft den Spruch: „So macht Schule Spaß!“ Auch eine abschließende Evaluation bestätigte den positiven Eindruck. Es steht bereits jetzt fest, dass das „Berufskunde-Projekt“ im nächsten Schuljahr wiederholt wird – und zwar zumindest teilweise mit noch weiteren Berufen, um ein noch größeres Spektrum präsentieren zu können.

Ausblick

In der anschließenden „Manöverkritik“ stellte sich rasch heraus, dass ein

solches Vorgehen noch weit mehr Möglichkeiten bietet, z. B. die Zusammenarbeit mit umliegenden Hauptschulen, die Präsentation der Schule nach außen durch Öffnung der Ausstellung, das Einladen anderer BVJ-Klassen und eine gezielte Pressearbeit. <

Informationen

Nähere Informationen erhalten Sie bei Interesse über folgenden Kontaktmöglichkeiten:

Städtische Berufsschule zur

Berufsvorbereitung,

Bogenhauser Kirchplatz 3,

81675 München, Tel.: (089) 99 89 13 - 0,

Fax: (089) 99 89 13 - 21

Oliviera Karisik, Herbert Petan, Siegfried

Hummelsberger

Internet: www.boki.musin.de

gieren können. Gefordert sind breite berufliche Fachkenntnisse, hohe Flexibilität, Teamfähigkeit, Weiterbildungsmotivation, Qualitätsbewusstsein, internationale Kompetenz und eine ausgeprägte Orientierung an den Bedürfnissen der Kunden!

Mit einer offenen Formulierung von Ausbildungsinhalten und der Ausrichtung der Ausbildung am praktischen Arbeitsprozess im Betrieb einschließlich seiner vor- und nachgelagerten Bereiche wird diesen Qualifikationsanforderungen in der Neuordnung entsprochen. Für die auf 3 Jahre festgelegte Ausbildung heißt das im Einzelnen

- Wegfall der bisherigen 18 Fachrichtungen in den fünf Berufen,
- Vermittlung gemeinsamer Qualifikationen für alle industriellen Metallberufe („Kernqualifikationen“) über die Dauer von 21 Monaten (50 % der Ausbildungszeit) und ihre
- Verzahnung mit der Vermittlung berufsspezifischer Qualifikationen (50 % der Ausbildungszeit),
- Ausrichtung der Berufsprofile an betrieblichen Arbeits- und Geschäftsprozessen und neuen Qualifikationserfordernissen (z. B. eigenverantwortliche Dispositions- und Terminverantwortung, Qualitätsmanagement, Kundenorientierung, Anwendung englischer Fachbegriffe in der Kommunikation etc.),
- Ausrichtung der Ausbildung an betrieblichen Schwerpunkten in Einsatzgebieten des jeweiligen Ausbildungsbetriebs,
- Orientierung des Berufsschulunterrichts an konkreten beruflichen Aufgabenstellungen und Handlungsabläufen,
- „gestreckte“ Abschlussprüfung mit zwei Prüfungsteilen, bei der im Teil II erstmals ein betrieblicher Auftrag oder überbetrieblich entwickelte Aufgaben in den Mittelpunkt gestellt werden können.

Sind die neuen Ausbildungsvorschriften für die industriellen Metallberufe am 1. August 2004 in Kraft getreten, kann ab Herbst diesen Jahres nach den neuen Vorschriften ausge-

Pressemitteilung des Bundesinstituts für Berufsbildung, 08. Juni 2004

Die neuen industriellen Metallberufe kommen – zum 1. August 2004

Die Neuordnung tat Not. Mit den modernisierten Ausbildungsregelungen, die ab 1. August 2004 die Berufsausbildung in den insgesamt fünf industriellen Metallberufen

- Anlagenmechaniker/in
- Industriemechaniker/in
- Konstruktionsmechaniker/in
- Werkzeugmechaniker/in und
- Zerspanungsmechaniker/in

bestimmen werden, kann nun den veränderten Anforderungen an die Qualifikationen der Fachkräfte im industriellen Metallbereich Rechnung getragen werden. Auf einer gemeinsam von Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), GESAMTmetall und Industriegewerkschaft Metall durchgeführten Fachtagung zur Neuordnung der industriellen Metallberufe informierten sich u. a. Vertreter/innen aus Betrieben und Berufsschulen über die Kernpunkte der neuen Ausbildungsanforderungen und erhielten Gelegenheit, erste Konzepte ihrer Umsetzung in die Praxis mit dem am

Neuordnungsprozess beteiligten Experten/innen zu diskutieren.

Die neuen Ausbildungsordnungen die von Sachverständigen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Federführung des BIBB erarbeitet wurden, ersetzen die seit 1987 geltenden Vorschriften in der mit ca. 100 000 Auszubildenden ausbildungstärksten Berufsgruppe. Sie ermöglichen den flexiblen Einsatz der Fachkräfte innerhalb der Unternehmen sowie ihre berufliche Mobilität zwischen Berufen, Betrieben, Branchen und Wirtschaftszweigen der Metallindustrie.

Eine wachsende Bandbreite unterschiedlichster Produkte und Dienstleistungen, der Einsatz immer vielfältigerer Technologien, sich ständig wandelnde Organisationsformen und neue Absatzmärkte sind Kennzeichen der permanenten Veränderungen, denen die Unternehmen unterliegen. Diese anhaltenden Prozesse erfordern flexible Belegschaften, die sich schnell auf Neues einstellen und auf Bedürfnisse unterschiedlichster Kunden rea-

bildet werden. Möglich ist jedoch auch

- bis Ende des Jahres 2004 noch Ausbildungsverträge nach den alten Regelungen abzuschließen, wenn dies ausdrücklich zwischen Ausbildungsbetrieb und Auszubildenden vereinbart wird,

- die Umstellung von bereits bestehenden Ausbildungsverhältnissen auf die neuen Vorschriften, wenn zum Umstellungszeitpunkt noch keine Zwischenprüfung abgelegt worden ist. <

1. Internationale Bayerische Übungsfirmenmesse:

Über 5000 Besucher in Rosenheim

MICHAEL WOLF

Vom 4. – 6. Mai 2004 fand in Rosenheim die 1. Internationale Bayerische Übungsfirmenmesse der Wirtschaftsschulen statt. Die Messe wurde veranstaltet von der Übungsfirmenzentrale der bayerischen Wirtschaftsschulen in

bis heute über ganz Bayern, Thüringen und Sachsen ausbreitete. Über 210 Übungsfirmen unterhalten Handelsbeziehungen im bayerischen Netzwerk. Vor ungefähr vier Jahren wurde der bayerische Übungsfirmenring erwachsen und suchte nach Partnern. Diese fand er in den Übungsfirmen-



Das Ergebnis monatelanger Vorbereitungen – einer der vielen Messestände.

Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsschule Alpenland, Bad Aibling und der Privaten Wirtschaftsschule Dr. Kalscheuer, Rosenheim. 100 ausstellende Übungsfirmen mit über 1000 Mitarbeitern aus den Übungsfirmenringen Bayerns, Österreichs, Südtirols und Italiens führten die Messe zu einem großen Erfolg. Das Sprachwirrwarr von Bayerisch über südtiroler Mundart bis zu sizilianisch eingefärbtem Englisch schenkte der Veranstaltung ein besonders Flair.

Die Übungsfirmenarbeit an bayerischen Wirtschaftsschulen geht zurück auf die frühen 80er Jahre. An der Memminger Wirtschaftsschule keimte erstmals das zarte Pflänzchen, das sich

ringen Österreichs, Südtirols und Italiens. Kooperationsvereinbarungen wurden fixiert, ein gemeinsames Netzwerk – das United Networks of virtual Business (UNvB) – ins Leben gerufen und der Austausch zwischen den einzelnen Übungsfirmen begonnen. In dieser Zeit reifte die Idee, im Wechselspiel zwischen nördlichem Österreich, Südtirol und Bayern eine Messe auszutragen. Die Veranstaltung in Rosenheim folgte ihren Geschwistern aus Bozen (2002) und Salzburg (2003).

Schon die Eröffnungsfeier versprühte einen Glanz der Internationalität und Kooperation. Vertreter aus den Kultusministerien Roms, Bozens und Wiens stellten die gute Zusam-

menarbeit heraus und bedankten sich für die Einladung. Die Oberbürgermeisterin von Rosenheim, Gabriele Bauer, sah Rosenheim als Bindeglied zwischen den Alpenregionen. Michael Wolf, Leiter der Übungsfirmenzentrale, bemerkte, die Kooperation sei eine außerordentliche Chance für unsere Schüler. Er bedankte sich in diesem Zusammenhang für das außerordentliche Engagement von Hans Kapser, WS Alpenland, Bad Aibling. Armin Ulbrich, stv. Vorsitzender des VLB, wies darauf hin, die Übungsfirmenarbeit werde in Zukunft weiter an Wert gewinnen. Zu guter Letzt freute sich Thomas Seidel, Schulleiter der Wirtschaftsschule in Rosenheim, an dem bunten Teilnehmerkreis und dessen Visionen, die von ihm ausgingen.

Die Übungsfirmenmesse war für die Schüler sicherlich keine „Just-for-Fun-Veranstaltung“. Seit Schuljahresbeginn galt es den Messeauftritt zu planen und durchzuführen. Zuerst mussten sich die Schüler durchsetzen, einen der wenigen Messeplätze zu erhalten. Ihr Bewerbungsschreiben war Grundlage für die Auswahl. Der zweite wichtige Baustein war das Konzept des Messestandes. Die Mitarbeiter fragten sich, wie sie ihre Waren bestmöglich präsentieren und die Besucher anlocken könnten. Erst nach diesen wichtigen Vorüberlegungen ging es an die Umsetzung des Konzepts. Sponsoren mussten gefunden, Freizeit investiert und Kreativität ausgelebt werden. Der Messestand ist sicherlich der Blickfang schlechthin. Doch verspricht er noch keinen Erfolg. Schüler entwickelten Verkaufsstrategien, entwarfen Messeangebote, trainierten Verkaufsgespräche und überlegten sich, wie sie einem etwaigen Kundenansturm gerecht werden könnten. Die Internationalität der Messe – es kamen Übungsfirmen aus Sizilien, Sardinien und Leece – erforderte eine Zweisprachigkeit des Messeauftritts. Das eigentliche Messetreiben zeigte den Schülern, wie wichtig ihre Vorarbeit war und wo noch Defizite lagen. Er zeigte aber auch, dass praxisnahe Arbeiten viel Spaß machen kann. Die in Tracht auftretenden Alpenanrainer oder die feschen Italiener trugen das ihrige dazu bei. <

Landesverband

Geburtsstagsfeier für Othmar Doleschal:

„Alles hat seine Zeit“

Es war eine Veranstaltung, bei der es eher um die alten Zeiten ging als um aktuelle Belange, eine Runde, die auch ein klein wenig sentimental stimmte. Im Rückblick eine höchst verdienstvolle Politiker-Vita, dazu viele persönliche Sympathiebekundungen an den Protagonisten sowie die respektvolle Anerkennung des von ihm Geleisteten. Der Empfänger reagierte mit Heiterkeit und Humor, so wie wir's gewohnt sind von ihm, aber auch mit gebührender Nachdenklichkeit.

In der April-Ausgabe von VLB-akzente hatten wir bereits darauf hingewiesen, dass Othmar Doleschal 75. wurde. Nun gestaltete der Verband

seinerzeit schon die Erfolge abzusichern, die mein Vorgänger im Amt für die beruflichen Schulen im Freistaat bereits eingefahren hatte“, erklärte der Jubilar und verwies auf den ebenfalls anwesenden Rudolf Karrasch; auch dieser übrigens in nach wie vor bewunderswerter Rüstigkeit.

Schließlich sei er – Doleschal – dem lieben Gott dankbar dafür, dass er ihn „ohne jegliche Entzugserscheinungen“ in den Ruhestand habe gehen lassen. Schrittweise wurde das Engagement abgebaut, der Abstand von der vordersten Bildungsfront immer größer. Übergangsweise gab es noch seine Initiativen für unsere Senioren,

man eine bildungspolitische Leistung, in solcher Dichte“. Bereits frühzeitig in seiner Laufbahn als Abgeordneter habe er – Freller – den VBB-Chef kennen gelernt und erfahren, „dass es unter den Verbänden solche und solche gibt“. Der „Berufsschullehrerverband“ jedenfalls gehörte immer „zu den „solchenen“ und zwar im positivsten Sinne“. Was von ihm kam, wurde gehört und ernstgenommen, und dabei galt der Name Doleschal immer als Markenzeichen schlecht hin für die berufliche Bildung.

Auch vor zwanzig Jahren schon ging's munter zu in der Bildungspolitik, auch damals schon war's mitunter ganz schön hektisch, erklärte Freller: Lehrerbildungsgesetz, die berufliche Grundbildung, der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung – heute steht dafür der Kampf gegen die Arbeitszeitverlängerung – der Mangel an Lehrpersonal usf. Die Skala ließe sich beliebig erweitern. Die heile Welt war's jedenfalls auch damals nicht, wenn gleich sich manches einfacher gestaltete, weil eben noch Geld da war.

Besondere Wirksamkeit attestierte Freller den von Othmar Doleschal initiierten parlamentarischen Abenden, die es ja auch heute noch gibt. „Sie waren und sind für uns Politiker von großer Bedeutung und nehmen auf die politischen Entscheidungen durchaus Einfluß“.

Othmar Doleschal, erklärter Anhänger der Grundideen Georg Kerschenssteiners und Aloys Fischers, war von 1976 bis 1991 Landesvorsitzender des VBB. In seine Amtszeit fiel neben den von Staatssekretär Freller genannten bildungspolitischen Ereignissen auch die zwei Verbandszusammenschlüsse, die den heutigen VLB ergaben. Diesen erlebte er von Anfang als Ehrevorsitzender.

Nicht nur auf Othmar Doleschal, sondern auch auf vier weitere seiner Funktionsträger erhob der VLB an diesem Abend das Glas, weil auch sie kürzlich runde Geburtstage hatten: Hermann Sauerwein, Volker Wiermann und Armin Ulbrich waren 65 geworden und Heiko Pohlmann 60. Sie alle fühlen sich sichtlich wohl, sind nach wie vor gut belastbar. Neben dem



„Nur selten findet man eine bildungspolitische Leistung in solcher Dichte“. Staatssekretär Karl Freller würdigt Othmar Doleschal (rechts).

ihm – dem einstigen VBB-Vorsitzenden – eine kleine Feier zusammen mit einem Kreis von Personen, die seine Weggefährten waren.

„Eine Zeit, an die ich mich gern erinnere“, erklärt der Jubilar und meinte damit sicher nicht allein die 15 Jahre an der Spitze des VBB, sondern sein gesamtes Engagement für die berufliche Bildung und die Jugend im Beruf. Othmar Doleschal erfreut sich nach wie vor bester körperlicher und geistiger Frische, das sieht man ihm an, danach braucht man gar nicht nachfragen. „Die Sache hat mir auch persönlich sehr viel gegeben“, erklärt er, „wenngleich es mitunter sehr turbulent zugeht damals“. „Vor allem galt es

u. a. die von ihm organisierten und stets ausgebuchten Reisen. Vor einiger Zeit aber wurde der Schlusstrich endgültig gezogen. Jetzt verfolgt er die Verbandsarbeit aufmerksam, aber eben doch aus der nötigen Distanz heraus. „Alles hat seine Zeit“, resümiert er, womit er in gewisser Weise die Zufriedenheit mit seinem jetzigen Dasein zum Ausdruck bringt, die man ihm aber, wie gesagt, ansieht.

Die Glückwünsche der bayerischen Staatsregierung überbrachte Kultusstaatssekretär Karl Freller. Am Anfang zitierte Freller aus der Laudatio, mit welcher Othmar Dolaschal geehrt wurde, als er 1987 das Bundesverdienstkreuz erhielt. „Nur selten findet



Hans Käfler richtet dankende Worte an den Jubilar; in der Bildmitte dessen Gattin.

Protagonisten des Abends jedenfalls bieten sie den lebenden Beweis dafür, dass Verbandsarbeit jung und frisch hält, erscheine sie manchmal auch noch so belastend

Die Leitung der abendlichen Runde lag in den Händen von Hans Käfler, des derzeitigen VLB-Vize. Er begrüßte, sprach die verbindenden Worte und überreichte die Präsente. Mit seiner

wohltemperierten und ideenreichen Moderation empfahl er sich ein weiteres Mal für noch höhere Aufgaben im Verband.

Alles in allem eine Runde mit charmant-heiterer Note, eine Veranstaltung, mit der der VLB einem seiner großen Vorreiter und Wegbereiter in herzlicher Weise nochmals Dank sagte.

Peter Thiel

für ihre langjährige und erfolgreiche Verbandsarbeit nicht nur mit Worten zu danken. Sie werden weiterhin, wie auch Wolfgang Lambl von München aus, die Arbeit des Bezirksverbands unterstützen.

Die Neuwahlen brachten folgendes Ergebnis: Neben den „alten Hasen“ Wolfgang Grünsfelder (Schriftführer), Gertraud Kieslich und Wolfgang Mann (Kassenprüfer) agieren nun als stellvertretende Bezirksvorsitzende Klaus Wiederer aus Kitzingen und Helmut Schwappacher aus Schweinfurt. Auch die Seniorenbeauftragten Siegfried Nees und Gottfried Berger bleiben weiter an Bord. Nach Abschluss des formalen Teils gratulierte der stellvertretende Landesvorsitzende Hans Käfler zunächst zur „Wahl der Spitzenkraft Frau Helbig“ und eröffnete dann konzeptionelle Ausblicke unter dem Titel „Was war, was ist, was kommt?“ Faktenreich unterstrich er die Forderung nach Investitionen in die Bildung als Investition in die Zukunft. Eltern ohne Abschluss bringen laut Landessozialbericht oft Kinder mit ähnlichen Karrieren hervor. Deshalb muss die Tendenz zu einem zunehmenden Defizit an Ausbildungsplätzen alarmieren. Zusagen zum Ausbildungspakt bei gleichzeitigen Erfahrungen mit in ungeeigneten Umgebungen geparkten Jugendlichen wecken seine Zweifel an baldiger Besserung. So sei Geld für Bildung auf lange Sicht nicht vergeudet. Notfalls auch zur Schaffung von Berufsfachschulen. Die Schweiz schien ihm dabei mehrfach beispielgebend. Sie lässt verlängerte Ausbildungszeiten zu, eine Flexibilität, die sich auf Dauer ausgezahlt habe. Der Absicht nach Arbeitszeiterhöhung erteile eine Studie von dort aber auch eine Absage, da ab der 24. Wochenunterrichtsstunde ein Plateau-Effekt eintrete: Die Gesamtarbeitszeit steige nicht mehr, „die Qualität geht aber in die Knie“. Daneben führte Käfler SZ-Berichte an, um in bezug auf die Staatsregierung zu belegen: „Es gilt das gebrochene Wort“ bzgl. des Arbeitszeitkontos vs. Arbeitszeiterhöhung, die ehemalige Basis des Stillhaltens sähen viele Kollegen somit als obsolet an. Zwar sieht er intern Möglichkeiten zum Ausgleich unterschiedlicher Belastungen,

Bezirks- und Kreisverbände

BV Unterfranken

Neue Führungsmannschaft

Ganz im Zeichen der Wachablösung stand die unterfränkische Delegiertenversammlung Mitte Juni. Ein letztes Mal legte Bezirksvorsitzender Wolfgang Lambl den für ihn gewohnt umfangreichen Tätigkeitsbericht vor. Schwerpunkte der Arbeit waren dabei: Schulentwicklung, Kultur, Lehrer Gesundheit und förderliche Arbeitsbedingungen. Im Unterschied zu früheren Berichten erkennt man auch deutlich

mehr Protestaktionen, angesichts eines rauer werdenden Klimas in der Bildungslandschaft kein Wunder. Schatzmeister Christoph Stumpf konnte seinem Nachfolger – Christoph Lindner aus Haßfurt sollte es später werden – einen soliden Haushalt übergeben. Nach der von Allen gestützten Wahl Dorothea Helbigs zur neuen Bezirksvorsitzenden, übernahm diese gewohnt tatkräftig die Initiative. Ihre erste Amtshandlung war, den nicht mehr für Bezirksämter zur Verfügung stehenden Vorständlern – Karl-Heinz Dotzler, Gereon Rempe und Christoph Stumpf



Die alte und neu Vorstandschaft in Unterfranken von links: Karl Blank, Helmut Mundel, Wolfgang Grünsfelder, Christoph Lindner, Dorothea Helbig, Klaus Wiederer, Wolfgang Lambl, Helmut Schwappacher, Ingrid Reinwald, Karl-Heinz Dotzler, Herbert Geiger und Gereon Rempe.

z. B. bei der Bewertung geteilter Klassen oder von Schülern ohne Ausbildungsvertrag. Seine dringende Bitte an die Anwesenden lautete jedoch, den Abgeordneten vor Ort eindringlich die Probleme der beruflichen Schulen darzulegen; auch damit auf Dauer die Stellung der Lehrer gestärkt werde.

Im Rahmen der derzeit laufenden Verhandlungen um die Vergütung der

Prüfertätigkeit bei den IHKn wiesen Gereon Rempe und die Delegierten ausdrücklich darauf hin, dass man bei Aufforderung zur Mitwirkung in die Prüfungsausschüsse die Bereitschaft zur Berufung bestätigen soll. So kann das Ausschussmitglied jederzeit wieder praktisch einsteigen, sobald die Bedingungen stimmen. (siehe S. 22)

Herbert Geiger

Referate und Fachgruppen

FG FOS/BOS

Fachgruppe trifft neuen Referenten im KM

Anfang Mai 2004 traf sich die Fachgruppe FOS/BOS in der VLB-Geschäftsstelle in München. Günter Liebl, neuer FOS/BOS-Referent im Kultusministerium, hatte sich dankenswerterweise die Zeit genommen, um mit der Fachgruppe aktuelle Fragen zu diskutieren.

Zunächst ging es um die wiederum zu erwartenden Zuwächse bei den Schülerzahlen und um die damit im Zusammenhang stehenden Fragen der Personalversorgung: Nochmals deutlich zunehmen wird voraussichtlich die 11. Jahrgangsstufe (fast + 20%; 12. Klassen: +13%). Bei der BOS 12 wird mit einer Zunahme von etwa 10% gerechnet, bei der BOS 13 ist ein Rekordzuwachs von ca. 50% zu erwarten (BOS-Vorstufe: ca. + 16%). Bei den Anmeldezahlen der staatlichen Schulen macht sich wiederum bemerkbar, dass die Großstädte als kommunale Schulträger weiterhin ihr Angebot re-



Günter Liebl, der neue FOS/BOS-Referent im KM

duzieren. Angesichts des großen Personalbedarfs wurden die Mittel für Ausbittungsverträge im Umfang von 120 Stellen verlängert und zusätzliche Planstellen geschaffen. Trotzdem werden die Schulen beim Unterrichtsbudget Einsparungen wie im laufenden Schuljahr vornehmen müssen. Die freien Planstellen werden wie schon in den Vorjahren im Rahmen des Direktbewerbungsverfahrens im Internet ausgeschrieben.

Nachdem die Arbeitszeiterhöhung im kommenden Schuljahr nicht zu vermeiden war, stellt sich jetzt die Frage nach der Einführung des Arbeitszeit-

kontos. Nach dem derzeitigen Stand ist die Einführung auch für die FOS/BOS zum Schuljahr 2005/06 vorgesehen. Die Fachgruppe ist der Auffassung, dass sich an der FOS/BOS die Möglichkeit der flexiblen Übertragung von bis zu 2 Unterrichtsstunden auf das Folgejahr gut bewährt hat und dass deshalb anstelle des Arbeitszeitkontos für die FOS/BOS die Möglichkeit einer Ausweitung und weiteren Flexibilisierung dieses Modells geprüft werden sollte.

Bei den neuen Beurteilungsrichtlinien bedürfen folgende Punkte noch einer Klärung: Einbeziehung des Mitarbeitergesprächs, Altersgrenze, Länge des Beurteilungszeitraums, Zahl der Beurteilungsstufen. Die nächste Regelbeurteilung wird deshalb möglicherweise erst zum 31.12.2006 abgeschlossen.

Nachdem über die Standorte für den Schulversuch FOS 13 entschieden ist, wurden verschiedene Fragen zur konkreten Durchführung des Schulversuchs erörtert (z. B. Lehrpläne, Zulassung von FOS 12-Absolventen zur Seminararbeit).

Zum Thema „R6+1“ war man sich einig: Wenn eine „Eliteklasse“ angestrebt werden sollte, gehörte sie an die FOS. Ein offensives Interesse der Fachoberschule wird aber schon deshalb nicht gesehen, weil für die in Frage kommenden Schüler auch die Möglichkeit der Aufnahme in die 11. Jahrgangsstufe des Gymnasiums besteht. Im Übrigen wäre eine Verkürzung der fachpraktischen Ausbildung im Hinblick auf den hohen Stellenwert der Fachpraxis für FOS und Fachhochschulreife sowie wegen der Vorgaben der einschlägige KMK-Vereinbarung nicht akzeptabel.

Ein Thema war auch die Verstärkung der Präsenz der Fachgruppe in „akzente“; auch die Verbandshomepage wurde in diesem Zusammenhang angesprochen (vgl. dazu auch den Bericht von der Tagung der Fachgruppenleiter am 8. Mai 2004 in in akzente 06/2004).

Beim VLB-Berufsbildungskongress in Bamberg wird wieder ein Arbeitskreis FOS/BOS eingerichtet, in dem es um aktuelle Fragen der beruflichen Oberstufe gehen wird. Günter Liebl sagte spontan zu, dabei als Referent zur Verfügung zu stehen. *Hansjörg Bosch*



Die Mitglieder der FG FOS/BOS.

Referendare / Studenten

VLB-Studententreffen 2004 in Würzburg: Zusammen in die Zukunft gestalten

THOMAS HOFMANN /
STEFAN WEINZIERL

In der Tradition der Studententreffen wurde auch in diesem Jahr wieder nach Würzburg geladen. Begrüßt wurden die Studenten aus München, Bamberg und Erlangen/Nürnberg von den Studentensprechern und dem VLB-Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein. Der Landesvorsitzende führte in die Tagung ein und berichtete über den aktuellen Stand bei der Arbeitszeiterhöhung, der Einstellungssituation und insbes. über die möglichen Veränderungen bei der Lehrerbildung und schuf so die Diskussionsgrundlagen für die sich anschließenden Arbeitskreise zu den Themen:

- Internationalisierung der Abschlüsse zu Bachelor- und Masterstudiengängen,
- berufliche und schulische Praktika,
- aktuelle Einstellungssituation und
- neue „Einstellungsverfahren“ an Universitäten.

Internationalisierung der Abschlüsse: Master und Bachelor und Neustrukturierung der Praktika

Gemäß den Beschlüssen von Bologna sollen bis 2010 alle Hochschulstudiengänge in Bachelor- und Masterstudiengänge überführt werden. Das bereits an anderer Stelle publizierte Modell des VLB, grundlegende pädagogische Fertigkeiten, sowie die Grundlagen des Erst- und Zweitfaches in das Bachelor-Studium einzubinden und die Vertiefung im Master vorzunehmen, stieß auf breite Zustimmung. Im Detail diskutierten die Studenten dann einzelne Punkte kritisch.

Aktuelle Einstellungssituation an beruflichen Schulen

Auch die Diskussion über die aktuelle Einstellungssituation wurde sehr dia-

lektisch geführt. Den Studenten war klar, dass eine intensive, zweijährige Betreuung, in der das pädagogische Wirken von der Pike auf erlernt werden kann, nicht nur Grundvoraussetzung für das spätere Überleben im beruflichen Alltag ist, sondern auch den höheren Dienst sichert.

Wegen der schlechten Informationspolitik des Freistaates, der bis vor wenigen Wochen die Einstellungs- und Berufschancen für Lehrer an beruflichen Schulen unbeachtet der realen Situation als hervorragend be-



Die Teilnehmer am Studententreffen in Würzburg.

zeichnet hat, und angehende Referendare an existenzielle Grenzen bringt, ist das Vertrauen von studentischer Seite in den künftigen Dienstherren geschwunden. Von Planungssicherheit, selbst für einen überschaubaren Zeitraum von 2 Jahren zu sprechen, ist eine Farce. Für die Wirtschaftspädagogen mehr noch als für die Diplomberufspädagogen stellt sich hier die Frage nach Alternativen, die im freien Markt zu suchen sind. Die Studenten haben auch hier die Köpfe zusammengesteckt und versucht konstruktiv Lösungskonzepte zur aktuellen Problematik zu erarbeiten. Die Studenten

schlagen deshalb ein Trikolon aus (1) Anreizsystemen, (2) Unterstützung im und während des Schuldienstes und (3) mehr Planungssicherheit vor.

In Punkto Anreizsysteme muss an erster Stelle die finanzielle Vergütung gesetzt werden. Wer arbeitet muss auch adäquat entlohnt werden. Das fängt bei den Praktika während des Studiums an, zieht sich über das Referendariat in den Lehrerberuf, wo neue Regelungen für Anrechnungsstunden und Prüfungstätigkeiten außerhalb der Schule gefunden werden müssen.

Auch im Bereich des schulischen Alltags sieht die Studentenschaft Handlungsbedarf. Immer stärker erweitert sich der Tätigkeitsbereich des Lehrers vom Wissensvermittler zum Konfliktlöser, Therapeuten und Psychologen. Für dieses Umfeld wird sowohl an den Unis zu wenig verpflich-

tend vorbereitet als auch im schulischen Alltag als Lehrer zu wenig Augenmerk gelegt. Die Studenten wünschen sich hier eine aktive und offene Informationspolitik über die Belastung im späteren Berufsfeld, so dass präventiv Kurse angeboten und belegt werden können und somit für den Einzelnen ein Praxisschock abfedert werden kann.

Eignungsfeststellungsverfahren – Selbstschutz oder zusätzliche Barriere

Im kommenden Wintersemester wird an der Uni Bamberg erstmalig ein

Einstellungs-/Auswahlverfahren für Diplomhandelslehrer durchgeführt. Der Pädagogiklehrstuhl der TU München denkt in eine ähnliche Richtung.

Grundsätzlich wird ein solches Verfahren von der Studentenschaft akzeptiert, da es neben den Noten auch die persönlichen Qualitäten des Bewerbers in den Vordergrund stellt. So besteht neben der Möglichkeit der Selektion auch die Möglichkeit der Profilbildung. Aus der Sicht der Studenten würde dies zur Aufwertung des Studienganges führen, da nicht jeder zugelassen werden kann, der sich selbst als geeignet sieht und die Universität anders als beim NC stärker noch die Persönlichkeit und das Wesen einer Person in der Beurteilung berücksichtigen kann.

Für eine Anzahl von ca. 200 Studienbeginnern jeweils zum Wintersemester dürfte dieser Arbeitsaufwand überschaubar sein. Die Studenten sahen allerdings die Gefahr, dass das Beurteilungsverfahren nur pro forma durchgeführt und die Idee, die dahinter steht, ausgehöhlt werden könnte.

Diskussion und Resumee

Die am Freitag in den Workshops diskutierten und erarbeiteten Themen (s. o.) wurden am Samstag Vormittag mit der Verbandsspitze – VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, seinem Stellvertreter Armin Ulbrich dem VLB-Lehrerbildner Heiko Pohlmann – sowie dem neuen Verantwortlichen im Kultusministerium LtdRD Georg Hirner nochmals intensiv erörtert. Georg Hirner freute sich zunächst, dass auch er, einer alten Tradition folgend, zu diesem Treffen vom VLB eingeladen wurde. Zu den von den Studenten angeschnittenen Fragen und Forderungen nahm er ausführlich Stellung und zeigte sich sichtlich beeindruckt vom Engagement der Studenten. Daneben versprach er, die Anregungen aus der Studentenschaft mit nach München zu nehmen und die Möglichkeiten zu prüfen, diese in künftige Entscheidungen mit einfließen zu lassen.

Seitens des VLB sagte der Landesvorsitzende zu, insbesondere bei der anstehenden Neuordnung des Studi-

ums die Forderungen der Studenten in das Konzept des VLB einzuarbeiten und dies dann bei den entsprechenden Stellen/Ansprechpartnern vehement zu vertreten.

Während des gemeinsamen abschließenden Mittagessens reflektierte man nochmals das Wochenende und stellte die gemeinsame Arbeit heraus. <

Mediation

Im Rahmen des diesjährigen Studentensymposiums in Würzburg stellte Sonja Bätz ihren Mitstudenten kurz die „Mediation“ vor. Bei der Mediation geht es nicht um Entspannungsübungen auf der Isomatte sondern um ein Verfahren zur Konfliktlösung durch Konsens statt durch Recht oder Macht. Der sog. Mediator hat die Funktion, den Streit- und Konfliktparteien zu helfen Lösungen zu finden, die beide Seiten zufrieden stellen. Er bringt dabei keine eigenen Vorschläge ein, sondert steuert die Kommunikation zwischen den Konfliktparteien nach einem festgelegten Prozess.

Ziel der Mediation ist es, von den oftmals festgefahrenen Positionen wegzukommen und die Konfliktparteien anzuleiten, ihre Interessen und Bedürfnisse zu artikulieren. Werden dann Konfliktgegner zu Konfliktpartnern, steht der gemeinsamen Suche nach einer Win-Win-Lösung nichts mehr im Weg. Der Mediator hört hierbei unter anderem aktiv zu, formuliert um, stellt die richtigen Fragen und fordert zur Reaktion auf.

Weitere Informationen erhalten Sie von der Referentin. Sie beendet derzeit die Ausbildung zur Mediatorin nach den Richtlinien des Bundesverbandes Mediation. Bei Fragen oder im Konfliktfall wenden Sie sich an:

sonja_baetz@hotmail.com

VLB-Wochenendseminar für Referendare:

Entwarnung für Referendare

Traditionell fand auch in diesem Jahr wieder Anfang Mai das VLB-Wochenendseminar für Referendare in Würzburg statt.

VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein freute sich bei seiner Begrüßung besonders, dass sich das über den Köpfen der Referendare hängende Damoklesschwert einer Nichtübernahme nach dem Referendariat vor allem Dank der intensiven Bemühungen des VLB in Wohlgefallen aufgelöst hat. Von den im Sommer fertig werdenden Referendaren werden 25 – 30 % bei den kommunalen und privaten Schulen unterkommen, den Übrigen wird ein Angebot vom Staat gemacht.

Nach dieser doch sehr erfreulichen Nachricht wendeten sich die Referendare am Freitagnachmittag den Arbeitsthemen des Seminars zu.

Zunächst informierte Thomas Barmetler über die Aufgaben des Referendarsprechers, um anschließend eine kurzen Tätigkeitsbericht über das letzte Jahr zu geben. Ausführlich stellte er den AK Lehrerbildung im VLB vor und berichtete dann über die Arbeitsschwerpunkte im AK. Die dort diskutierten Themen sind u. a. auch Themen, die von den Referendaren während des Seminars nochmals aufgegriffen wurden. Breiten Raum nahm die Diskussion über Änderung der LPO II und die daraus resultierenden Vor- und Nachteile sowie der informelle Austausch der Teilnehmer über die zukünftigen Bachelor-/Master-Studiengänge ein. Abschließend wurde dann in Kleingruppen für die Samstagvormittag stattfindende Podiumsdiskussion ein entsprechender Fragenkatalog erarbeitet.

Daneben tauschte man sich auch über gemeinsam erstellte Unterrichtsvorbereitungen, Wissensmanagement und Teamarbeit aus. Andiskutiert wurde, wie die einzelnen Referendarjahrgänge besser Kontakt zueinander bekommen könnten.



Saßen sowohl bei den Studenten als auch den Referendaren auf dem Podium: Armin Ulbrich (VLB), Hermann Sauerwein (VLB), Georg Hiener (KM) und Heiko Pohlmann (VLB).

Die Podiumsdiskussion mit dem VLB-Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein, seinem Stellvertreter Armin Ulbrich sowie VLB-Lehrerbildner Heiko Pohlmann und dem neuen Referatsleiter im Kultusministerium Georg Hirner befasste sich mit folgenden Schwerpunktfragen:

Einstellungssituation

Nachdem wie oben ausgeführt jetzt doch nahezu jeder Referendar mit einem Stellenangebot rechnen kann, drehten sich die Fragen schwerpunktmäßig um den Ablauf des Bewerbungsverfahrens auf eine Stelle. Georg Hirner und Heiko Pohlmann

und Bewerbungen bearbeitet werden, und dann steht erst fest, an welcher Schule es noch offene Stellen für die Referendare des 2. Jahres gibt.

Bachelor-/Masterstudiengänge für die Lehrerbildung

Wie an anderer Stelle in VLB-akzente schon ausführlich berichtet, befindet sich die Diskussion hier noch im Fluss, so dass auch seitens der Podiumsteilnehmer keine verbindlichen Aussagen gemacht werden konnten. VLB-Landesvorsitzender Sauerwein versprach den Referendaren jedoch, dass der VLB die Entwicklungen intensiv verfolgen und die Belange der Lehrer an

logie an der FOS/BOS. Heiko Pohlmann stellte auf die Frage nach einer größeren Transparenz der Beurteilung fest, dass dies ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei, da es sich beim 2. Staatsexamen bis zur Notenbekanntgabe Mitte Juli um ein schwebendes Verfahren handelt, während dessen der exakte Wortlaut der Beurteilungen nicht bekannt gegeben werden könne. Er habe jedoch die Betreuungs- und Seminarlehrer mehrfach darauf hingewiesen, mit den Referendaren Mitarbeitergespräche zu führen, in welchen diesen mitgeteilt werden kann, wo Stärken und Schwächen bestehen. Verfolgenswert ist auch der Vorschlag nach dem Aufbau einer Wissensdatenbank, die technisch über einen Lehrstuhl und inhaltlich über Seminarlehrer betreut werden könnte.

Auf die Nachfrage zum Sachstand der von den Referendaren und dem Studienseminar gewünschten Evaluation des Seminars reagierte LtDRD Hirner überrascht: „Mir ist davon noch nichts bekannt, aber Sie rennen damit bei mir offene Türen ein.“ Der VLB wird hier am Ball bleiben und die weitere Entwicklung konstruktiv-kritisch begleiten.

Zum Abschluss der Podiumsdiskussion bedankten sich die beiden Referendarsprecher Thomas Barmetler und Engelbert Wiedemann beim VLB-Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein, dass es auch dieses Jahr wieder möglich war, dass das Referendartreffen stattfinden konnte.

Sauerwein seinerseits bedankte sich zunächst bei Georg Hirner, dass er den Weg nach Würzburg gefunden und sich den Fragen der Referendare gestellt hat. „Im VLB finden Sie immer einen verlässlichen Ansprechpartner, wenn es um die Ausbildung des Lehrernachwuchses geht“, so Sauerwein weiter.

Abschließend versprach er dem Berufsnachwuchs, dass ihre Belange im VLB bestens aufgehoben sind und der Verband sich um die anstehenden Aufgaben intensiv kümmern wird. rf



Konzentrierte Aufmerksamkeit bei der Podiumsdiskussion – im Vordergrund Thomas Barmetler und Engelbert Wiedemann (beide VLB-Referendarsprecher) sowie weitere Seminarteilnehmer.

konnten die Fragen der Referendare auch mit dem einen oder anderen praktischen Tipp hinreichend beantworten. Dem Wunsch nach einer früheren Zuweisung an die Einsatzschule (d. h. nicht erst am letzten Tag des Schuljahres, da somit keine Kontaktaufnahme mit neuer Schule mehr möglich ist) musste Georg Hirner eine Absage erteilen, da dies aus organisatorischen Gründen nicht möglich ist. Zunächst müssen alle Versetzungen

beruflichen Schulen konstruktiv einbringen und vertreten werde.

Rund um das Referendariat

Naturgemäß befassten sich die meisten Fragen der Referendare an das Podium mit ihrer aktuellen Situation im Referendariat. So spannte sich der Bogen von der Frage nach der Kopplung Hausarbeit/3. Lehrprobe, über den Wechsel des Studienseminars oder des Unterrichtseinsatzes im Fach Techno-

Senioren

Edel und Frei. Franken im Mittelalter

Die Landesausstellung mit diesem Titel war das Ziel für das diesjährige Treffen der oberfränkischen Senioren Mitte Mai in Forchheim.

Das Haus der Bayerischen Geschichte hat zusammen mit der Stadt Forchheim eine Ausstellung geschaffen, welche die fränkische Geschichte von 500 bis 1500 anhand unzähliger Exponate sehr anschaulich darstellt.

Die Führung erfolgte u. a. unter folgenden Fragestellungen:

- Wie kamen die Franken nach Franken?
- Warum war der Titel eines Herzogs von Franken so begehrt und heiß umkämpft?
- Weshalb wollten die Nürnberger im Spätmittelalter keine Franken sein?
- Wer waren die ersten Dichter und Minnesänger in Franken?
- Warum hat Franken keine Hauptstadt?

Rekonstruktionen, Inszenierungen, archäologische Funde, Handschriften und Urkunden, Zeugnisse der Goldschmiedekunst und der Malerei vermitteln ein Bild vom Leben und Wirken der Menschen in Franken im Mittelalter. Der Gang durch die Ausstellung konnte im Rahmen der etwa einstündigen Führung nur einen ersten Eindruck vermitteln und die Teilnehmer dazu anregen, die Ausstellung nochmals zu besuchen.

Vor dem Mittagessen überbrachte Seniorenvertreter Berthold Schramm die Grüße der Kollegen, die leider noch in letzter Minute ihre Teilnahme absagen mussten, begrüßte die „Neuen“ in der Runde, informierte über die Zahl der Senioren in Oberfranken – derzeit 135 – und betonte, dass davon 19 Ruheständler auf mehr als 50 Jahre Mitgliedschaft im Verband zurückblicken können. Außerdem machte er auf den Berufsbildungskongress im Herbst in Bamberg aufmerksam und erläuterte die Programmplanung für

die Begleitveranstaltung am Samstag. Den „Anhang“ führte Kollege Neubauer aus Forchheim, der mit seiner Stadt in besonderer Weise vertraut ist, zu ganz besonderen Sehenswürdigkeiten in der historischen Altstadt und zeigte ihnen auch Dinge, die „normale Touristen“ nicht zu sehen bekommen, wie eine Wendeltreppe im Alten Rathaus, die im Mittelalter aus einem ein-



Die oberfränkischen Senioren in Forchheim: Von der Landesausstellung sehr angetan.

zigen, jahrhundertealten Baumstamm gearbeitet wurde.

In der gleichen Zeit informierte unser Seniorenvertreter Berthold Schullter die Kolleginnen und Kollegen über den Stand der Dinge, die uns Ruheständler betreffen. Dabei konnte er die Themen, die in der Maiausgabe der VLB-akzente dargestellt sind, ausführlich und mit größter Sachkenntnis erläutern und in der Diskussion zu den wichtigsten Themen Stellung nehmen, wie: Wegfall von Ausbildungsjahren bei der Anrechnung der ruhegehaltfähigen Zeiten, Absenkung der Versorgungsbezüge, Änderung der Beihilfebestimmungen bezüglich der Praxisgebühr, Absenkung des Weihnachtsgeldes, Ausbleiben der Rentenerhöhung.

Als einziges positives Signal kann gelten, dass künftig die Hospizunterbringung beihilfefähig sein wird.

Breiten Raum in der Diskussion nahm die Sorge um den Erhalt des Beamtenstatus der Lehrer ein, zumal auch die EU den Lehrern nicht die Ausübung hoheitlicher Aufgaben zu billigen will.

Zum Schluss wies Kollege Schullter noch auf die Tendenz hin, Senioren zu benachteiligen und verdeutlichte dies am Beispiel der Banken, die nicht mehr bereit sind, Leuten unseres Alters Kredite zu bewilligen.

Zum Abschluss bedankte sich Kollege Schramm bei allen Teilnehmern, besonders bei Berthold Schullter, der die weite Reise aus München auf sich

genommen hat und machte deutlich wie wichtig es für uns ist, einen so kompetenten Kollegen zu haben, der Zugang zu den neuesten Informationen und Kontakt zu den Entscheidungsträgern hat.

Mit einer Einladung zum Besuch des Berufsbildungskongresses in Bamberg schloss Schramm die Veranstaltung. *Berthold Schramm*

Mittelfränkische Pensionisten treffen sich in Altdorf

Bereits ein fester Bestandteil im Terminkalender der Pensionisten des VLB-Bezirks Mittelfranken ist das alljährliche Treffen im Mai. In diesem Jahr war die Kleinstadt Altdorf mit ihren historischen Gebäuden und der ehemaligen Universität das Ziel dieser Veranstaltung. Etwa 50 Teilnehmer, darunter auch unser Ehren-Bezirksvorsitzender Herbert Lauer, waren der Einladung gefolgt. Vorzüglich geplant vom mittelfränkischen Pensionistenbetreuer Gerhard-Wolfgang Hergert, konnten die Teilnehmer nach



Bewundernde Blicke für die Altdorfer Sehenswürdigkeiten fanden die mittelfränkischen Senioren.

einer kurzen, aber interessanten Stadtführung die ehemalige Universität – einst Studienort des jungen Walenstein ... und das liebevoll angelegte Doktorsgärtlein besichtigen. Beson-

ders das letztere kann man jedem Gartenfreund nur wärmstenst empfehlen. Natürlich kam auch der Verbandsteil nicht zu kurz. Bei Kaffee und Kuchen berichtete der Bezirksvorsitzende

Pensionistenreise ins Baltikum

Liebe Reisefreunde, eine Bypass-Operation hat mich einige Monate außer Gefecht gesetzt und war Anlass für die Funkstille bzgl. neuer Reisepläne. Bei einer Studienreise durch Ostpreußen und die Baltischen Länder vom 17. bis 29. 09. 04 soll Versäumtes nachgeholt werden. Lettland, Estland und Litauen, nach Jahrzehnten russischer „Hegemonie“ nunmehr EU-Mitglieder, dazu ausgestattet mit landschaftlichen Reizen und vielen Relikten deutsch geprägter Kultur- und Geschichtstradition, sind interessant und deshalb unser Ziel: Im Bus über Posen, Gnesen, Thorn (Geburtsort von Kopernikus) und die Marienburg (einst Zentrale des Deutsch-Herren-Ordens) nach Danzig, die prächtige alte Hansestadt. Vom nahen Elbing aus Tagesausflug per Tragflügelboot nach Königsberg. Weiter durchs ehemalige Ostpreußen mit Besuch der Wolfsschanze, Hitlers Hauptquartier (Attentat von Stauffenberg). Durch die Seenlandschaft Masurens nach Litauen und Vilnius (heutige Hauptstadt). Über die malerische einstige Hauptstadt Kaunas geht es weiter Richtung Küste nach Klapaida mit historischer Altstadt (Andenken an „Ännchen von Tharau“). Abstecher zu den Dü-

nen der Kurischen Nehrung, erst kürzlich aufgenommen ins Weltkulturerbe der UNESCO. Es folgt Lettland mit seinem besonders reizvollen Riga. Zum Schluss wartet Estland und Tallin, dessen historisches Zentrum sich sein mittelalterlich-hanseatisches Gesicht besonders gut bewahrt hat. Von hier bringt uns die Fähre zurück nach Rostock.

Dauer: 13 Tage; **Preis:** Je Teilnehmerzahl ca. 1150 bis 1200 Euro p. P. im DZ (EZ plus 250 Euro) (Einzelkabine auf der Fähre plus 135 Euro!!)

Leistungen: Fahrt im mod. Fernreisebus, Passage Tallin-Rostock in 2-Bett-Innenkab. incl. Frühstück; Unterkunft mit HP in guten Mittelklassehotels mit D/WC, Schiffsausflug von Elbing nach Königsberg (incl. russ. Gruppervisum u. Stadtführung), Eintritt und Führungen in der Marienburg, in Posen, Thorn und Danzig, der Wolfsschanze, den baltischen Hauptstädten. Deutsch sprechende kompetente Reiseführer in den jeweiligen Ländern.

Interessenten bitte unverzüglich (der Kabinenplätze wegen) anmelden bei: Lothar Fischer, Zum Burgstall 13, 92637 Weiden, Tel. 0961-46388. Mail: fischer-weiden@t-online.de
Dort gibt es auch weitere detaillierte Information.

Horst Lochner von den Problemen für die noch aktiven Kollegen und den Anstrengungen des VLB für eine vernünftige Wertschätzung unserer Lehrtätigkeit. Im Einzelgespräch wurden auch Versorgungs- und Versicherungsfragen erörtert. Viele persönliche Gespräche rundeten diesen Nachmittag angenehm ab. *Horst Lochner*

Personalien

Nachlese zum 80. Geburtstag von Prof. Dr. Waldemar Siekaup

Am 7. Februar 2004 hat Prof. Dr. Waldemar Siekaup seinen wohlverdienten 80. Geburtstag gefeiert. Der geschäftsführende Vorstand des VLB hat persönlich herzlich gratuliert, und eine kleine Gruppe ehemaliger Kollegen aus der Zeit seiner Modellschule, der



Städt. Handels- und Wirtschaftsaufbauschool in Nürnberg, hat in kleinem Kreis ihren individuellen Bezug zu seiner Leistung hervorgehoben. Für einen Kollegen, Schulleiter und Berater ist dies ungewöhnlich, der am 20. Februar 2000 aus der Hand der Bayerischen Staatsministerin für Unterricht und Kultus mit dem Verdienstorden 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt worden ist. In ihrer Laudatio wurde u.a. seine Fachkompetenz in Fragen der beruflichen Bildung hervorgehoben, die Dr. Siekaup in zahlreichen Veröffentlichungen

über pädagogische, fachdidaktische und schulrechtliche Themen geäußert hat. Sein primäres Ziel war letztlich sein „Meisterstück“, die Bayerische Wirtschaftsschule, an deren Gestaltung und Erfolg er von Anfang an in den 60iger Jahren mit Rat und Tat und als Schulleiter mit viel persönlichem „Herzblut“ mitgewirkt hat.

Doch jetzt noch, im Jahre 2004, mit 80 Jahren ist er bei wichtigen Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft „Bayerische Wirtschaftsschulen“ präsent. Zuletzt gesehen wurde Dr. Siekaup im Mai 2004 bei der Veranstaltung der Landeselternvereinigung der Bayerischen Wirtschaftsschulen in Bad Neustadt. Im April 2003 wurde Dr. Siekaup am Tag der Bayerischen Wirtschaftsschule in Nürnberg von dem jetzigen Schulleiter der Städt. Wirtschaftsschule, Friedrich Böhmer, für seine Verdienste für diesen Schultyp lobend gewürdigt. Aber selbst das Recherchieren von Fakten und Entwicklungen über den Erfolgstyp Wirtschaftsschule hat bis heute nicht geendet. Immer wieder versorgt Dr. Siekaup die Verbände, Fraktionen und das Staatsministerium mit Statistiken und Aufsätzen. Im Verband der Diplom-Handelslehrer (VDH) in Bayern war Waldemar Siekaup jahrzehntelang zum Referenten für Bildungspolitik und für die Lehrerbildung berufen und damit auch ein wichtiges Bindeglied zum Bundesverband der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW). Ein überaus wichtiger Einfluss bayerischer Verbandspolitik auf das kaufmännische Schulwesen auf Bundesebene und damit auch auf die Geschehnisse und Entwicklungen in anderen Bundesländern ist damit gesichert gewesen. Er war als Referent im Vorstand der Artikulierer und Strategie, der Ziele und Aufgaben eines Berufsverbandes mit einer nicht wegzudenkenden sprachlichen Ausdrucksartistik darstellen und den Zuhörern vermitteln konnte. Es soll aber auch eine andere Eigenschaft dieser Lehrerpersönlichkeit gewürdigt werden. Er war ein Förderer junger Kollegen, die er in seiner Schule eingestellt hat. Über seine ausgeprägte Menschenkenntnis und durch sei-

ne Leistungsanforderungen hat er sehr schnell die Stärken und Schwächen jedes einzelnen erkannt und dadurch die Begabungen entsprechend fördern können. So haben zahlreiche ehemalige „Schüler“ wichtige Aufgaben im Bayerischen Schulwesen übernehmen können.

Wir alle wünschen, dass Prof. Dr. Siekaup als herausragende Persönlichkeit uns im Verband und im Kreis seiner Kollegen weiterhin gesund, munter und mit Humor bei den zahlreichen Gesprächen zur Verfügung steht.

Armin Ulbrich

Wir gratulieren im August ...

... zum 90. Geburtstag

Weith, Georg, 21.08.
81545 München, **BV München**

... zum 85. Geburtstag

Rockinger, Elisabeth, 20.08.
83022 Rosenheim,
KV Rosenheim-Miesbach

... zum 80. Geburtstag

Zeitler, Rudi, 08.08.
91322 Gräfenberg, KV Donau-Wald

... zum 75. Geburtstag

Gschneidinger, Siegfried, 08.08.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Rümler, Johann, 10.08.
91054 Buckenhof, KV Mfr.-Nord
Sing, Johann, 23.08.
86381 Krumbach, KV Nordschwaben

... zum 70. Geburtstag

Baierl, Waltraud, 23.08.
94107 Untergriesbach, KV Ndb.-Ost
Hager, Maria, 14.08.
96047 Bamberg,
KV Bamberg-Forchheim
Huber, Hans, 26.08.
93326 Abensberg, KV Donau-Wald
Kneuer, Roman, 26.08.
97688 Bad Kissingen, KV Main-Rhön
Kohl, Ernestine, 21.08.
83233 Bernau a. Chiemsee,
KV Rosenheim-Miesbach
Wagner, Konrad, 20.08.
86163 Augsburg, KV Augsburg

Wilhelm, Konrad, 31.08.
86845 Großaitingen, KV Nordschwaben

... zum 65. Geburtstag

Bittl, Hermann, 31.08.
97204 Höchberg, KV Würzburg
Fend, Maria, 15.08.
86157 Augsburg, KV Augsburg
Grimm, Dieter, 17.08.
90408 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Grüner, Hermann, 08.08.
82467 Garmisch-Partenkirchen,
KV Obb.-Südwest
Kaminsky, Wilhelm, 19.08.
82347 Bernried, KV Obb.-Südwest
Karl, Brunhilde, 04.08.
97688 Bad Kissingen, KV Main-Rhön
Lehnfeld, Peter, 07.08.
92421 Schwandorf, KV Schwandorf
Merkel, Gundolf, 02.08.
82335 Berg 3, KV Würzburg
Sy, Erika, 24.08.
90473 Nürnberg, KV Nürnberg
Trautner, Maria, 14.08.
84030 Ergolding, KV Landshut
Weis, Hermann, 29.08.
83471 Schönau, KV Traunstein-BGL

... zum 60. Geburtstag

Bruchhäuser, Michael, 18.08.
83254 Breitbrunn, KV Traunstein-BGL
Deseive, Eurosia, 12.08.
87665 Mauerstetten, KV Allgäu
Fuhl, Hans-Peter, 02.08.
97491 Aidhausen, KV Main-Rhön
Gelbrich, Dieter, 16.08.
95032 Hof, KV Ofr.-Nordost
Gruber, Josef, 12.08.
86399 Bobingen, KV Augsburg
Kassing, Georg, 09.08.
63920 Großheubach, KV Untermain
Nitsch, Peter, 12.08.
87487 Wiggensbach, KV Allgäu
Stamm, Marianne, 21.08.
85411 Hohenkammer, KV Obb.-Nordwest
Wagner, Hans-Georg, 09.08.
80686 München, KV Nordschwaben
Weinzierl, Anton, 13.08.
80804 München, BV München

Wir gratulieren im September ...

... zum 85. Geburtstag

Peter, Ernst, 02.09.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

Pöhner, Elisabeth, 08.09.
90763 Fürth, KV Mfr.-Nord
Sammer, Wenzel, 26.09.
97276 Margetshöschheim,
KV Würzburg

... zum 80. Geburtstag

Krahmer, Walter, 24.09.
92237 Sulzbach-Rosenberg,
KV Amberg-Sulzbach
Meyer, Heinrich, 16.09.
95158 Kirchenlamitz,
KV Ofr.-Nordost
Sonntag, Ursula, 06.09.
95339 Neuenmarkt, KV Ofr.-Nordwest
Starklauf, Irmgard, 15.09.
86159 Augsburg, KV Nordschwaben

... zum 75. Geburtstag

Blucha, Ernst, 22.09.
83026 Rosenheim,
KV Rosenheim-Miesbach
Herrmann, Hans-Günther, 09.09.
81827 München, BV München
Malin, Eberhard, 28.09.
87534 Oberstaufen, KV Allgäu
Müller, Ottmar, 09.09.
90518 Altdorf, KV Neumarkt

... zum 70. Geburtstag

Gärtner-Saalfank, Mathilde, 01.09.
81477 München, KV Obb.-Südwest
Hertel, Manfred, 12.09.
83435 Bad Reichenhall,
KV Traunstein-BGL
Müller, Manfred, 08.09.
87435 Kempten, KV Allgäu
Oest, Bodo, 14.09.
83229 Aschau, BV München
Rennings, Marlene, 26.09.
80639 München, KV Nordschwaben
Schnabel, Wiltrut, 24.09.
90489 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 65. Geburtstag

Albertz, Joachim, 02.09.
95213 Münchberg, KV Ofr.-Nordost
Blaschke, Karl, 07.09.
86899 Landsberg, BV München
Christ, Edeltraud, 10.09.
86517 Wehringen,
KV Obb.-Nordwest
Czempik, Martin, 08.09.
90482 Nürnberg, KV Nürnberg
Fischer, Rosa, 11.09.
83714 Miesbach,
KV Rosenheim-Miesbach

Maier, Andreas, 08.09.
84172 Buch am Eribach,
KV Obb.-Nordwest
Mengele, Gerhard, 21.09.
83646 Bad Tölz, KV Obb.-Südwest
Mergl, Manfred, 13.09.
97475 Zeil, KV Main-Rhön
Raps, Eduard, 21.09.
95519 Vorbach, KV Opf.-Nord
Rombach, Guido, 19.09.
84178 Kröning, KV Landshut
Schütz, Roland, 01.09.
91180 Heideck, KV Mfr.-Süd

... zum 60. Geburtstag

Hermanns, Hans, 30.09.
83071 Stephanskirchen,
BV München
Hofmann, Franz, 19.09.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord
Kleinmann, Dieter, 21.09.
93049 Regensburg, KV Regensburg
Köhler, Hansjörg, 21.09.
86157 Augsburg, KV Augsburg
Lechner, Konrad, 11.09.
81247 München, BV München
Maier, Alois, 04.09.
97816 Lohr, KV Würzburg
Rezac, Walter, 20.09.
91413 Neustadt/Aisch, KV Mfr.-Süd
Scholz, Hans, 23.09.
86529 Schrobenhausen-München,
KV Obb.-Nordwest
Schübel, Helmut, 10.09.
91301 Forchheim,
KV Bamberg-Forchheim

In den Ruhestand sind gegangen ...

Nusser, Rudolf, KV Allgäu
Opetnik, Ernst,
KV Rosenheim-Miesbach
Solfrank, Hans-Jürgen,
KV Amberg-Sulzbach
Stolzenberger, Hans, KV Nürnberg
Wanninger, Gabriele, KV Obb.-Nordwest

Wir trauern um ...

Neff, Otto, KV Schwaben (76)
Nickl, Otto, KV Main-Rhön (82)

Richtigstellung

In der Rubrik in Heft 06/2004: Wir trauern um ... muss es richtig heißen: Wilhelm Steinkirchner nicht seine Frau Dorothea Steinkirchner. Wir bedauern diese Verwechslung.

Wilhelm Steinkirchner war bis zu seiner Pensionierung Schulleiter an der Berufsschule in Erding und engagiertes Mitglied im VLB.

Termine

Termin zum Vormerken

Tagung für Deutschlehrkräfte

Termin: 1. bis 3. August 2004
Ort: Pappenheim
Veranstalter: ARGE Evang. Lehrkräfte an weiterführenden Schulen
Kosten: Eigenbeitrag inkl. Unterkunft

Schreibwerkstatt – nicht nur für Deutschlehrkräfte – zum Thema „Dichter dran! Hören, lesen, schreiben ... Komm mit ins Reich der Poesie!“ Nähere Informationen bei Gottfried Fauser, Hedwig-Fichtel-Str. 17, 97616 Bad Neustadt, Tel.: 0 97 71-44 01

VII. Bamberger Schulleitungssymposium

Termin: 14. bis 16. Oktober 2004
Zielgruppe: Schulische Führungskräfte
Veranstalter: Lehrstuhl Wipäd, Uni Bamberg und ALP, Dillingen
Kosten: Eigenbeitrag für Teilnehmer sowie Unterkunft, keine Reisekostenersatzung

Das Schulleitungssymposium hat zum Ziel, neue Herausforderungen wie Dezentralisierung und Deregulierung

im Bereich des Schulwesens oder die Einführung von Bildungsstandards und Leistungstests sowie viele weitere Reformprozesse aus nationaler und internationaler Sicht bewusst zu machen, Informationen und Anregungen zu liefern, zu helfen den eigenen Standpunkt zu reflektieren und praktische Hilfen für die Arbeit als pädagogische Führungskräfte zur Verfügung zu stellen.

Nähere Informationen unter:
www.SE-SM.de/Schulleitungssymposium

Vermischtes

Frühjahrsausflug des Bezirksverbandes Unterfranken

Auf Einladung des Bezirksverbandes Unterfranken und der Kreisverbände Main/Rhön, Untermain und Würzburg starteten am Samstag, dem 15. Mai 2004 Kolleginnen und Kollegen mit ihren Angehörigen zu einer Frühjahrsausflug ins Hessische. „Kultur und Wandern in Gelnhausen“ waren angekündigt. Bei sonnigem Wetter und angenehmen Temperaturen war schon die Anfahrt durch den frischgrünen Spessart ein Genuss.

Die Gruppen mit ihren Bussen aus Haßfurt, Schweinfurt und Würzburg trafen sich zunächst zu einer Führung durch die Kaiserpfalz. In bewährter Weise ließ Kollege Gottfried Berger



Blick von der Kaiserpfalz auf Gelnhausen.

die Geschichte des am besten erhaltenen staufischen Palastgebäudes in Deutschland lebendig werden. Kaiser Friedrich I., genannt Barbarossa, grün-

dete 1170 durch den Zusammenschluss dreier dörflicher Siedlungen die Reichsstadt Gelnhausen. Kaiserliche Privilegien und die verkehrsgünstige Lage ließen die Stadt rasch zu einem Anziehungspunkt für Handwerker und Kaufleute werden, die Gelnhausen zu ansehnlichem Reichtum und zu einem zentralen Ort mittelalterlichen Fernhandels machten. Die Kaiserpfalz wurde Ende des 12. Jahrhunderts auf einer Insel der Kinzig, etwas südöstlich unterhalb der Kernstadt, erbaut. Berger erläuterte die stilkundliche Bedeutung des beeindruckenden und kunstvollen Palas, der eigentlichen Wohnung des Herrschers, die gut erhaltenen Arkadenrei-

Pflegeschulen Grafenau gGmbH i.G.

Berufsfachschule für Sozialpflege

94481 Grafenau, Koeppelstraße 2 – 4
Tel.: (0 85 52) 96 08-0 Fax: 96 08-20
E-mail: schule@bfs-grafenau.de



Sitz der gGmbH i.G.: Koeppelstraße 2 – 4, 94481 Grafenau

Die Pflegeschulen Grafenau gGmbH i.G. sucht für die privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und Sozialpflege (insgesamt ca. 110 Schüler) zum 01. 09. 2004

1 vollbeschäftigte Lehrkraft

Wir suchen eine Persönlichkeit

- zur Begleitung und zur Motivation der Auszubildenden
- mit Erfahrungen im fächerübergreifenden Unterricht
- mit Teamfähigkeit und Flexibilität
- mit der Fähigkeit zum eigenständigen, verantwortlichen Arbeiten
- zur Mitarbeit in der Qualitätsentwicklung der Schulen
- mit guten pädagogischen und didaktischen Kenntnissen und mit kommunikativer und sozialer Kompetenz

Erwartet wird ein abgeschlossenes Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen mit der Fachrichtung Sozialpädagogik und einem beliebigen Zweitfach.

Geboten wird eine Vergütung in Anlehnung an den Bundesangestellten-Tarifvertrag (BAT/Vergütungsgruppe II).

Ihre Bewerbungs- und Tätigkeitsnachweis) senden Sie bitte an Herrn StD Max Frankl, Berufsfachschulen für Alten- und Sozialpflege, Koeppelstr. 2 – 4, 94481 Grafenau.

hen, die prächtigen Friese und Kapitelle dieses bedeutenden romanischen Bauwerks.

Anschließend begaben sich die Gruppen über steile, gepflasterte Straßen vorbei an zahlreichen, mit Liebe zum Detail renovierten Fachwerkhäusern zum weithin sichtbaren Wahrzeichen der Stadt: der Marienkirche. Sie entstand zwischen 1170 und 1250 unter dem Patronat des Klosters Seibold. Den verschiedenen Baumeistern gelang es vortrefflich, den Gelnhäuser Sandstein zu verarbeiten und der Marienkirche eine harmonische architektonische Gestalt zu geben. Berger richtete das Auge der Besucher insbesondere auf den Lettner mit seiner Darstellung des „Jüngsten Gerichts“, der international als wertvolle künstlerische Einzigartigkeit gilt. Auch der um 1500 entstandene Hochaltar zählt zu den bedeutenden Kunstschätzen der Marienkirche. Die einzelnen Figuren des Altars symbolisieren die Aufgaben und Gaben der Kirche. Über allem aber steht die lebensgroße Figur des auferstandenen Christus.

Nach so viel Kunst waren die leiblichen Genüsse in der örtlichen Gastronomie angesagt. Eine Stärkung hatten vor allem die Teilnehmer nötig, die das Angebot „Wandern mit Karl“ wahrnahmen. Die zweistündige Wanderung führte vom Äußeren Holztor über den Kapellenweg, den Panoramaweg, „Am heiligen Krappen“, meistens durch den Wald, zurück in die „Barbarossastadt“.

Die andere Gruppe ließ sich im Rahmen einer Gästeführung unter dem Motto „Blaues Blut und Pillendreher“ ins 19. Jahrhundert entführen. Die Isenburgische Fürstin Auguste und der Gelnhäuser Apotheker J.H. Cassebeer, beide stilgerecht in der Mode der damaligen Zeit gekleidet, nahmen die unterfränkischen Gäste mit in das Gelnhausen der nachnapoleonischen Zeit, erzählten aus der Welt der Kräuter, Salben und Pillen und vom bewegten Schicksal der Isenburgischen Adelsfamilie. Die Gäste erfuhren Wissens- und Sehenswertes über das Rathaus, die Peterskirche, das Geburtshaus von Philipp Reis, das Innere Holztor, den Stadtgarten, das

Romanische Haus und die Synagoge.

Ein herzliches Dankeschön gebührt den Organisatoren für die gelungene Exkursion. *Alois Höfling*

Leser schreiben

Zum Artikel „Berufsschule Weiden, künftig rund um die Uhr geöffnet: 24/7 – Wie ein Coffee-Shop in New York von Heribert Mohr in Heft 02/2004 erreichte uns von Josef Eisele nachfolgende Leserschrift:

Wie schön, dass sich New York nun mit Weiden messen kann. Da passt auch die eindringliche Mahnung: „Lehrlinge, Fachkräfte, die die zusätzlichen Chancen dieser Medien nicht für sich nutzen können, werden in der Zukunft nicht zu den Gewinnern gehören.“ Aber man darf beruhigt sein: Auch New York kann ein paar hill-billies* verkraften.

Hilfreich: <http://www.weiden/newyork/ny.us.hill-billy.html>

Bücher / Medien

Titel: Ratgeber energiesparendes Bauen

Verlag: Fraunhofer IRB Verlag, Stuttgart

ISBN-Nr.: 3-8167-6315-4, 19,80

Rezensent: Lotar Wagner

Beim Bauen – ob es sich nun um einen Neubau oder die Modernisierung eines Gebäudes handelt – sollten auf der einen Seite das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bewohner bzw. Nutzer und auf der anderen Seite die Energie-Einsparung einen wichtigen Platz einnehmen. Der Autor zeigt anschaulich und leicht verständlich, aber mit viel Sachverstand, dass beim Energiesparen beim Bauen nicht Einschränkung und Verzicht, sondern im Gegenteil mehr Komfort, Wohnbe-

haglichkeit, Qualitätssteigerung und Werterhaltung bedeutet.

Nach einer kurzen Einführung in die Bauphysik und der Vorstellung der wichtigsten modernen Bau – und Dämmstoffe erläutert er, wo, wie und wie viel gedämmt werden und wie dicht ein Haus heute sein sollte. Er zeigt, was bei den wichtigsten Elementen des Ausbaus vom Fenster über die Lüftung bis zur Heizung und Nutzung der Solarenergie bedacht werden muss.

Das Buch ist ein kompetenter Ratgeber, der dem Leser produktneutrale, unabhängige Fachinformationen an die Hand gibt, um bei seinem Bauvorhaben in jeder Phase und für jedes Bauteil vom Keller bis zum Dach, vom Bau- und Dämmstoff bis zur Haustechnik die richtige Entscheidung im Sinne eines energiesparenden, besser eines energieeffizienten Gebäudes treffen zu können.

Das Fachbuch ist hervorragend geeignet für die Einarbeitung in die neuen Vorschriften zur Energieeinsparung und für alle Kolleginnen und Kollegen, die sich mit der Frage des „modernen Wärmeschutzes im Hochbau“ befassen, also auch sogenannte „Nichtfachleute“ und zukünftige Häuselbauer. Das Buch sollte ferner auch allen Studierenden der Techniker – und Meisterschulen zur Verfügung stehen.

Titel: Vendre en allemand comme en français – Verkaufen: auf Deutsch wie auf Französisch

Autoren: Jacques Athias und Helmut Klose

Verlag: Les Editions d'Organisation, F-75015 Paris

ISBN-Nr.: 2-7081-1568-5

Rezensent: Helmut Stephan

Dieses zweisprachige Lehrbuch für Verkaufskunde in Deutschland und Frankreich ist konsequent hälftig auf Deutsch (linke aufgeschlagene Buchseiten) und hälftig auf Französisch (rechte aufgeschlagene Buchseiten) verfasst und eignet sich gleichermaßen für einen wirtschaftsbezogenen Fremdsprachenunterricht in beiden

Ländern. Das Buch versteht sich selbst als Gebrauchsanweisung für den grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr und besteht aus den vier Teilen

1. Kontaktphase
2. Argumentationsphase
3. Preisphase
4. Abschlussphase

Jeder Phase ist ein Test mit Lösungen angegliedert, der sich jeweils inhaltlich in der deutschen bzw. in der französischen Version unterscheidet, gleichwohl sonst eine zeilenidentische Sprachsymmetrie zwischen deutscher und französischer Sprache bei jeder Doppelseite besteht.

Dieser dichotomische Typus eines Sprachlehrbuches ist vorbildhaft für berufspädagogische Unterrichtszwecke in der EU.

Nachrichtliches

Kultusministerkonferenz: Neues Länder-Institut soll Schulqualität überwachen

Konsequenz aus dem miserablen deutschen Abschneiden beim welt-

weiten PISA-Schultest soll künftig ein neues Institut der Bundesländer die Unterrichtsqualität in den Schulen überwachen. Dazu haben die Kultusminister aller 16 Länder Anfang Juni in Mainz einen Gründungsvertrag unterschrieben. Das Institut soll an der Humboldt-Universität in Berlin angesiedelt werden und noch in diesem Jahr seine Arbeit aufnehmen, sagte die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK), die rheinlandpfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen (SPD).

Das „Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen“ soll vor allem die nach dem PISA-Debakel an den Schulen eingeführten bundesweit verbindlichen Bildungsstandards weiterentwickeln. Laut Satzung soll die Einrichtung mithelfen, den Anschluss der deutschen Schulen „an das internationale Leistungsniveau zu befördern“.

Es ist das erste Mal, dass die Länder ein eigenes Institut gründen und auch allein unterhalten wollen. Für 2005 haben sie dafür 2,4 Millionen Euro bewilligt. Die vom Bund angebotene Hilfe hatten die Kultusminister unter Hinweis auf ihre Zuständigkeit für das Schulwesen abgelehnt. Bildungsstandards beschreiben, was ein Schüler in einer bestimmten Klasse fachlich be-

herrschen muss und geben dazu Beispielaufgaben vor. Die Standards lösen in der Regel die bisherigen Lehrpläne in den Schulen ab. *-dpa-*

Autorenverzeichnis

Kellner, Gerhard

BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,
Tel.: 0961 - 2 06-0

Lambl, Wolfgang/ Rempe, Gereon

Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: 09363 - 52 78

Leischner, Dietmar

Robert-Koch-Str. 10, 85521 Ottobrunn,
Tel.: 089 - 6 08 36 10

Mohr, Heribert

BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,
Tel.: 0961 - 2 06-0

Pohlmann, Heiko

VLB-Referent für Lehrerbildung
Kapellenstr. 82, 82239 Alling,
Tel.: 08141 - 81 85 24

Sauerwein, Hermann

VLB-Landesvorsitzender
Walter-von-der-Vogelweide-Str. 22,
97074 Würzburg, Tel.: 0931 - 8 12 10

Seifried, Jürgen/ Sembill, Detlef

Kapuzinerstr. 25, 96045 Bamberg,
Tel.: 0951 - 8 63 27 61

Hoffmann, Thomas/ Weinzierl, Stefan

VLB-Studentensprecher
Haslacherstr. 129, 94469 Deggendorf,
Tel.: 0179 - 7 83 61 44

Hummelsberger, Siegfried/ Karsik, Olivera

BS, Bogenhauser Kirchplatz 3,
81675 München,
Tel.: 089 - 99 89 13-0

Wolf, Michael

BBZ, Bodenseestraße 41,
87700 Memmingen,
Tel.: 08331 - 96 49-20

In letzter Minute

VLB-Tauschbörse für Referendare – die „letzte Rettung“!?

Auf wieder reges Interesse stieß das Angebot des VLB, Einsatzwünsche der Referendare zu erfassen, aufzulisten und gemeinsam mit dem Kultusministerium nach Tauschmöglichkeiten zu suchen.

Dies konnte und kann nur in vereinzelten Fällen von Erfolg gekrönt sein, denn über 50 Prozent der Zuweisungswünsche richteten sich nach Oberbayern bzw. München, während kein einziger Referendar sich von Oberbayern „wegwünschte“.

Den Verantwortlichen im Kultusministerium um LtdRD Georg Hirner gebührt ein uneingeschränktes Lob für das Bemühen um „kundengerechte“ Zuweisung und die erfolgsorien-

tierte Prüfung der Tauschangebote. Wir sind uns bewusst, dass die Kolleginnen und Kollegen, bei denen auch die Tauschbörse nicht die „letzte Rettung“ war, eventuell enttäuscht bzw. unzufrieden sind. Jedoch möge ihnen und uns das Sprichwort „Allen Wünschen recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann“ Trost spenden und allen über die Niedergeschlagenheit hinwegtrösten.

Der VLB wünscht allen jungen Kolleginnen und Kollegen und den Schulen eine „gute gemeinsame Zeit“ und manchmal bringt auch die „Liebe auf den zweiten Blick“ die gewünschte und herbeigesehnte Zufriedenheit. *lb*

VLB Verlag e.V.,
Dachauer Straße 4
80335 München

B 05130, PVSt,
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt

Rauchverbot in Schulen auch für Lehrer?

Deutschlands Philologen haben ein Rauchverbot an Schulen samt rauchfreier Lehrerzimmer gefordert. „Ein generelles Rauchverbot an Schulen ist ernsthaft überlegenswert“, sagte Heinz-Peter Meidinger, Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes. Rauchende ältere Schüler in den an fast allen Schulen eingerichteten Raucherzimmer und -ecken sei für jüngere Schüler ein negatives Vorbild. Fairerweise müsse das Rauchverbot dann aber auch für Lehrer und Lehrerzimmer gelten.

In einer Studie hatten sich fast jeder zweite Schüler als Raucher bezeichnet. Fast die Hälfte davon habe mit dem Rauchen vor dem 12. Lebensjahr begonnen. Der Anteil der Raucher bei den 12- bis 14-Jährigen habe sich seit 1995 bundesweit verdreifacht.

Meidinger setzte sich ferner für eine bessere Aufklärung an Schulen über die Gefahren des Rauchens und verstärkte Präventionsangebote ein. „Kinder müssten bereits an der Grundschule und im Kindergarten über die Folgen des Rauchens aufgeklärt werden, denn in der Pubertät sind sie nur sehr schwer zu erreichen“ sagte der Pädagoge. Es sei erschreckend, dass 93,7 Prozent der Schüler den Konsum von wenigen Zigaretten am Tag für nicht gesundheitsschädlich hielten.

Meidinger wies auch auf eine weitere Entwicklung hin, die den Pädagogen an den Schulen Sorgen mache: Immer mehr Schüler konsumierten so genannte Alcopops. Deshalb sollten diese wie auch alle anderen alkoholhaltigen Getränke auf Schulveranstaltungen wie Klassenfeiern und Schulfesten generell nicht angeboten werden.

Ähnlich wie Meidinger hatten zuvor bereits die Berliner Grünen ein generelles Rauchverbot an Schulen gefordert. Rauchen gelte unter Jugendlichen weiterhin als „cool“. Das Einstiegsalter sei auf 11,6 Jahre gesunken. -dpa-